

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk.
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-
 nummer mit Illustration 10 Pf. Bei-
 lage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Bei-
 abonnementspreis: 1,10 Mk. pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für
 Deutschland und Oesterreich: Ungarn
 2 Mk. für das übrige Ausland
 3 Mk. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1983.

Sonnabend, den 22. Februar 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt Morikplatz, Nr. 1984.

Die Inserions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Adressen-
 zeile über deren Raum 50 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Bestimmungsbüchlein 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (zulässig 2 festgedruckte
 Worte). Jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenanzeige und Stellenanzeigen-
 zeilen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Anzeigen
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Rotkoller im roten Hause.

Eine sonderbare Szene spielte sich am Donnerstagabend im Berliner Stadtverordnetenparlament ab. Der Berliner Kommunalparlament hatte den befremdenden Vorschlag gemacht, die Erinnerung an die Befreiungskämpfe des Jahres 1813 durch „einen öffentlichen Kirchgang und anschließenden Gottesdienst feierlich zu begehen“. Um diese kurtose Feier einer Volksfeier noch kurtoser zu machen, sollte die Feier anknüpfen an den Ausruf des preussischen Königs „An mein Volk!“ und die Feier selbst auf den Geburtstag der Königin Luise verlegt werden. Also die liberale Stadtvertretung der Hauptstadt der Intelligenz veranstaltet erstens einen Gottesdienst und zweitens bringt es diese „nationale“ Feier in engste Verbindung mit dem preussischen König Friedrich Wilhelm III. und der Königin Luise, damit nur ja auch der höfische Charakter dieser Feier besonders unterstrichen wird. Diese Kommunalpolitische Tat des Berliner Freisinn verrät nicht nur die totale politische Entartung unseres Freisinn, sondern auch das eifrige Bestreben, sich bei Hofe lieb Kind zu machen und die Verkrüppelung der historischen Erinnerung zu einer gewissermaßen hohenzollernischen Haus- und Familienangelegenheit nach Kräften zu fördern. Sie verrät zugleich eine bodenlose Unkenntnis der geschichtlichen Vorgänge, denn jeder Kenner der Geschichte weiß, daß gerade der preussische König in all den schweren Konfliktzeiten die vom Standpunkt der nationalen Ehre und selbst nur der politischen Klugheit aus zweifelhafteste und kläglichste Rolle gespielt und daß er zu dem nationalen Aufschwung das allergeringste beigetragen hat. Auch ist es ja bekannt genug, daß Männer wie Humboldt und Stein in ihrer Beurteilung des von einer kindischen Hohenzollern-Legende verhimmelten Charakters der Königin Luise von solichem Uebermaß an weltweitem entfernt waren, im Gegenteil die bittersten Urteile über diese nicht zuletzt auch durch die liberale Unwissenheit und Ratlosigkeit zu einer Nationalheiligen emporgehobene Frau gefällt haben. Wenn der Freisinn auch nur die leiseste Spur von Selbstbewußtsein und liberalem Pflichtgefühl besäße, so wäre es gerade seine Aufgabe gewesen, dem höfischen Jubiläumsummel und dem üppig ins Kraut gewachsenen Regendentum mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten und für seinen Teil dafür zu sorgen, daß das Volk die Vorgänge des Jahres 1813 und seine Vor- und Nachgeschichte in ihrem wirklichen politischen Zusammenhange begreifen lernte. Das wäre nicht nur eine Pflicht der geschichtlichen Gewissenhaftigkeit, sondern auch ein Gebot der politischen Selbsterhaltung des Liberalismus. Bedeutet doch das Verständnis der geschichtlichen Vergangenheit nichts geringeres, als den Schlüssel zum Verständnis der politischen Kämpfe der Gegenwart. Der Freisinn hätte nur den zwingenden Geboten der liberalen Weltanschauung genügt, wenn er in ehrlicher Darlegung der historischen Vorgänge gezeigt hätte, wie damals hinter den anscheinend rein nationalen Explosionen soziale Triebkräfte am Werke waren und wie der herrlichen Begeisterung des Bürgertums in Gestalt der Karlsbader Beschlüsse, der Demagogenverfolgungen und der ganzen niederträchtigen Bekämpfung freiheitlicher Bestrebungen der furchtbare Schadenmerfolgte!

Gerade dadurch, daß der Liberalismus der dynastischen Geschichtslegende, wie sie in unseren Schulen gelehrt wird, die historischen Tatsachen gegenübergestellt hätte, hätte er das Andenken jener von ihm so viel gepriesenen großen Zeit am würdigsten geehrt, indem er den heutigen Zeitgenossen die Mahnung zugerufen hätte, nun endlich für die Erfüllung jener idealen politisch-sozialen Befreiungsideen zu kämpfen, auf die nach der Niederwerfung der Fremdherrschaft der Mehltau der brutalsten Reaktion gefallen war!

Da der Berliner Kommunalparlament auch nicht die blasseste Ahnung solcher liberaler Pflicht verriet, im Gegenteil an seinem Teil dabei mitwirken wollte, daß die ganzen Erinnerungsfeiern zu einem hohlen, leeren und lächerlichen höfischen Gebränge verflachten, verstand es sich ganz von selbst, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die Erklärung abgab, daß sie die Magistratsvorlage ablehnen müsse, weil die übergroße Mehrheit des preussischen Volkes keine Veranlassung habe, jener Zeit feierlich zu gedenken, da ja die Befreiung von der Fremdherrschaft dem Volke nicht das gebracht habe, was die Vorkämpfer der Erhebung erstrebt hatten. Um dem begriffsstutzigen Kommunalparlament Rechnung zu tragen, war in der Erklärung weiter auf die Nichterfüllung des von dem damaligen König von Preußen gegebenen feierlichen Versprechens einer freiheitlichen Verfassung hingewiesen, war zum Schluß hervorgehoben worden, daß selbst heute noch die weitaus größte Masse des deutschen Volkes in erbittertem Ringen um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung in Preußen zu kämpfen gezwungen sei.

Diese Erklärung war ebenso selbstverständlich wie leicht verständlich. Aber zwei der berühmtesten Schaum- schläger des Berliner Kommunalparlament, Herr Cassel und Herr Rommen, der dekorierte Justizrat und der dekorationsbedürftige Bankdirektor, verstanden sich nichtsdestoweniger dazu, das Opfer ihres Intellektes zu bringen, um sich in lärmender Entrüstung gegen die angeblich unpatriotische Haltung der Sozialdemokraten zu ergehen. Im

Namen des Volkes wagten diese Vertreter eines schändlichen kommunalen Geldsackwahlrechts, hinter dem — wie sie doch selbst am allerbesten wissen! — nur eine Handvoll Besitzender steht, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, daß sie das Gedanke nationaler Gottstaten schmähe, wenn sie dem hurratriotischen Gottesdienst zu Ehren des läppischsten Hohenzollernkults ihre Beteiligung und Mitwirkung verweigere.

Es versteht sich von selbst, daß die ganze reaktionäre Presse die abgeschmackten Tiraden dieser acht „nationalen“ Repräsentanten des Geldsackliberalismus mit den dröhnendsten Beifallsjahren begrüßt. Leider muß aber auch festgesetzt werden, daß die gesamte reichshauptstädtische liberale Presse von dem Mofseblatt bis zu dem demokratischen Mofse- ableger „Volkszeitung“ (der Ulsteinliberalismus tut natürlich in daselbe Horn) sich nicht um einen Millimeter über das bemitleidenswerte Niveau der Herren Cassel und Rommen zu erheben vermag, sondern mit diesen doppelt berufenen Vertretern des Deutschtums und des Volkstums um die Wette gegen die „vaterlandslose“ Sozialdemokratie vom Leder zieht. Im Grunde genommen ist das ja sehr hübsch: beweist doch dieser ganze „nationale“ Entrüstungsummel unserer liberalen Geldsackvertreter, daß ihnen nicht nur jede Spur demokratischer Ideale zum Teufel gegangen ist, sondern auch das letzte Restchen intellektueller Selbstachtung. Unser gesamter Liberalismus scheint wieder einmal in jenen Taumel masochistischer Selbstkasteiung und widerlicher Kriecherei vor der Reaktion verfallen zu sein, der ihn seinerzeit in das politische Lotterbett der Bloßpaarung trieb. Vielleicht schmelzt der Freisinn bereits in den Vorfreuden einer neuen Bloßpaarung! Herr Cassel hat ja bereits seinen Orden dahin; aber das Knopfloch des Herrn Rommen und gleichzeitiger fortschrittlicher Volkstribunen entbehrt noch solch köstlichen Pierats. Eine neue Bloßpaarung könnte ja so manche Ordensschmerzen stillen!

Mag der Freisinn mit seiner Selbstenttarnung fortfahren, mag er durch patriotische Beitzünde den Beifall der „Tägliches Rundschau“ und der „Nordd. Allgem. Ztg.“ er- ringen. Die Sozialdemokratie verweigert nicht nur den hurratriotischen Anzantereien des Liberalismus ihre Unterstützung, sondern sie übernimmt zugleich die dankbare Aufgabe, in der Aufklärung der Massen über die Ereignisse der Jubiläumstage das zu tun, was im schändlichsten Geldsackinteresse erstüdt Nachfahren der bürgerlichen Freiheitskämpfer schandenhalber unterlassen. So wenig es der Sozialdemokratie jemals eingefallen ist und einfallen kann, zu leugnen, daß im Jahre 1813 der politische und soziale Befreiungsdrang breiter Volksschichten heroische Betätigung fand, und so sehr auch die Bitate der „Tägliches Rundschau“ aus Mehrings trefflichen Schriften über jene Zeit beweisen, daß gerade der nationale Latendrang bei den sozialdemokratischen Historikern unbefangene Würdigung findet, so wenig wird sich die Sozialdemokratie der Pflicht entziehen, auch nachzuweisen, wie schmähtlich die Hoffnungen der damaligen Freiheitskämpfer betrogen worden sind. Allein die Erinnerung an die Karlsbader Beschlüsse, an die schmachvollen Demagogenverfolgungen, an die gebärgigte Bekämpfung der nationalen und freiheitlichen Bestrebungen der bürgerlichen Jugend beweisen, daß zwar die Triebkraft jener nationalen Begeisterung zwar der lautersten Quelle entfloß, daß aber die Reaktion durch ihre brutale Verfolgungs- und Knebelungspolitik all die Keime einer gesunden, starken nationalen Entwicklung niederzutreten verstanden hat! All das kann auch dem schlimmsten liberalen Ignoranten nicht unbekannt sein.

Die Cassel und Rommen entblödeten sich gleichwohl nicht, die klaren Beweggründe der sozialdemokratischen Stellungnahme in einer Flut sinnloster Phrasen zu erfäulen. Ihnen, den parlamentarischen und kommunalpolitischen Bratorianern des Fortschritts, ist nicht einmal der Schimmer politischen Verständnisses aufgegangen, den selbst ein Treitschke in jüngeren Jahren durch die Worte verriet: „Sonnie die Welt wirklich noch über den Sturz der Fremdherrschaft jubeln, wenn auf dem Wiener Kongreß in echt bonapartistischem Geiste mit feivoller Mißachtung der Volkstümlichkeit die Grenzen der Länder bestimmt wurden, wenn dann russische Späher den Volkgeist belauschten und vor den Räthen ver- klagen durften? ... Den zwiespältigen Charakter der Freiheitskämpfe zu leugnen, wird den gefinnungs- tückigen Phrasen der Gegenwart nie gelingen. Die Kabinette hatten in Napoleon den Zertrümmerer der alten feudalen Anordnung, den Sohn der Revolution bekämpft, die Völker den Fremden und Despoten. War es nicht eine räth- liche, eine notwendige Tat, den reaktionären Jug- der die Befämpfung Napoleons bezeichnete, schonungslos der Welt zu enthüllen? Das können nur jene verneinen, die nichts ahnen von der echten historischen Ge- rechtigkeit, die dem Vöbel als maitherzige Galtbeit gilt.“

Hauptwahl ungültig.

Auf der Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung steht u. a. der Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abgeordneten Haupt. Der Antrag der Wahlprüfungskommission geht

auf Ungültigkeitserklärung. Dieser Antrag ist nach dem soeben er- schienenen Bericht ein arger Fehlschlag.

Nach der amtlichen Feststellung des Wahlergebnisses hatte bei der Stichwahl Haupt 15 288 Stimmen, v. Whern 15 256 erhalten. Die amtliche Prüfung der Wahlzettel durch die Wahlprüfungskommission ergab, daß Haupt zehn mit Unrecht für ungültig erachtete Stimmgelte zugurechnen, v. Whern zwei mit Unrecht vom Wahlvorstand ihm zugerechnete Stimmen abziehen waren. Das Ergebnis der Stichwahl war demnach: für Haupt 15 278, für v. Whern 15 254 Stimmen.

Der Reichstag beschloß am 1. Mai 1912 Beweiserhebung über eine Reihe im Protest und Gegenprotest aufgestellter Behauptungen. Die Beweisaufnahme ergab, daß zwei Nichtdeutsche und ein Veteran, der infolge unzureichender Fürsorge für Veteranen durch das Reich Wohnung im Armenhause erhält, gewählt hatten. Es waren deshalb Haupt 3 Stimmen abzugeben. Haupt hatte danach immer noch eine Mehrheit von 17 Stimmen.

Da ist die Mehrheit der Wahlprüfungskommission auf ein eigen- tümliches Mittel verfallen. Die Beweisaufnahme ergab, daß in R d e r n bei der Stichwahl Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind. Dort hat der Wahlvorsteher ein Mitglied des Wahlvorstandes be- auftragt, die Wahlzettel in die Urne zu stecken. Das war unzu- lässig, da nach dem Wahlreglement der Wahlvorsteher selbst die Wahlzettel in die Urne zu legen hat. Dieses Wahlvorstands- mitglied, das diese Funktion dem Wahlvorsteher, ent- gegen dem Wahlreglement, abnahm, verteilte außerdem die Wahlzettel. Hin und wieder legte er gefüllte Wahlzettel bei Seite und verwechselte gefüllte mit leeren Umschlägen. Hierdurch kam es, daß 352 gültige Stimmen abgegeben, aber nur 350 Wahlzettel in der Urne vorgefunden wurden. Neben dieser Differenz von 2 Stimmen kommt in Betracht, daß in einem Umschlag sich 2 auf verschiedene Kandidaten lautende Zettel vorfanden, daß ferner in einem Kuvert 2 auf denselben Kan- didaten lautende Zettel lagen. Auch hat ein Wähler nach seinem Ausgehen einen Zettel in seinem Kuvert vorgefunden und diesen fortgeworfen. Wenn man zuungunsten Haupt annimmt, daß diese sämtlichen festgestellten Verhältnisse — die Stimmgelte sind entgegen dem Gesetz den Akten nicht beigelegt — das Wahlergebnis zu seinen Gunsten beeinflusst hätten, so hätten schlimmstenfalls v. Whern 6, Haupt 1 Stimme zugerechnet werden müssen. Dann wäre die Wahl Haupt's gültig geblieben. Die Kommission verfuhr aber folgendermaßen: erst wurde beantragt, den ganzen Wahlakt zu kassieren. Das lehnte die Mehrheit ab, da doch unmöglich das Wahlrecht aller Wähler eines Wahlbezirks beseitigt werden darf, weil ein Wahlvorsteher einen Bod geschlossen hat, und da es ferner auf der Hand liegt, daß solche Kassations- praxis das Schicksal beinahe jeder Wahl in das Belieben oder den Unverstand eines Wahlvorstehers legt. Die Folge der Kassation — Haupt hatte 188, v. Whern 182 Stimmen in R d e r n erhalten — wäre eine Differenz von 6 Stimmen zuungunsten Haupt ge- wesen. Nach Ablehnung des Kassationsantrags stellten die An- hänger des Kassationsprinzips den Antrag, Haupt 26 Stimmen abzugeben. Deshalb 26, weshalb nicht fünf? Darüber fehlt im Bericht jede Begründung. Willkürlich, falsch und ungerecht ist der Abzug von 26 Stimmen. Es hätten die Wahlzettel, in denen auf denselben Kandidaten Stimmgelte abgegeben waren, nebst den Stimmgeltern eingefordert und dann v. Whern 4 oder 6, Haupt 1 oder 3 Stimmen zugerechnet werden müssen. Dies Resultat hätte dem ausgesprochenen Willen der Wähler entsprochen. Aber damit nicht genug.

In W u d i c k e waren bei der Stichwahl auf v. Whern 188, auf Haupt 177 Stimmen entfallen. Nach Behauptung des Gegenprotestes hatte dort der Wahlvorsteher, der zugleich Amtsvorsteher ist, am Stichwahltag zugunsten des konservativen Kandidaten agitiert. Er hatte durch seinen Buchhalter schriftliche Stimmgelte für v. Whern anfertigen lassen und diese dem Amtsdienner zur Ver- teilung übergeben. Der Amtsdienner hat, wie festgelegt, viele gedruckte und mindestens etwa zwanzig auf v. Whern lautende schriftliche Stimmgelte verteilt. Die Kommission gab zu, daß hierin eine unzulässige Wahlbeeinflussung liege. Aber sie lehnte ab, hieraus ziffermäßige Folgerungen zu ziehen. Wie ist dies Rätsel zu lösen? Das sei erforderlich gewesen, heißt es im Bericht der Wahlprüfungskommission, weil es sich um einen „Gegenprotest“ handelt und „aus dessen Behauptungen nach ständiger Übung der Wahlprüfungskommission niemals Folgerungen zugunsten des Gewählten gezogen werden dürfen, es sei denn, daß sich zweifelsfreie Feststellungen bezüglich einzelner Stimmgelte zu- gunsten des Gewählten machen lassen“. Die hier behauptete Praxis besteht nicht. Sie wird schon dadurch widerlegt, daß über die Be- hauptung des Gegenprotestes vom Reichstag am 1. Mai 1912 Beweis beschlossen ist. Bestände sie, so wäre sie zu ver- werfen. Der Reichstag hat, um den wirklichen Willen der Wähler zu erforschen und im Interesse der Reinlichkeit des Wahlgeschäftes, alle Punkte zu untersuchen, die die Wahlfreiheit beeinträchtigen können, und die erforderlichen Schritte zu ziehen. Nach der eiblichen Aussage des Amtsvorstehers hat dieser dem Amtsdienner, abgesehen von den ihm übergebenen gedruckten v. Whern- Zetteln, 40—50 geschriebene Stimmgelte auf v. Whern zur Verteilung während des Wahlaktes übergeben. Mindestens 40—50 Stimmen hätten also v. Whern gestrichen werden müssen. Folgt man aber der eigenartigen Begründung der Kommission, so waren doch wenigstens vierzehn Stimmgelte abzugeben, da bezüglich dieser sich zweifelsfrei die Feststellung zu- gunsten des Gewählten machen ließ; denn diese 14 geschriebenen Wahlzettel befinden sich bei den Akten. Würden Zweifel vorhanden sein, ob diese 14 Zettel vom Buchhalter des Amtsvorstehers ge- schrieben sind, so würde der Buchhalter zu vernehmen sein.

Die sozialdemokratische Fraktion hat aus diesen Gründen beantragt, die Wahl von Haupt für gültig zu erklären, eventuell die Wahlen nochmals in die Wahlprüfungskommission zurückzuweisen.

Die Mächte und die Balkankrise.

Die Vermittlungsfaktion.

Köln, 21. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Kölnischen Zeitung“ wird aus Berlin telegraphiert:

Nachdem Rumänien und Bulgarien sich zur Annahme des Vermittlungsangebots der Mächte bereit erklärt haben, wird heute die Versammlung der Vorkonferenzen in London den Vorklären der in Bukarest und Sofia zu machenden Gesamtmitteilung der Mächte feststellen. Die Mitteilung selbst wird in den nächsten Tagen erfolgen. Damit würde die bulgarisch-rumänische Grenzfrage endgültig auf den Weg einer friedlichen Lösung gebracht sein.

Dah die Vorkonferenzen in London sich seit einiger Zeit mit der Frage der Abgrenzung Albaniens nicht beschäftigt hat, ist zutreffend; man darf daraus aber keine ungünstigen Schlüsse ziehen. Die albanische Frage ist, wie ich zu wissen glaube, so weit entwickelt, daß man einen gültigen Ausgang der noch bestehenden Schwierigkeiten erwarten darf. Weniger bestimmt sind einzuweisen die Aussichten auf Wiedereröffnung der Friedensverhandlungen. An der grundsätzlichen Bereitwilligkeit der Mächte, den türkischen Wunsch nach Uebernahme neuer Friedensverhandlungen durch die Mächte selbst zu erfüllen, braucht nicht gezwweifelt zu werden.

Scharfmacherei der rumänischen Liberalen.

Bukarest, 21. Februar. Heute findet ein Ministerrat statt, der über die Haltung Rumäniens gegenüber dem letzten Schritt der Mächte entscheiden soll.

„Independance Roumaine“ schreibt: Die liberale Partei (die sich in Opposition befindet) fährt fort, die internationale Aktion der Regierung zu erleichtern, aber unter der wesentlichen Voraussetzung, daß es eine Aktion der Regierung gibt. Es geht das Gerücht, daß die Verhandlungen in Sofia abgebrochen seien und die beiderseitigen Regierungen zu einer Vermittlung der Mächte ihre Zustimmung nehmen würden — eine späte, jedoch gute Lösung, wenn sie eine freundschaftliche Intervention der verschiedenen Kabinets bedeutet, um zu einer Verständigung auf den von Rumänien festgestellten Grundlagern zu gelangen. Wenn es sich aber darum handelt, ein Minimum der rumänischen Ansprüche einem Schiedsgericht der Mächte vorzulegen, so würde dies das Ende der Aktion der Regierung bedeuten, welche nicht versuchen könnte, vor die öffentliche Meinung mit einem Mißerfolg zu treten. Die liberale Partei ist weit davon entfernt, in einer Mediation eine Feindseligkeit zu erblicken, und ist von allem Anfang an für die Lösung der Streitfrage durch eine Verständigung gewesen. Die Vermittlung hätte den Vorteil, einen Beweis für die Freundschaft zu liefern, auf die Rumänien rechnen kann. Aber diese Lösung muß schnell erfolgen, noch vor dem Abschluß des Friedens auf dem Balkan.

Ein mißglückter Landungsversuch der Türken.

Konstantinopel, 21. Februar. Vor Gallipoli liegen etwa dreißig Transportschiffe mit den türkischen Truppen, die vorgestern den vergeblichen Landungsversuch bei Scharfj unternehmen hatten. Die Truppen warten darauf, an Land gebracht zu werden.

Ueber den Landungsversuch erzählt ein heute eingetroffener Schiffskapitän, einige tausend Mann unter General Bei seien sieben Kilometer nördlich von Gallipoli gelandet, durch eine List der Bulgaren ins Innere gelockt, mit heftigem Artilleriefeuer angegriffen und unter beträchtlichen Verlusten zurückgetrieben worden. Mehrere Transportschiffe mit Truppen sollen heute nach dem Golf von Sömb zurückgekehrt sein.

Londoner Zeitungen berichten, daß die Griechen einen Landungsversuch in der Besikabai, an der asiatischen Seite der Dardanellen vorbereiten.

Griechisch-türkische Kämpfe.

Athen, 21. Februar. Bei Neovo haben am Mittwoch türkische Truppen gemeinsam mit Abteilungen von Irregulären das griechische Lager von Debrezza angegriffen, sie sind aber unter großen Verlusten zurückgeschlagen worden. Bei Wesani dauert der Artilleriekampf fort. Das Feuer der türkischen Batterien ist aber nur schwach.

Nach den letzten Berichten beträgt die Zahl der aus Epirus Geflüchteten 22 000; sie sind in Korfu, Preveza, Arta, Cephalonia, Trifala und Larissa untergebracht worden. Die Hilfskomitees können nur unzureichend Unterstützung gewähren wegen der außerordentlichen Kosten für Unterkunft und Unterhalt, die täglich 15 000 Drachmen betragen.

Montenegro fordert.

London, 20. Februar. Wie das Reutersche Bureau erfährt, erschien heute nachmittag der montenegrinische Delegierte Popowitsch im Auswärtigen Amt und gab eine Erklärung in dem Sinne ab, daß er, um die Haltung der montenegrinischen Regierung vollständig klar zu machen, angewiesen sei, die Situation, wie sie heute sei, darzulegen. Montenegro habe bei den Angriffen auf Skutari bereits viel verloren. Der Vorkonferenz stelle für Montenegro den hauptsächlichsten Grund zum Kriege dar. In kurzer Zeit würden Montenegro's Bemühungen von Erfolg gekrönt und die Stadt genommen sein. Unter diesen Umständen sei er angewiesen, der britischen Regierung kategorisch zu erklären, daß Montenegro auf keinen Fall mit einer Transaktion einverstanden sein könne, die das Ziel hätte, daß Skutari nicht montenegrinisch werde. Montenegro sei entschlossen, niemals Skutari zu räumen. Wenn es angegriffen werde, so sei es entschlossen, eher Gefahr zu laufen, vernichtet zu werden, als die Stadt aufzugeben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. Februar 1913.

Und immer wieder Preußen!

Aus dem Reichstage. Das Kustak zur Freitagssitzung des Reichstages bildete den Debut des neuen Staatssekretärs des Auswärtigen v. Jagow vor dem Plenum des Hauses. Er beantwortete eine kurze Anfrage, die von national-liberaler Seite über den Schutz der Deutschen in Mexiko an die Regierung gerichtet worden war. Es soll immerhin anerkannt werden, daß der Staatssekretär selbst erschienen war und eine ausführliche und auch im allgemeinen

befriedigende Auskunft gab. Bisher erschien bei Anfragen, die die auswärtige Politik angingen, in der Regel ein Legationsrat, der nach Form und Inhalt seiner Antworten und auch nach seinem geistvoll lächelnden Gesicht zu schließen die Anfragen nur für ein überflüssiges Produkt überflüssiger Neugier der Abgeordneten zu halten schien.

Dann setzten wieder die Klagen über das deutsche Eisenbahnwesen ein. Zu Klagen hatten fast alle Abgeordneten, die das Wort nahmen, die Nationalliberalen Schwabach und List, die Freisinnigen Hähne und Blund, die Sozialdemokraten Stolle und Fischer-Hannover. Natürlich sind die bürgerlichen Herren „maßvoller“ in ihrer Kritik als die Sozialdemokraten, sie wagen nicht das Kind beim rechten Namen zu nennen. Aber hier wie bei anderen Gelegenheiten sind sie oft genug im innersten Herzen froh, daß die Sozialdemokraten frisch von der Leber weg und ungeschminkt das aussprechen, was sie sich selbst nur im Geheimen und in unbewachten Augenblicken einzugehen wagen.

Der Hemmschuh im Eisenbahnwesen ist natürlich wieder Preußen. Nicht das Preußen der Arbeit, nicht das preußische Volk, wohl aber der preußische Formalismus und die unsehbare preußische Bureaucratie. Vorübergehend ließ sich auch der preußische Eisenbahnminister v. Breitenbach im Hause sehen, und ein Blick auf diesen unnahbaren und selbstberühmten Herrn genügt, um erkennen zu lassen, daß er sich höchstens von dem ostelbischen Uradel und von dem westelbischen Grubenkapital imponieren läßt, nie und immer aber von dem Hause des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts und noch weniger von dem diesem Hause verantwortlichen Präsidenten des Reichseisenbahnamts, Herrn Wackerzapp, Wackerzapp und Breitenbach! Das Deutsche Reich und Preußen! Reden darf Herr Wackerzapp und der Reichstag allenfalls, aber sie haben nicht zu sagen. Herr Breitenbach schlägt hochmütig auf sein Portemonnaie und sagt: Hier sitzen die Russen! Und ebenso hochmütig schlägt das Junkerpreußen mit der Faust auf den Tisch und erklärt: Mein Wille geschehe in Preußen wie im Reiche!

Freilich könnte das Reich weiter sein. Sobald die bürgerlichen Parteien, die sich jetzt auf leere Deklamationen über die Notwendigkeit der Reichseisenbahngemeinschaft beschränken, den Mut zum Handeln aufbrächten. Aber wie kann man Feigen lesen vom Dornstrauch!

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus hat am Freitag zunächst das vom Herrenhaufe abgeänderte Wassergesetz en bloc angenommen und sich sodann mit kleineren Vorlagen beschäftigt. Die Vorlage betreffend den Ausbau der mittleren Oder gab unserm Genossen Leinert Gelegenheit, warm für die Interessen der Kleinschiffahrt einzutreten, die durch die Erhebung von Schiffsabgaben vernichtet oder doch wesentlich eingeschränkt werden kann, und die Feindschaft der Rechten gegen ein wirklich großzügiges Wasserstraßenprogramm gebührend zu kennzeichnen. Das Resultat der Debatte war die Ueberweisung an eine Kommission.

Gleichfalls einer Kommission überwies das Haus den konservativen Antrag, der die Regierung ersucht, in Zukunft alljährlich einen Fonds zur Unterstützung der auf Bekämpfung des Kinderelends gerichteten charitativen Bestrebungen bereit zu stellen. An sich ist der Antrag natürlich durchaus berechtigt, aber die Art, wie der Abg. v. Wenden ihn begründete, läßt darauf schließen, daß es den Antragstellern weniger um die Sache, als um die Verfolgung parteipolitischer Ziele zu tun ist — eine Vermutung, die um so wahrscheinlicher ist, als die schwarz-blaue Mehrheit vor knapp einem Jahre einen ganz ähnlichen, von der Sozialdemokratie ausgehenden Antrag rundweg abgelehnt hat, nur weil die Sozialdemokraten ihn gestellt hatten. Genosse Hirsch, der sich im Prinzip mit dem Antrag einverstanden erklärte, wies denn auch auf das doppelzüngige Verhalten der Konservativen hin. Im übrigen forderte Hirsch die Unterstützung aller Korporationen ohne Unterscheid der politischen Tendenz, die sich die Bekämpfung des Kinderelends zur Aufgabe machen, vor allem auch die der gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Kinderkommissionen.

Den Schluß der Sitzung bildete die Beratung von Petitionen. Am Sonnabend wird die Beratung des Stats der Handels- und Gewerbeverwaltung fortgesetzt.

Ein agrarischer Protest gegen eine Kaiserrede.

Der Kaiser hat, wie bekannt, jüngst vor dem Deutschen Landwirtschaftsrat wieder eine Rede abgehalten, in der er zur Förderung der deutschen Agrarwissenschaft über seine Zebudulenzuntersuchungsversuche und den Anbau von Weizener Roggen auf seinem Gute Cabilen berichtete. Die humoristische Rede erweckte bei den Mitgliedern des Landwirtschaftsrats lebhafteste Heiterkeit, zumal als der Kaiser erklärte, daß er mit einem Teil der gezeigten Zebuviehchen demnächst ein Vorwerk besetzen werde, dessen Pächter er, da dieser nichts mehr taugt, hinausgeschmissen habe. Für das Hinausschmeißen haben die Herren Großagrarier eine erbliche Vorliebe, vorausgesetzt natürlich, daß sie dabei eine aktive, keine passive Rolle spielen; schmeißen sie doch gewohnheitsmäßig ihre Arbeiter hinaus, wenn diese alt und stumpf geworden sind. So stieß bei ihnen der kaiserliche Ausdruck auf tinniges Verständnis. Sie lachten und applaudierten zum Schluß mit unvertennbarem Behagen, abgleich mancher von ihnen den betreffenden Pächter gekannt und gewußt haben dürfte, daß es um dessen „Tauglichkeit“ doch etwas anders bestellt sein dürfte, als der Kaiser meinte; denn der Pächter, Herr G. Sohst, ist in den Kreisen der ostelbischen Agrarier nicht unbekannt; er ist Vorstandsmittglied des Elbinger landwirtschaftlichen Vereins und gehört, wie bekannt, zur treuen Gefolgschaft der Herren Hahn und v. Wangenheim.

Etwas weniger amüsant scheinen aber Herr Sohst selbst und seine guten Freunde die Bemerkung Sr. Majestät empfunden zu haben. Er hat den Elbinger Verein zusammengerufen und sich von diesem in aller Form ein Vertrauensvotum ausstellen lassen, wobei nach Meldungen bürgerlicher Blätter sich mehrere Redner sehr scharf gegen die Behauptungen des Kaisers und dessen Informanten wandten. So soll ein Teilnehmer an der Protestversammlung unter allgemeinem Beifall erklärt haben, die betreffenden Döhrendäfer des Kaisers mühten mündlos gemacht werden. Der Weizener Roggen sei von einigen Mitgliedern schon seit zwanzig Jahren angebaut worden, also lange, bevor der Kaiser Besitzer der Herrschaft Cabilen geworden sei. Besonders wurde bedauert, daß der Pächter des Vorwerks Rehsberg, Herr Sohst, in so scharfer Weise öffentlich bloßgestellt worden sei. Herr Sohst sei einer der bekanntesten westpreussischen Landwirte und erkaufe sich in Hoch- und Gesellschaftsreisen der ganzen Provinz eines tadellosen Rufes. Um Herrn Sohst eine Rehabilitierung zu verschaffen, wurde darauf einstimmig ein Vertrauensvotum für ihn ausgesprochen.

Es ist also nichts mit der Förderung der Landwirtschaft durch die kaiserlichen Roggenanbauversuche. Der Weizener Roggen ist in jener Gegend schon früher angebaut worden, als in Cabilen und hat wahrscheinlich auf anderen Feldern ebenso langengerade gestanden wie auf den Cabilen; das patriotische Gemüt der Mit-

glieder des Elbinger Vereins aber hat einen schweren Stoß erlitten. Wer weiß, ob sie nicht schließlich gar noch auf die Idee verfallen, dem Kaiser zu seinem Jubiläum eine Protestkündigung zu überreichen mit der Devise: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold!

Zwei Besitzsteuervorlagen.

Der ultramontanen „Köln. Volkszeitung“ wird telegraphisch aus Berlin gemeldet:

Im Reichshaus sind nunmehr, wie bestimmt verlautet, zwei Besitzsteuervorlagen ausgearbeitet worden, eine Reichsvermögenszuwachssteuervorlage und eine Erbanfallsteuervorlage, die in aller nächster Zeit dem Bundesrat zugehen sollen. Auf Grund unserer Kenntnis der Sachlage möchten wir jedoch eher der Annahme zuneigen, daß dem Bundesrat zunächst nur die Vermögenszuwachssteuervorlage zur Beratung vorgelegt wird. Bei dem bekannten Widerstand einer größeren Anzahl von Bundesstaaten muß allerdings mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß auch die Erbanfallsteuer dem Bundesrat später vorgelegt wird. Wie wir ferner noch erfahren, steht der Inhalt der neuen Wehrforderungen nunmehr endgültig fest, obwohl die Höhe der einzelnen Posten noch nicht mit Sicherheit übersehen werden kann. Die gesamten Wehrforderungen werden sich auf rund 150 Millionen Mark belaufen.

Die „Köln. Volksztg.“ dürfte recht haben, denn der Plan entspricht durchaus der gottgewollten Abhängigkeit, in der sich das Wehmann-Hollwegsche Regiment von dem vaterländischen konservativ-kerikalischen Block fühlt. Zunächst wird man versuchen, aus der erlückelten Vermögenszuwachssteuer einen Teil der zur Deckung der neuen Heeresausgaben erforderlichen Mittel herauszuholen. Erst wenn dieser Versuch sich als verfehlt erweist, will die Regierung zur Einbringung einer beschiedenen Erbanfallsteuervorlage greifen; denn das Selbstinteresse der Großgrundbesitzer muß unbedingt geschont werden.

Das Verfagen der Nationalliberalen.

Die „Frankf. Zeitung“ schreibt über die Beratung des Jesuitenantrages im Reichstage:

Es hätte die Beratung dieses Antrages einen politisch interessanteren Ausgang als seine von Anfang an nicht zweifelhaft Annahme haben können, wenn es gelungen wäre, die Parteien der Linken, nicht nur die Sozialdemokratie und die fortschrittliche Volkspartei, sondern auch die Nationalliberalen, also eine Mehrheit, vorher darauf zu einigen, daß sie durch ein Amendement, wie z. B. die Aufhebung des sogenannten Gotteslästerungsparagraphen, die so stark hervortretende Abneigung des Zentrums gegen alle Ausnahmegegesetzgebung und alle Zwangsgesetze praktisch auf die Probe zu stellen. Dann würde sich gezeigt haben, daß das Zentrum die geistige Freiheit und Betätigung religiöser Ueberzeugungen, die es für sich verlangt, anderen nicht zu konzedieren bereit ist, und dann hätte sich wohl die Situation ergeben können, daß das Zentrum dann gegen seinen eigenen amendierten Antrag gestimmt hätte. Dazu ist es nicht gekommen. Gewisse Verhandlungen, die hinter den Kulissen stattgefunden haben, sind wohl an den ängstlichen und schwächlichen Bedenken der Nationalliberalen gescheitert.

Diese Bemerkungen sind durchaus zutreffend. Die immer verdankt das Zentrum seine Erfolge weniger der eigenen Klugheit als der Schwäche und Unentschiedenheit des Nationalliberalismus.

Die Fortschrittler und die Landtagswahlen.

Die Breslauer Freisinnigen haben am Dienstag beschlossen, für die bevorstehenden Landtagswahlen kein Kompromiß mit den Sozialdemokraten, sondern ein solches mit den Nationalliberalen abzuschließen. Dieser Beschluß enthält zugleich die Bestimmung, daß ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten auch nach den Urwahlen ausgeschlossen ist. Er bedeutet also die Wiederwahl der konservativ-kerikalischen Vertretung; denn ohne die Sozialdemokraten können die Freisinnigen und Nationalliberalen die Reaktionäre nicht verdrängen, die Sozialdemokraten aber denken gar nicht daran, ohne Gegenleistung für die Liberalen zu stimmen. Bei der letzten Wahl wurden 470 Liberale, 368 sozialdemokratische und 820 konservativ-kerikale Wahlmännerstimmen abgegeben.

Man sieht, der sogenannte entschiedene Liberalismus trifft sehr wirksame Anstalten, die Reaktion zurückzudrängen.

Das Reichsgesetz über die vorübergehenden Zoll-erleichterungen bei der Fleischzufuhr

wird im „Reichsanzeiger“ vom 21. Februar veröffentlicht und hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesrat wird ermächtigt, für die Zeit bis zum 31. März 1914 mit Wirkung vom 1. Oktober 1912 ab an Gemeinden, die frisches, auch gefrorenes Fleisch von Vieh aus dem Ausland für eigene Rechnung einführen und unter Einhaltung der vom Bundesrat vorzuschreibenden Bedingungen zu angemessenen Preisen an die Verbraucher abgeben, den nach Nr. 108 des Zolltarifs erhobenen Eingangszoll bis auf einen Betrag zu erstatten, der sich ergibt, wenn anstatt der Zollsätze von 35 oder 27 M. der Zollsatz von 18 M. für den Doppeltariff zu grunde gelegt wird.

Gehemrat Krohne †.

Wie eine Stimme aus einer anderen, besseren Welt klingen mir hier, im preussischen Dreiklassenhaufe, die warmherzigen, von tiefer verstehender Menschenliebe zeugenden Worte des Herrn Gehemrats Krohne — so etwa konnte im Jahre 1910 bei der Beratung über das preussische Gefängniswesen, soweit es dem Ministerium des Innern unterliegt, der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im Landtage sagen.

Ein merkwürdiges Gefühl ist es in der Tat, das diesen Reformator des preussischen Gefängniswesens in das preussische Volksministerium verschlug, in dem er sich fühlen mochte wie ein Prophet unter Steinen.

Die Grundlage für den Vollzug der Freiheitsstrafe ist die Weugung des Rechtsbrechers unter die Autorität des Staates und die Erziehung desselben zum rechten Gebrauch der Freiheit innerhalb der staatlichen Ordnung, sagt Krohne in seinem Bericht des Gefängniswesens. Das Verbrechen ist zumeist eine soziale Krankheitserscheinung; Resozialisierung des Rechtsbrechers ist das vornehmste Ziel der Strafvollstreckung — war sein oecorum oenoseo. Ein tiefes menschliches Mitgefühl mit den Sträflingen trug sein ganzes Wirken in der Gefängnisverwaltung. Und dieses Mitgefühl erstreckte sich über den Sträfling selbst hinaus auf seine unglücklichen Angehörigen und über die Strafzeit hinaus auf die Zukunft des Sträflings.

Es ist daher nicht bloß ein ästhetischer, sondern ein sittlicher Fiel, der sich von der Prügelfstrafe abwendet, so schrieb Krohne 1889. Und er hat diese Auffassung trotz aller prägelischwärmerischen Gay à la Vertel nicht um

Sozialdemokratie verlassen, sondern in seinem Machtbereich allen Widerständen zum Trotz so resolut durchgesetzt, daß in den preussischen Zuchthäusern auch das Disziplinarmittel der Peitschstrafe praktisch beseitigt worden ist. „Trotzdem und trotz der sonstigen Widerlungen in der Anwendung der Disziplinarmittel“ steht die Aufrechterhaltung der Disziplin in den Straf- anstalten (auch Zuchthäusern) auf keine Schwierigkeiten“, so konnte er triumphierend in seiner Strafanstaltenstatistik über das Jahr 1911/12 melden. Auch in den gefunsten Menschen das Menschliche zu finden, ihr Vertrauen zu gewinnen, sie gerecht zu behandeln — das sieht ihm das beste Mittel zur Aufrechterhaltung der Disziplin. Die Herabminderung der Disziplinarmittel auf etwa ein Viertel der früheren Höhe war das Ergebnis von Krohnes etwa 20jähriger Wirksamkeit in der Leitung der dem Ministerium des Innern unterstehenden Gefängnisse. Auch die sanitären Zustände dieser Gefängnisse und die Verpflegung der Sträflinge ist durch Krohnes Energie wesentlich gebessert worden.

Krohne hatte bei alledem gar manchen reaktionären Zug. Die Rolle, die er den Geistlichen und der Religion in den Strafanstalten beizumessen, seine unhaltbare Ansicht über die Art der Gefängnisarbeit, die engen „mittelständlerischen“ Geistesansichten, dies und manches andere trug deutlich die Spuren seiner Herkunft, seines Entwicklungsganges, der ihn aus orthodox-konservativer Luft, vom Lande her, in die Stadt, von der Pfarramtstätigkeit in die Gefängnisverwaltung und schließlich aus der Leitung des Zuchthaus Moabit an die Spitze des preussischen Gefängniswesens führte.

Der Dualismus in der Verwaltung der preussischen Gefängnisse, die zum Teil dem Ministerium des Innern, zum Teil dem der Justiz unterstehen, setzte seiner Wirksamkeit Grenzen. So sehr die Unterstellung aller Gefängnisse unter das Justizministerium das Natürliche wäre, die Verantwortlichkeit gebietet, anzuerkennen, daß sich die Leistungen der Justizverwaltung auf dem Gebiete des Gefängniswesens mit denen Krohnes nicht messen können. Auf diesem Gebiete herrschte und herrscht die freie Luft im Vollzeitsministerium, das auch durch seine vortrefflichen Berichte und Statistiken vorbildlich wirkte. Welche Widerstände Krohne zu überwinden hatte, wird man kaum je erfahren. Am Donnerstag ist der edle und tapfere Mann gestorben. Er hinterläßt eine ganze Anzahl tüchtiger Männer aus seiner Schule; darunter Dr. Jindenberg, den vortrefflichen Direktor des Strafgefängnisses Moabit. Werden sie sich aber gegen die immer schroffere Reaktion gegen Krohnes „Humanitätsduselei“ zu halten und durchzusetzen wissen? An Krohne wagt man sich nicht heran, aber nach seinem Tode wird auch hier „Preußen wieder Preußen sein“, so hätten wir oft.

Wie ihm sei: Krohnes Tod beklagen auch wir aufrichtig, so tief der Abgrund war, der unsere politische Weltanschauung und die seinige trennt.

Gehaltszulagen — für die Richter.

Wie die „Liberale Korrespondenz“ aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, soll das preussische Finanzministerium beabsichtigen, die Gehälter der Richter über den Rahmen des Besoldungsgesetzes hinaus zu verbessern. Was man den schleichtbezahlten Unterbeamten schlechtweg ablehnt, soll also den Richtern gewährt werden, deren Gehalt 3000 bis 7200 M. beträgt, wozu noch ein sehr erheblicher Wohnungsgeldzuschuß kommt. Während das ausgebeulte Proletariat in den Parlamenten unausgesetzt Dokumente der Klassenjustiz vortragen zu lassen gezwungen ist, will der preussische Klassenstaat, wie es ja auch die bürgerlichen Parteien letzter Tage im Landtage gefordert, den Richtern offenbar keine volle Zufriedenheit belunden!

Lehrermangel in Preußen.

Nach der amtlichen Statistik vom Jahre 1911 hat Preußen 114 610 Schulklassen. Von ihnen sind 879 nicht besetzt, ein Manko, das sich durch die in den letzten Jahren bedeutend erhöhte Lehrerausbildung bald ausgleichen läßt. Dessen ungeachtet besteht der Lehrermangel weiter. Er liegt mit seinem ersten Anlaß an einer anderen Stelle hervor. Preußen zählte 1911 im ganzen 128 725 Schulklassen. Es waren jedoch zur Verwahrung derselben nur 116 298 Lehrkräfte (91 643 männliche und 24 650 weibliche) vorhanden. Da nun aber zur ordnungsmäßigen Verwaltung jeder Schulklassen ein eigenes für sie angestellter Lehrer gehört, so fehlen in Preußen zurzeit mindestens 12 427 und 879 gleich 13 306 Lehrkräfte. In Wirklichkeit ist die Zahl noch größer, da an vielen größeren Orten mehr Lehrer als Klassen vorhanden, die also an anderen Orten auch noch fehlen. Es wird daher zur Bekämpfung dieses Lehrermangels noch recht viel getan werden müssen, um zu erreichen, daß auch nur jede Schulklassen ihren eigenen Lehrer erhält. Die Klassenfrequenz steht dann noch auf einem anderen Blatt!

Die Wirren in Mexiko.

Der Streit um die Beste.

Mexiko, 20. Februar. Die Parteien Guertias und Diaz haben weitere Abmachungen für die zukünftige Regierung getroffen. Equibal Obregon ist zum Finanzminister ernannt worden und Manuel Garza Aldape zum Ackerbauminister. Aldape steht mit dem Aufstand im Norden in Verbindung. Seine Aufgabe wird es sein, die Lösung der Agrarfrage zu studieren, die eine der stärksten Ursachen des Mißvergnügens in Mexiko, im Norden wie im Süden, ist. Von Politikern werden wahrscheinlich de la Barra, Alberto Garza und Rodolfo Dreyes Portefeulles erhalten.

Diaz hat klar zu verstehen gegeben, daß er für die Präsidentschaft kandidieren wird. Man hält es für wahrscheinlich, daß Guertia sich seiner Wahl nicht widersetzen wird. Ein Grund, weshalb Diaz keinerlei Anstrengung gemacht hat, die provisorische Präsidentschaft zu übernehmen, scheint der zu sein, daß er für die bevorstehende Wahlkampagne ganz freie Hand in der Leitung seiner Partei haben wollte. Das Schicksal Maderos wird in die Hände des neuen Kabinetts gelegt und sicher vor heute abend entschieden sein. Der frühere Präsident ist jetzt der persönliche Gefangene Guertias, der jede Verantwortung für sein Schicksal ablehnt.

Kampf gegen die neue Regierung.

London, 21. Februar. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Nach einer Meldung aus Mexiko rüsten sich jetzt die Zapatisten zu einer Kampagne gegen die neue Regierung. Es wird gemeldet, daß eine kleine Abteilung von Zapatisten in der Nähe der Hauptstadt sich befindet und daß Regierungstruppen gegen sie ausgehört worden seien. Einer unbestätigten Nachricht zufolge soll Cuernavaca in die Hände Zapatistas gefallen sein.

Die Opfer der Straßenkämpfe.

Mexiko, 21. Februar. Die genauesten, jetzt erhältlichen Verlustschätzungen geben die Getöteten auf etwa 3000 an, von denen die Mehrzahl Privatpersonen und Frauen und Kinder sind. Die Verwundeten werden auf 7000 angegeben. In vielen Fällen sind ganze Familien durch explodierende Granaten und Maschinengewehrfeuer getötet worden. Vielfach liegen verkolle Leichname auf Abfallhaufen, die Feuer fangen. Alle Glieder der Familie Madero sind geflüchtet.

Ungarn.

Annahme der Wahlvorlage im Auschuß.

Budapest, 21. Februar. Der Wahlreformauschuß hat heute die Wahlvorlage der Regierung angenommen.

Frankreich.

Die politische Situation.

Paris, 21. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die sozialistische Fraktion beschloß in Anbetracht der deutsch-französischen Situation, die Einberufung einer Sitzung des Internationalen sozialistischen Bureaus zu beantragen.

Die Presse beschäftigt sich mehr mit Delcassé als mit der Deklaration Poincarés, in der die Aufrechterhaltung der Rechte der Vollzugs Gewalt betont wird. Die gemäßigten Blätter drücken sich befriedigt aus, während der „Temps“ das in der Erklärung Poincarés enthaltene Versprechen, daß das Parlament sich auf das Kontrollrecht zu beschränken habe, freudig begrüßt. Jaurés findet die Erklärung farblos und hält auch die gleichzeitige Ernennung Delcassés zum Botschafter für zufällig.

Im „Eclair“ ist Judet besorgt, weil die russische Allianz vor waghalsigen Kombinationen bewahrt werden müsse. Auch seien in Petersburg ein Militärvertrag und verschwindende Bürgschaften festzulegen. Die Ernennung sei größtenteils ein Zufall, der etwas abenteuerlich anmutet. Die Mehrzahl der Presse, auch die radikale, begrüßt die Ernennung Delcassés zum russischen Botschafter. Der „Temps“ bringt die Enthüllung, daß seit dem Jahre 1905 wiederholt Mitglieder der Zarenfamilie die Ernennung Delcassés wünschten. „Journal des Debats“ hebt den Ernst der internationalen Situation hervor. In der Orientkrise ständen nicht nur albanische Dörfer, sondern alle großen europäischen Interessen auf dem Spiele. Der „Gaulois“ nennt die Ernennung eine Antwort an Deutschland und das „Echo de Paris“ bringt sie mit einer energiegelassen Erklärung Poincarés an Deutschland in Zusammenhang. Nach der Enthüllung des „Temps“ darf man die Ernennung als ein weiteres Entgegenkommen Poincarés gegenüber Rußland charakterisieren.

Die nationalistische Stimmung dauert noch immer an. Die Sekspresse greift die lächerlichsten alldutschen Vorurteile auf, um dem Publikum glauben zu machen, das deutsche Volk wolle ganz Ostfrankreich von Flandern bis Franche Comté sich aneignen.

Bestimmungen zur Ernennung Delcassés.

Paris, 21. Februar. Jaurés schreibt in der „Humanité“: Delcassé selbst hat mindestens zwei Jahre lang unermüdet behauptet, daß Kaiser Wilhelm seine friedfertigen Absichten kenne. Es wäre ein dreifaches Verbrechen von Delcassé, wenn er nach Petersburg ginge, um dort die Rolle eines Sündenbündnis zu spielen. Diejenigen, die ihn für diesen Posten gewählt haben, sind für seine Tätigkeit verantwortlich, und wenn Delcassé durch verdunkelndes Ränsel die europäische Spannung vermehren würde, dann würde auf dem Haupte Poincarés eine furchtbare Verantwortung lasten. — „Figaro“ schreibt: Delcassé kann in der Regierung kein Minister des Aeußeren sein. Die von ihm begangenen Fehler, die wir noch jetzt schwer zu büßen haben, beweisen dies. Er kann auch kein Kardenerbe und vorzüglicher Ministerpräsident sein. Aber er hat zahlreiche Eigenschaften, um ein wirklicher Botschafter in der nützlichen Bedeutung dieses Wortes zu werden. Sein einziger Wirkungsbereich ist übrigens in Rußland; die übrigen Hauptstädte sind ihm verschlossen wegen der Erinnerung an seine famosere Einkreisungspolitik gegen Deutschland, die einen so kläglichen Schiffbruch erlitten hat, sowie wegen seiner Sucht, geheime Verträge abzuschließen.

Belgien.

Die Streikenden sollen aufs Land.

Man schreibt uns aus Brüssel: Der Generalfstreik wird und muß friedlich bleiben. Seit dem Kongreß am 20. Juni klingt diese Generalfstreikparole der belgischen Arbeiterpartei aus allen Manifesten, aus allen Versammlungen. Und es war mit einer der Hauptgründe, die die Partei bewogen, die Frist bis zum Streik nicht zu kurz anzusetzen, um Zeit zu haben, die Arbeitermassen gerade in diesem Punkt aufzuklären, sie mit dem vollen Bewußtsein der Verantwortung und des Ernstes der Situation zu erfüllen. Aus der Pourbaix- und Kerfalsen Agenten- und Arbeiter-Presse aber klingt es allenthalben: Euer Generalfstreik wird und kann nicht friedlich bleiben...! Inzwischen ist die organisierte Arbeiterschaft unermüdet am Werk, die Gehirne zu bearbeiten, die Herzen zur Kalibritigkeit zu erziehen. Wie gerne möchte die gewisse Presse von „Revolberankäufen“ berichten und andere beliebte Schauermärchen von der Vorbereitung zur Revolution dem süßen Pöbel aufstischen. Aber das kommt wohl noch, wie Anno dazumal, als der edle Pourbaix sein schütziges Handwerk im Dienste des seligen Ministers Veernaert trieb.

Wie aber wird in Wirklichkeit der Generalfstreik der belgischen Arbeiterschaft vorbereitet? Western haben sämtliche Branchenorganisationen Brüssels Versammlungen abgehalten und andere Städte werden folgen, und die Mitglieder des Streikkomitees haben zu ihnen das Wort der Aufklärung über die Lage und den Kampf fürs gleiche Recht gesprochen, die Notwendigkeit auseinandergesetzt, zu sparen, Sou um Sou für die Lage des Kampfes zurückzulegen, sich des Nikohols zu enthalten, die Idee des friedlichen, grandiosen, unbefleglichen Generalfstreiks, wie es im Parteitagbeschlusse heißt, in die Arbeitergemüter zu pflanzen. Und wie wird weiter vorbereitet für den friedlichen Streik? Rauschschlag Louis Bertrand in einem Artikel im „Peuple“ vor, daß die Arbeiter während des Generalfstreiks in die benachbarten ländlichen Regionen Exkursionen veranstalten sollen. Schon bei gewöhnlichen Streiks ist es Sitte, daß in den Kohlenprovinzen Hennegau und Lüttich die Streikenden zu den begüterten Bauern gehen und dort zu essen und trinken bekommen. Ein bäuerlicher Genosse machte in einem Brief an Bertrand den Vorschlag, dieser Gepflogenheit während des Generalfstreiks besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Streikenden mögen dann Propagandachriften und Zeitungen mitbringen, die über den Generalfstreik als Mittel zur Erreichung des gleichen Rechts belehren und diese verteilen. Auch wird, meint der bäuerliche Genosse, den arbeitgewohnten Streikenden so die Zeit am besten vergehen,

und es sei darum auch zu begrüßen, daß der Generalfstreik just mit dem Frühling zusammentrifft. Und statt sich von Gendarmen oder Pourbaix provozieren zu lassen, werden die Arbeiter im Streik, wo die Gelegenheit dazu ist, aufs Land gehen, Propaganda machen und vielleicht mit Beiträgen für die Streikenden heimkommen. — In diesem Sinne schlägt Bertrand „Spaziergänge“ der Streikenden vor, und zumal die tapferen belgischen Bergarbeiter dürften sich diesen Rat angelegen sein lassen.

Rußland.

Liquidation der Lenawerkelei im Ministerrat.

Aus Petersburg wird uns geschrieben: Die eingehenden Beratungen des Ministerrates über den Revisionsbericht des Senators Manuichin haben in den letzten Tagen ihren Abschluß gefunden. Das Resultat ist noch schämlicher, als man es bisher vermuten konnte. Bedeutete schon die Verurteilung der Schuldfrage bei der Arbeiterwerkelei und die Forderung einiger Minister, den Gendarmenleitermeister Trefschenkow dem Bericht zu übergeben, eine übliche Kapitulation des Ministerrates vor den eigentlichen Liebherrn der Lenawerkelei, so erweist es sich nun, daß selbst diese Frage in einem anderen Sinne entschieden worden ist. Wie die „Kotwoje Wremja“ berichtet, hat der Minister des Innern über die Werkelei „neue Angaben“ erhalten, die angeblich die Ergebnisse der Senatorenrevision widerlegen. Der Rittmeister Trefschenkow soll deshalb nicht wegen Ueberschreitens seiner Machtbefugnisse, sondern wegen — Untätigkeit im Amte gerichtlich belangt werden, obgleich das Niederknallen von 300 Arbeitern doch wohl ein ausreichendes Argument gegen die ihn nun zugeschriebene „Untätigkeit“ ist! Von den übrigen Maßnahmen des Ministerrates in dieser Angelegenheit ist nur zu sagen, daß sie einerseits vollkommen unzulänglich sind, andererseits den elementarsten Forderungen der Arbeiter Hohn sprechen. Gegenüber den unerhörten Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter in den Lenagoldgruben, gegenüber der unbeschränkten Gewalt der Goldgesellschaft und der von ihr ausgehaltenen Regierungsbeamten, gegenüber der unverhüllten Sklaverei und Verleumdung der Goldarbeiter und ihrer zu Dienstdiensten gezwungenen Frauen und Töchter — bedeutet der Beschluß des Ministerrates, die neuen Versicherungsgeetze auch auf die Minenarbeiter auszudehnen, einige Punkte des Lohnvertrages abzuändern und die Strafen für die Verletzung des Vergleiments zu erhöhen, weniger als nichts! Hierzu kommt noch der Beschluß des Ministerrates: die Polizei im Minengebiet zu verstärken und die Kommanden einiger neuer Vollzeitsoldaten im Lenarevier zu kreieren! Hierin liegt der eigentliche Kern der vom Ministerrat beschlossenen „Reformen“. Gegenwärtig man sich noch, daß diese Beschlüsse gefaßt worden sind nach einer Senatorenrevision, die alle Anklagen der Arbeiter bestätigt hat, erwägt man noch, daß der Ministerrat aus Jurcht vor den Ergebnissen dieser Revision das Gesicht des Senators Manuichin hinsichtlich der Veröffentlichung seines Berichtes abgelehnt hat, so kommt man zu dem Schluß, daß der Ministerrat vollkommen bewußt seinen Entschluß kundgibt, alles beim alten zu lassen. Die russische Arbeiterklasse wird nicht zögern, aus dieser Kundgebung die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Aus Industrie und Handel.

Hochkonjunktur im Kohlenbergbau.

Trotz aller politischen Verwicklungen hat der deutsche Kohlenbergbau im Januar d. J. neue Rekordziffern erreicht. Im Bericht des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats heißt es:

Die günstige Entwicklung, welche die Absatzverhältnisse im Monat Dezember d. J. genommen hatten, hat im Berichtsmontat angehalten. Die arbeitstäglichen Durchschnittsergebnisse haben die Ergebnisse des Vormonats sowie alle bisher erzielten Höchstergebnisse erheblich überholt. Der rechnermäßige Absatz mit 110,98 Proz. der Vorkonjunkturanteile überholte das bisherige Höchstergebnis im Dezember d. J. um 3,88 Proz. und das im Januar 1912 um 18,74 Prozent. Der auf die Kohlbeteiligung der Mitglieder anzurechnende Koksabsatz beziffert sich im Berichtsmontat auf 26,95 Proz., gegen 22,68 Proz. im Dezember und 22,48 Proz. im Januar vorigen Jahres, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Vorkonjunkturanteile im Januar 1912 gegen 1911 noch eine Erhöhung von 9,23 Proz. erfahren haben. Auch die Förderung des Berichtsmontats stellt sowohl in ihrer Gesamtmenge wie auch im arbeitstäglichen Durchschnitt eine zuvor noch nie erreichte Höchstleistung dar. Die Gesamtmenge der Förderung betrug bei 25 1/2 Arbeitstagen 8 810 845 Tonnen, während die bisherige Höchstleistung mit insgesamt 8 501 212 Tonnen im Monat August vorigen Jahres bei 27 Arbeitstagen erreicht wurde. Die Fördermenge von 8 810 845 Tonnen hat zur Deckung des Abfahrs, der sich einschließlich des Verbrauchs für eigene Betriebszwecke der Zechen auf 8 044 480 Tonnen belief, nicht ausgereicht, so daß ein Teil der vorhandenen Lagerbestände herangezogen werden mußte.

Mit Rücksicht auf die günstigen Förderungs- und Abfahrsziffern setzte der Beirat des Syndikats die Umlagen (Beiträge der Mitglieder) um je 2 Proz. herab, für Kohlen und Koks auf 7, für Koks auf 5 Proz.

In der Beiratsitzung suchte sich der Vorstand gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß vom Syndikat seit Jahren geliefert Sorten häufig nicht mehr geliefert würden, weil das Syndikat die im Inlande fehlenden Sorten im Auslande verkaufe. Der Vorstand erklärte, daß diese Änderungen durch die Fortschritte der Technik begründet seien. Da die Gasföhrungsanlagen immer mehr dazu übergingen, Koks herzustellen, seien die verfügbaren Mengen von Gasföhrungsanlagen usw. beschränkt worden. Für einige früher von den Verbrauchern bezogene minderwertige Sorten seien bessere Sorten eingeschoben worden, woher auch die Preissteigerungen zu erklären seien. (1)

Syndikatsbestrebungen in der Röhrenindustrie.

Am 28. d. M. wird eine Sitzung der an der Röhrenkonvention beteiligten Werke stattfinden, die sich wahrscheinlich auch mit der Umwandlung der Preiskonvention in ein festes Syndikat beschäftigen wird. Bisher sind die Bestrebungen zur Syndizierung hauptsächlich an dem Widerstand der Mannesmann-Röhrenwerke gescheitert. Allerdings ist die Stellung der Mannesmannwerke zu der Syndikatsfrage in letzter Zeit insofern eine andere geworden, als die Mannesmannwerke den Verkauf für kleinere und größere Werke ausgenommen haben und sich zum gemischten Betriebe entwickeln. Das hat ihre Position gegenüber der Syndikatsbestrebungen etwas geändert, es ist aber noch fraglich, ob die Verwaltung der Mannesmannwerke sich nun zu einem Anschluß an ein festes Röhrensyndikat entschließen wird. Der Generaldirektor der Mannesmannwerke, Rikolaus Eich, wandte sich gegen die Nachteile der Syndikats, gegen die nach seiner Ansicht durchaus ungesunde Preispolitik und gegen die immer wieder neue Konkurrenz. Herr Eich sprach offen aus, daß die alte Form des Röhrensyndikats für die Mannesmannwerke kein Interesse mehr habe. Er erklärte sich dagegen für eine Verkaufsgemeinschaft, und zwar für eine Verkaufsgemeinschaft, wie sie die Mannesmannwerke und Leben gerufen haben.

Gewerkchaftliches.

Die Streikversicherung der Unternehmer.

Die Streikversicherung der Unternehmer ist in Deutschland noch nicht so alt, wie in einigen anderen Staaten, z. B. England. Den Anstoß in Deutschland gab der denkwürdige Streik der Crimmitschauer Weber, der durch viele Monate hindurch tatsächlich alle Fabriken Crimmitschaus zum Stillstand brachte. Am 17. Januar 1904 traten eine große Anzahl deutscher Arbeitgeberverbände in Berlin zusammen, beschloßen die Crimmitschauer Fabrikanten zu unterstützen und einen allgemeinen deutschen Arbeitgeberbund zu gründen. Man schuf bald darauf eine „Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände“. „Unüberbrückbare Gegensätze“ führten aber bald zu einer Spaltung des Bundes. Viele der einzelnen Arbeitgeberverbände gründeten sodann selbständige Entschädigungsgesellschaften, so der Verband sächsischer Industrieller, der Verband von Arbeitgebern im Bergischen Industriegebiet, der Verband der Berliner Schlossereien usw. Am 7. Dezember 1905 fand eine Sitzung von Vertretern der eine Streikentschädigung besitzenden Verbände statt, die Vorberatungen zu einem „Schutzverband für Streikschäden“ pflog, der dann am 23. Juni 1906 endgültig ins Leben trat. Ihm schlossen sich sofort 53 Verbände, insbesondere solche der Textilindustrie an. Mit der Auszahlung der Entschädigung begann der Schutzverband am 1. Januar 1907.

Der Verband hat seither seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1912 herausgegeben. Danach ist die Zahl der Mitglieder (Unternehmer) von 2776 im Jahre 1911 auf 3825 im Jahre 1912 gestiegen. Die Zahl der angeforderten Arbeitgeberverbände vermehrte sich von 54 auf 88. Im letzten Jahre wurden 138 Mitglieder von Arbeitseinstellungen betroffen; die Entschädigungsansprüche dafür erreichten die Höhe von 166 000 M. Bei weiteren 248 Lohnbewegungen ist der Ausbruch eines Streiks verhindert worden. Der nächsten Generalversammlung soll eine Aenderung der Satzung dahingehend vorgeschlagen werden, daß künftig für jeden ausfallenden Arbeitstag eine Entschädigung von 25 Proz. des durchschnittlichen Tagelohns pro Person in der Regel nur dann gewährt werden soll, wenn der Unternehmer seit mehr als einem Jahre Mitglied ist und einige sonstige Voraussetzungen zutreffen.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifbewegung der Bauknechte.

Der für die Bauknechte abgeschlossene Tarifvertrag ist bekanntlich von den Knechtemeistern zum 31. März gekündigt worden. Vor der erfolgten Tarifkündigung fanden Verhandlungen der Schlichtungskommission statt, die jedoch ergebnislos verliefen. Während die Arbeiter sich damit einverstanden erklärten, daß der bestehende Tarif ohne jede Aenderung bis 31. März 1914 Geltung behalten sollte, wollten die Unternehmer die Gültigkeitsdauer um drei Jahre verlängern. Die Unternehmer wollten dann den Stundenlohn ab 1. Oktober 1913 um einen Pfennig erhöhen. Dafür sollte jedoch der Lohn der Jungausgelernten, der jetzt 60 Pf. beträgt, der freien Vereinbarung überlassen bleiben, jedoch nicht weniger als 50 Pf. betragen. In einem derart minimalen Zustandsbildnis sowie den enormen Verschlechterungen konnten die Arbeiter natürlich ihre Hand nicht bieten. Sie lehnten ein derartiges Anerbieten als völlig undiskutabel ab, worauf die Unternehmer den Tarif kündigten.

Um nun möglichst bis zum 31. März zu einer Verständigung zu gelangen, wurde das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts angerufen. Gestern fand Verhandlung unter Vorsitz des Magistratsrats v. Schulz statt.

Beide Parteien begründeten die Wünsche ihrer Auftraggeber. Die Unternehmer suchten nachzuweisen, daß die jetzigen Löhne der Bauknechte schon viel höher seien als diejenigen der Werkstattnknechte. In anderen Berufen — so bei den Maurern — unterliege der Lohn für Jungausgelernte ebenfalls der freien Vereinbarung. — Von den Arbeitern wurde das Gegenteil nachgewiesen. In anderen Branchen, zum Beispiel bei den Automobil- sowie Flugzeugknechten würden viel höhere Löhne gezahlt. Hinzu komme, daß die Bauknechte wohl nur in den allerersten Fällen das ganze Jahr hindurch beschäftigt hätten. Bei den Maurern unterliege der Lohn für Jungausgelernte im ersten Jahr zwar der freien Vereinbarung, aber schon im zweiten Jahre würde der volle Sockellohn gezahlt. Der Bauknecht dagegen müsse noch volle zwei Jahre warten. Wollte man im zweiten Jahre den vollen Lohn zahlen, so würden die Arbeiter wohl nichts dagegen haben, wenn der Lohn im ersten Jahre der freien Vereinbarung unterliege.

Bevor sich das Fünfmännerkollegium mit dem Unparteiischen an der Spitze zur Beratung zurückzog, zogen beide Parteien ihre bisher gemachten Zugeständnisse zurück. Die Beratung dauerte mehrere Stunden. Während dieser Zeit traten die Parteien zu Sonderberatungen zusammen und erörterten eingehend die Situation. Alle Bemühungen des Herrn v. Schulz, eine Einigung zu erzielen, schlugen fehl. Schließlich wurde ein Schiedspruch gefällt. Dieser geht dahin:

Der Tarif wird bis 31. März 1916 in der bisherigen Fassung verlängert. Nur in der Lohnfrage erfährt er eine Aenderung. Der Lohn soll ab 1. April 1913 um einen und ab 1. April 1914 um ebenfalls einen Pfennig erhöht werden. Der Stundenlohn soll also vom 1. April 1913 bis 31. März 1914 80, vom 1. April 1914 bis 31. März 1916 81 Pf. betragen.

Die Parteien wurden aufgefordert, bis zum 3. März zu diesem Schiedspruch Stellung zu nehmen und dem Gewerbegericht mitzuteilen, ob er akzeptiert wurde.

Zwischen dem Verband der Gastwirtsgehilfen und dem Dekanaten Jabel der Hoppoldt-Brauerei in der Hosenheide bestanden seit längerer Zeit Unstimmigkeiten. Zur Verilegung derselben wurde das Gewerbegericht angerufen. Dieses fällt folgenden Schiedspruch:

1. Der Vertrag vom 29. Juli 1912 ist von beiden Teilen strikte innewahalten.
 2. Die Arbeitsvermittlung wird wie folgt geregelt:
 - a) für die fest einzustellenden Kellner ist der Arbeitsnachweis des Verbandes der Gastwirtsgehilfen und später der paritätische Arbeitsnachweis in erster Linie zu benutzen;
 - b) bei weiterem Bedarf an Personal hat Herr Jabel die erwähnten Arbeitsnachweise in weitgehendstem Maße zu berücksichtigen.
 3. Streitigkeiten über die Auslegung des Vertrages vom 29. Juli 1912 und dieses Schiedspruches entscheidet das Einigungsamt des Gewerbegerichts. Ehe dieses gesprochen hat, sind Massenarbeitsniederlegungen und Ausperrungen unzulässig.
- Beide Parteien haben sich dem Schiedspruch unterworfen, so daß die Differenzen dadurch beseitigt sind.

Die Wähler sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Der jetzige Tarif läuft am 16. März ab. In einer Verbandsversammlung berichtete der Vorsitzende Klapsch über den Stand der Dinge. Er führte aus, daß die Wähler in diesem Lohnkampf nur mit dem Obmann der Innungs-Tarifkommission, Louis Schulz, zu tun hätten, was ein wesentlich leichteres Arbeiten bedeute als in früheren Jahren, wo sich die Organisation mit den einzelnen Verantw. Redakt.: Alfred Wielepp, Neufahrn. Inseratenteil veranw.

Unternehmern herumschlagen mußte. Die Tarifkommission schlägt einen Stundenlohn von 75 Pf. und für größere Arbeiten einen solchen von 80 Pf. vor unter Verbeibehaltung der Arbeitszeit von wöchentlich 52 Stunden. Vor den hohen Festtagen, sowie Weihnachten, Neujahr, Ostern und Pfingsten ist die Arbeitszeit zwei Stunden früher zu beenden. Auch ein Urlaub wird gefordert, und zwar im ersten Jahre zwei Tage, jedes weitere Jahr steigend um einen Tag bis zu sechs Tagen. Für die Fabrikanten wird die Abschaffung der Akkordarbeit und ein Lohn von 42 M. verlangt. Der Zuschlag bei Montagsarbeiten bleibt derselbe. Die Tarifdauer ist auf zwei Jahre festgesetzt worden. Von einer Verkürzung der Arbeitszeit wurde Abstand genommen. In einer lebhaften Diskussion erklärten sich sämtliche Redner für die Annahme des vorgeschlagenen Tarifs.

Achtung, Schuhmacher! Infolge der allgemeinen Lohnbewegung ist es auch bei der Firma Reisch, Pallfabenstr. 21, zur Arbeitsniederlegung gekommen. Auch der Streik bei der Firma Goldmann, Köpenicker Str. 126, besteht unverändert fort. Die beiden Betriebe sind streng zu meiden.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Der Streik in der Winenschiffahrt.

Die Streiklage hat sich wesentlich verändert, indem die Neue Norddeutsche Flugdampfschiffahrtsgesellschaft, eine der größten Firmen, die Forderungen der Winenschiffer bewilligt hat. Die Arbeiterverbände haben am Freitag eine zweite Liste mit Firmen, die bewilligt haben, herausgegeben. Auf dieser sind außer der erwähnten Firma verzeichnet: Schnelldampfer-Gesellschaft Deutschland in Berlin; Prüssing u. Co., Rensburg; August Neubert, Rensburg; Magdeburger Eilschiffahrtsgesellschaft; Janssen u. Zimmermann, Hamburg; Martens, Hamburg; Braune, Magdeburg; Schüge u. Henle, Halle; August Mann, Halle; Lüders u. Stange, Lübeck; ferner bewilligte eine große Anzahl Dampferbesitzer und Privatshiffer. Die mit den Vereinigten Eis-Schiffahrtsgesellschaften kartellierten Schiffsahrtsunternehmen haben den Betrieb völlig einstellen müssen, angeblich wegen Eingang, in Wirklichkeit, weil keine Arbeitskräfte vorhanden sind, denn sonst hätten die anderen Betriebe die Schiffahrt doch nicht aufgenommen.

Der Bund deutscher Schiffer (Innungsverband) nahm Stellung zum gegenwärtigen Lohnkampf in der Winenschiffahrt. Am 19. d. M. tagte in Jüterbog a. O. eine von 600 Privatshiffern besuchte Innungsversammlung, an der auch Vertreter der Arbeiterverbände und Vertreter des Unternehmerverbandes teilnahmen. Der Innungsverband wollte sich entscheiden, ob er in diesem Kampfe sich auf die Seite des Arbeitgeberbundes stellen sollte.

Die Vertreter der Arbeiter gaben eine Darstellung über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen; sie betonten u. a., daß sie es für richtig hielten, wenn die Bundesleitung mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung treten würde, um einen Vertrag zu schaffen, der den Wünschen der Privatshiffer Rechnung trage. Die Vertreter des Unternehmerverbandes versuchten mit allen Mitteln, gegen die Arbeiterorganisationen scharfszumachen, sie forderten den Innungsverband auf, sich dem Unternehmerverband anzuschließen. Die Herren stießen jedoch bei den Privatshiffern auf harten Widerstand. Die Privatshiffer fordern mit den Mannschaften die Nachtruhe. Und in der Organisationsfrage betonten sie, daß die Schiffeigner sich nicht mit den Vertretern des Großkapitals verbinden könnten. Es meldeten sich dann auch nur circa 25 Mann, die dem Unternehmerverbande beiträten. Mit dem Verlauf dieser Versammlung können die Mannschaften zufrieden sein.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß demnächst Verhandlungen zwischen dem Innungsverband und den Arbeiterorganisationen stattfinden.

Differenzen im Zimmerergewerbe.

Im Jahre 1912 wurde in Pütow in Pommern ein Tarifvertrag mit Gültigkeit bis 31. März d. J. abgeschlossen. Die Zimmerer kündigten den Tarif und ersuchten gleichzeitig die Unternehmer um Verhandlungen, um einen neuen Tarif abzuschließen. Als Antwort darauf entließ der Vorsitzende des Unternehmerverbandes Jäsche seine drei bei ihm beschäftigten Zimmerer. Und die Direktion der Norddeutschen Bauaktiengesellschaft vorm. G. und C. Körner erklärte:

„Wid der im Jahre 1912 abgeschlossene Vertrag nicht ohne Aenderung auf zwei Jahre verlängert, und haben wir bis zum 8. Februar d. J. das nicht schriftlich, so werden sämtliche bei uns beschäftigten, dem Verbands angehörenden Zimmerer gekündigt.“

Alle Versuche der Gewerkschaft, die erlassenen Differenzen zu schlichten, scheiterten, obgleich darauf verwiesen wurde, daß der Standpunkt der Direktion ein Vertragsbruch sei, weil der Vertrag nicht am 8. Februar sein Ende erreicht habe, sondern erst am 31. März erlösche. Die Firma entließ denn auch 10 organisierte Zimmerer. Vorher versuchte die Direktion, jeden Zimmerer zur Unterschrift zu bewegen, daß er zu den alten Bedingungen weiter arbeite. Doch von den Organisierten hat niemand seine Unterschrift gegeben, nur 18 Nichtorganisierte unterschrieben. Da die Norddeutsche Bauaktiengesellschaft vorm. G. u. C. Körner sehr viele Arbeiter in den Provinzen Ost- und Westpreußen, Posen, Pommern usw. auszuführen hat, werden die organisierten Zimmerer besonders darauf aufmerksam gemacht, Arbeitsangebote nicht anzunehmen.

Ein Strafantrag wegen Streikvergehen!

Bei den Straßenarbeiten für die Anlage der elektrischen Bahn in Wilhelmshaven kam es wegen Lohnhöherungen zu einem Streik. Im Verlaufe des Streiks sollten die Arbeiter Pöbel und Wehringer aus Mitleiden Arbeitswillige genötigt haben, am Streik teilzunehmen; sie sollten außerdem Hausfriedensbruch verüben und einen Schwächmeister durch Drohungen zum Weineid zu verleiten verfaßt haben. Die zwei Angeklagten hatten sich wegen dieser Straftaten vor der Strafammer in Aurich zu verantworten. Die Verhandlung gestaltete sich sehr umfangreich. Nicht weniger als 80 Zeugen waren geladen, deren Aussagen aber meist günstig für die Angeklagten ausfielen. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt gegen die beiden Angeklagten eine Strafe von je 1 1/2 Jahren Zuchthaus. Das Gericht kam aber zu einem Freispruch mit der Begründung, daß der ganze Sachverhalt nicht genügend geklärt erscheine. Ein Zuhörer, der das Urteil mit einem Freudenruf aufnahm, mußte dafür eine 24stündige Haftstrafe hinnehmen.

Streik der Seidenfärber in Arefeld. Eine überfüllte Versammlung der Arefelder Färber beschloß, da die Zugeständnisse der Fabrikanten auf die Wünsche der Arbeiter nicht genügend waren, sofort in den Streik einzutreten. Auch der Christliche Textilarbeiterverband wird sich mit seinen Mitgliedern an dem Streik beteiligen. Die Färber verlangten eine 3 1/2-jährige Tarifdauer ohne jegliche Verkürzung der Arbeitszeit, welche jetzt noch 60 Stunden pro Woche beträgt, sowie ein ausreichendes Entgelt kommen in der Lohnfrage. Für die Bewegung kommen in Betracht 2032 Arbeiter und Arbeiterinnen; davon sind 2300 im Deutschen Textilarbeiterverband organisiert.

Versammlungen.

Deutscher Tabakarbeiterverband. In der Jahres-Generalversammlung behandelte Genossin Gertrud Hanna in einem sehr interessanten und lehrreichen Vortrage das Thema: „Die Gewerkschaften eine Kulturbewegung.“ Der Jahresbericht von 1912 lag der Generalversammlung gedruckt vor. Im verfloßenen Jahre belief sich die Gesamtsumme einschließlich eines Bestandes aus dem Jahre 1911 im Betrage von 294,04 M. auf 26 608,04 M. Von den Ausgaben seien erwähnt 3293,75 M. für Lohnbewegungen ohne Streiks, 312,75 M. Maßregelungsunterstützung, 7930,20 M. Arbeitslosenunterstützung, 189,95 M. Umzugs- und Fahrgeldunterstützung, 4350,50 M. Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung, 255 M. Sterbeunterstützung. Der Lokalkasse wurden 2904,53 M. zugeführt, dem Gauleiter resp. Vorstand 6655 M. überwiesen. — Die Lokalkasse balancierte in Einnahme und Ausgabe mit 12 531,75 M. Am Schlusse des Jahres war ein Bestand von 7532,04 M. vorhanden.

Die Mitgliederzahl ist von 1105 (595 männlichen und 510 weiblichen) am Schlusse des Jahres 1911 auf 1206 (629 männlichen und 577 weiblichen) Mitglieder gestiegen. Obwohl im Laufe des Jahres insgesamt 829 Arbeiter dem Verbands beigetreten waren, betrug die eigentliche Zunahme der Mitglieder nur 191. Es besteht also im Verbands noch eine äußerst große Fluktuation.

Am Arbeitsnachweis meldeten sich arbeitslos 221 männliche und 23 weibliche Zigarrenmacher, 71 Widelmacher, 44 männliche und 43 weibliche Zigarettenarbeiter. Vermittelt wurden 137 männliche und 6 weibliche Zigarrenarbeiter, 54 Widelmacher, 30 männliche und 31 weibliche Zigarettenarbeiter.

Alwin Schulze gab zu dem Bericht verschiedene kurze Erläuterungen und ging dabei auf die Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Branchen ein. Während der Geschäftsgang in der Zigarettenbranche ein ziemlich guter gewesen sei, habe die Zigarettenbranche ein enorm unter den unheilvollen Folgen der letzten Finanzkrise zu leiden gehabt. Den dauernd schlechten Geschäftsgang in der Zigarrenindustrie habe das Unternehmertum vielfach dazu auszunutzen versucht, um Attentate auf die Löhne der Arbeiter zu unternehmen. Es sei aber der Organisation unter teilweiser Zustimmung der Gewerkschaft gelungen, dieses Bestreben der Unternehmer zu vereiteln. Auf dem Gebiete der Tarifbewegung seien nur ganz unwesentliche Veränderungen zu verzeichnen gewesen. Die Bewegung bei der Firma Jasetti habe einem Teil der Arbeiter eine zehnprozentige Lohnerhöhung gebracht. Auch bei der Firma Manoli seien Verbesserungen erreicht worden.

Die Neuwahl der Krisenverwaltung endete mit der Wiederwahl der bisherigen Mitglieder: 1. Bevollmächtigter Börner, 2. Schulze, 3. Grunow, Hilfskassier Friedrich, Revisoren Friß und Fr. Rinuth. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde auf die Aussperrung der holländischen Tabakarbeiter hingewiesen. Beschlossen wurde, dem internationalen Sekretär sofort 250 M. zur Unterstützung der Aussperrten zu überweisen und in den Fabriken Sammlungen zur weiteren Unterstützung vorzunehmen. Ferner wurde beschlossen, den Aussperrten durch ein Telegramm die Sympathie und Solidarität der Versammlung zu bekunden.

Vorsitzender Börner machte zum Schluß noch einige geschäftliche Mitteilungen.

Die Bauhilfsarbeiter nahmen in ihrer Sektionsversammlung am Mittwoch Stellung zur Frage der Beitragshöhe. Durch Beschluß des letzten Verbandstages ist in der Einteilung der Beitragsklassen eine Aenderung eingetreten. Da die Bauhilfsarbeiter in Berlin zurzeit einen tarifmäßigen Stundenlohn von 55 Pf. haben, so zahlten sie nach dem alten Statut einen Beitrag von 65 Pf., entsprechend der Lohnklasse von 52-57 Pf. Nach dem neuen, vom Verbandstag beschlossenen Statut würden sie der Lohnklasse von 45-55 Pf. angehören und 60 Pf. Beitrag zu zahlen haben. In diesem Falle würden sich aber auch die bisherigen Unterstützungsätze verringern. Um das zu verhindern, und weil ja mit Bestimmtheit erwartet wird, daß der neue Tarifvertrag eine Lohnerhöhung bringt, monach die Hilfsarbeiter ohne weiteres in die nächsthöhere Klasse mit einem Beitrag von 70 Pf. kommen müßten, empfahl der Referent Reser, daß sich die Sektion schon jetzt für die Zahlung des 70 Pf. Beitrages entscheide. — Nach längerer Diskussion stimmte die Versammlung mit sehr großer Mehrheit dem Vorschlage zu.

Darauf wurden die Neuwahlen vorgenommen. Gewählt werden in den Zweigvereinsvorstand Reser, in die Sektionsleitung Reser als erster, Schilling als zweiter Sektionsleiter und Michaelis als Schriftführer. — Krüger wurde als Kontrolleur bestimmt.

Letzte Nachrichten.

Die Friedensausichten.

Wien, 21. Februar. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt zur Balkanlage: Was die Frage der Friedensvermittlung anbetrifft, so befindet sich die Türkei bereits im Besitze der Entscheidung der Mächte, die dahin geht, daß neue Friedensverhandlungen nur auf der Basis der letzten europäischen Kollektivnote erfolgen können, wenn man auch aus tatsächlichen Gründen der türkischen Regierung einen ausgesprochenen Verzicht auf Adrianopel nicht als Vorbedingung einer Vermittlung auferlegen werde. Bisher hat die türkische Regierung sich zu diesem Vorschlag noch nicht geäußert. Zweifellos herrscht aber weder auf türkischer noch auf bulgarischer Seite eine besonders große Begeisterung für den Krieg und die vielfachen Schwierigkeiten, die den militärischen Operationen entgegenstehen, scheinen geeignet, das Friedensbedürfnis haben und drängen zu fördern.

Halki Paschas Mission.

London, 21. Februar. (W. T. N.) Der Vertreter des Neutralen Bureaus hatte heute eine Unterredung mit Halki Pascha. Halki Pascha wies zunächst auf den halboffiziellen Charakter seines Aufenthalts in London hin, der ihm eine größere Freiheit des Handelns gewähre als eine offizielle Mission, und verbreitete sich hierauf über die bekannten territorialen Ansprüche der Türkei. Da der Friede aus direkten Verhandlungen zwischen den Kriegführenden ausgeschlossen erscheine, hätte die Türkei sich an Europa gewendet in der Hoffnung, daß die Großmächte die Situation richtig beurteilen würden. Die Türkei werde glücklich sein, ihre Angelegenheiten in den Händen der Völkerversammlung unter dem Vorsitz des Großes zu wissen. Als sie Europa um Intervention ersucht hätte, hätte sie es in der Meinung getan, daß Europa ihr den ganzen Umfang des abzuschließenden Vertrages zeigen werde und man dann verhandeln könnte. Dieses sei die heutige Lage.

Noch kein Schritt unternommen.

Sofia, 21. Februar. Die Gesandten der Großmächte haben den für heute angekündigten Vermittlungsschritt nicht unternommen. Es soll erst die Antwort Rumäniens abgewartet werden.

Amerika interveniert zugunsten Maderos.

Washington, 21. Februar. Staatssekretär Knox beauftragte den Botschafter Wilson, Querta gegenüber anzudeuten, daß Amerika ernstlich gegen eine summarische Hinrichtung oder Verurteilung Maderos aus Gründen der Humanität opponiere.

Widerstand gegen die neue Regierung.

Berocrus, 21. Februar. Die Behörden weigern sich, gefangene Anhänger Diaz freizulassen.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

118. Sitzung. Freitag, den 21. Februar 1913, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesstadtsitz: v. Jagow, Wackerzapp. Abg. Frhr. v. Rittshofen (nat.) stellt folgende Anfrage: Welche Maßnahmen zum Schutze der Deutschen in Mexiko sind seitens des Herrn Reichskanzlers erfolgt?

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow: Ich freue mich, dem Hause mitteilen zu können, daß kein Reichsangehöriger den Unruhen in Mexiko zum Opfer gefallen ist. Ein einziger Deutscher, der es sich nicht nehmen ließ, in den Straßen photographische Aufnahmen zu machen, wurde durch ein einseitiges Abmahnungsbüro leicht verwundet worden. Gleich nach den ersten Meldungen, die wir von den Unruhen in Mexiko erhalten haben, haben wir den kaiserlichen Gesandten beauftragt, sich mit dem Vorkonsul in Mexiko in Verbindung zu setzen und die nötigen Schritte zum Schutze unserer Landsleute zu tun. Es ist darauf zuerst versucht worden, die Kämpfe zu lokalisieren und die Stadtteile, wo die Fremdenkolonien sind, von den Kämpfen auszunehmen. Diese Vereinbarung hat sich leider nicht als ausführbar erwiesen. Darauf wurde ein Abständiger Waffenstillstand erwirkt, während dessen den Reichsangehörigen Gelegenheit gegeben wurde, sich aus der Gefahrenzone heraus in eine Vorstadt zu begeben, wo der Gelände Häuser gemietet hat. S. M. Schiff „Dremsen“ ist zurzeit in Philadelphia zur Vornahme größerer Reparaturen. Aber die amerikanischen Schiffe, die sich in den mexikanischen Gewässern aufhalten, sind, wie aus Washington gemeldet wird, angewiesen, als Zufluchtsstätte für alle Fremden zu dienen und nach Möglichkeit auch auf dem Lande für den Schutz von Eigentum und Leben der Fremden zu sorgen. Wir haben der Regierung in Washington für dies Entgegenkommen gedankt. Sollten Reichsangehörige Schaden aus Anlaß der Unruhen erleiden, so wird nach den Grundsätzen des Völkerrechts die mexikanische Regierung dafür ersatzpflichtig gemacht werden. Im übrigen bewahren wir den Freigebunden in Mexiko gegenüber die Zurückhaltung, welche wir inneren Vorgängen in fremden Staaten gegenüber beobachten müssen. Das wird uns aber nicht abhalten, für den Schutz unserer Landsleute, für die Wahrung unserer Interessen, soweit erforderlich, mit Nachdruck einzutreten. (Bravo.)

Zweite Lesung des Etats des Reichseisenbahnamts fortgesetzt.

Abg. Schwabach (nat.) wünscht eine Erklärung des Reichseisenbahnamts darüber, ob die deutschen Eisenbahnen jeden Augenblick für den Kriegsfall bereit seien. — Wir bedauern, daß dem Wunsche des Reichstags, die Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals einheitlich zu regeln, nicht Folge gegeben worden ist. Es sollen einige Verbesserungen in der Dienst- und Ruhezeit erfolgt sein; darüber möchten wir nähere Mitteilungen haben. Wünschenswert wäre auch ein einheitliches Staatsarbeitsrecht, zumal das Arbeitsamtergesetz endgültig gescheitert ist. — Eine Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahnen und ihre Übernahme auf das Reich könnte natürlich nur unter Entschädigung der Einzelstaaten erfolgen. Eine Schwächung der Finanzen der Einzelstaaten müßte ausgeschlossen sein. Die bedauerliche Verquickung der preussischen Eisenbahneinnahmen mit den allgemeinen Staatseinnahmen würde dann ein Ende haben. Die gemeinsame Materialbeschaffung für alle deutschen Eisenbahnen würde enorme Ersparnisse zur Folge haben. Eine nationale Anstandsbehörde wäre eine völlig paritätische Behandlung aller deutschen Eisenbahnen. Die Zulassung von Umleitungen bis zu 20 Prozent sollte aufgehoben werden; dazu die Hand zu bieten wäre Preußen verpflichtet. Davon, daß Preußen dessen gewissenhaft über das Ohr gehalten hätte, kann keine Rede sein. Das hat der heftigste Minister Dr. Braun in letzter Zeit ausdrücklich betont und diese Ausführungen scheinen auch auf den Abg. Hasenzahl nicht ohne Eindruck geblieben zu sein, der sich über den preussisch-hessischen Vertrag wesentlich milder ausdrückte als früher sein Parteigenosse Ulrich.

Abg. Hahnle (Sp.): Eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeits- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals wäre um so notwendiger, weil dadurch für das Reichseisenbahnamt die beste Grundlage für seine Tätigkeit gegeben wird. Der planmäßige Dienst hat in den letzten Jahren zugenommen. Dazu kommt die außerordentliche Anspannung des Personals infolge des Wagenmangels. Wenn Verbesserungen im Wege der Vereinbarung zwischen den verschiedenen Eisenbahnverwaltungen erfolgt

sind, so begrüßen wir das, halten aber nach wie vor die reichsgesetzliche Regelung für den einzig richtigen Weg. — Die Güterwagen-gemeinschaft ist zu begrüßen als ein Anfang zur Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens. Unter dem jetzigen Umleitungssystem haben die süddeutschen Staaten sehr zu leiden. Unter der Konkurrenz der einzelnen Staaten leidet der Gesamtverkehr. (Sehr richtig!) Eine Aenderung der heutigen Zustände ist dringend notwendig. Eine Ueberführung aller Bahnen in das Eigentum des Reiches halten wir für undurchführbar, jedenfalls zurzeit aussichtslos. Eher ist eine Betriebsmittel- oder eine Betriebs- und Finanzgemeinschaft der deutschen Bahnen zu erreichen. Hierüber sollte uns das Reichseisenbahnamt eine Denkschrift vorlegen. (Bravo.)

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Eisenbahnbediensteten gehören nicht zur Zuständigkeit meines Amtes. Entgegengetreten muß ich der Art und Weise, wie Herr Hasenzahl das preussisch-hessische Abkommen beurteilt. Die Behauptung, daß dessen von Preußen über das Ohr gehauen sei, ist schon wiederholt zurückgewiesen worden; dessen hat vielmehr bei diesem Abkommen ein gutes Geschäft gemacht. Die Tilgung der hessischen Staatsschulden ist zum Beispiel nur dadurch möglich geworden. Nicht verständlich ist uns auch die Behauptung des Abg. Hasenzahl, daß im Verkehr Basel-Berlin die rechtsrheinische Linie vor der linksrheinischen bevorzugt sei. Die Tatsachen beweisen das Gegenteil. Eine reichsgesetzliche Regelung der Dienst- und Ruhezeiten des Eisenbahnpersonals ist nicht notwendig und auch nicht zweckmäßig. Eine Ueberführung des Personals ist auch heute ausgeschlossen. Es ist nicht richtig, daß der planmäßige Dienst des Lokomotivpersonals zugenommen habe. Nach den Dienstplänen beträgt die Arbeitszeit des Eisenbahnbetriebspersonals 12 Stunden. Ausgenommen sind nur Zeiten besonderer Betriebsstörungen wie im letzten Herbst im Ruhrrevier. Wenn der Abg. Hasenzahl einzelne Dienstpläne anführt, wo eine längere Arbeitszeit vorgeesehen ist, so können solche Fälle nur dann etwas beweisen, wenn zugleich die Arbeitsleistung hinzugefügt wird. Denn Dienstzeiten von 14—16 Stunden sind nur zulässig dort, wo die Betriebsverhältnisse einfach sind und daher die Arbeit nicht besonders anstrengend ist. Neuerdings ist die Dienstzeit des Lokomotivpersonals um eine Stunde täglich verringert worden. Mit einer erheblichen Vermehrung des Personals ist begonnen worden. Die Mehrkosten belaufen sich auf 25 Millionen M. jährlich. In bezug auf die Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens haben die Regierungen der Einzelstaaten ihre ablehnende Stellung beibehalten, sie wollen ihre Selbstständigkeit auf diesem Gebiete behalten. Deshalb erbringt es sich auch, Richtlinien für eine solche Vereinheitlichung aufzustellen und eine Sachkommission für die Vorbereitung der Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens einzusetzen. Schließlich kann ich noch die Anfrage des Abgeordneten Schwabach nach der militärischen Leistungsfähigkeit unserer Eisenbahnen bejahen. (Bravo.)

Abg. Graf Kanitz (L.): Mit der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft ist Hessen gut gefahren. Zur Vereinheitlichung der Eisenbahnen nimmt der preussische Eisenbahnminister kaum eine stärker ablehnende Haltung ein wie der preussische Finanzminister; auch das gesamte preussische Ministerium und beide Häuser des Landtages würden einem Uebergang der Eisenbahnen an das Reich nicht zustimmen. Wenn der württembergische und der badische Finanzminister sich zugunsten der Vereinheitlichung ausgesprochen haben sollen, so darf man nicht übersehen, daß gerade die württembergischen und die badischen Eisenbahnen sehr schlecht rentieren. Man kann von Preußen wirklich nicht verlangen, in eine Finanzgemeinschaft mit diesen Staaten einzutreten. Eher wäre schon an eine Betriebsmittelgemeinschaft zu denken.

Abg. Stolle (Sp.):

Das Reichseisenbahnamt ist eine Aufsichtsbehörde über die sämtlichen Eisenbahnen im Deutschen Reich, es hat für die nötigen Betriebsmittel zu sorgen, es muß Sorge dafür tragen, daß die Sicherheit auf den Bahnen gewährleistet ist, es steht ihm die Kontrolle über das Tarifwesen zu. Auf allen diesen Gebieten sind

Mängel geradezu schreiender Natur

vorhanden, die abzuschaffen das Reichseisenbahnamt die Pflicht hat, und auch der Reichstag muß das Reichseisenbahnamt hindrängen für die Beseitigung der Mängel zu sorgen. Wenn das Reichseisenbahnamt die nötige Energie anwendet, so wird die Abschaffung der Mängel gelingen. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Ein Liebeslied ist zunächst der Mangel an Betriebsmitteln. Vor kurzem haben wir über den Mangel an Betriebsmitteln im Kohlenrevier interpelliert. Der Präsident des Reichseisenbahnamts gab ihm auch unumwunden zu, er sagte, daß weder

die Betriebsmittel noch die baulichen Anlagen ausreichten, und suchte den preussischen Eisenbahnminister mit der ungewöhnlichen und unerwarteten Steigerung des Verkehrs vom Jahre 1909 an zu decken. Ich lasse es dahingestellt, ob die preussische Eisenbahnverwaltung damit entschuldigt ist. Ich weise aber auf die außerordentliche Verkehrsstörung bei den letzten Kaisermanövern in Sachsen hin. Hier kann doch von einer unerwarteten Verkehrssteigerung nicht die Rede sein, hier wußte man bis auf die Minute, wann die Züge für die Mannschaften, die Pferde und das Material einzustellen waren. Hier lag der Fehler keineswegs an den mangelnden Betriebsmitteln und mangelnden baulichen Anlagen, sondern der ganze Apparat klappte nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine oberste Aufsichtsbehörde muß doch auch von Zeit zu Zeit inspizieren und auf Abhilfe drängen, wo sie Mängel findet. Was wäre wohl geschehen, wenn ein Zug mit Kanonen nicht rechtzeitig herangekommen wäre? Aber daß Tausende von Gewerbetreibenden schwere Schädigungen erlitten, weil ihre Waren nicht rechtzeitig herangekommen wurden, kümmert die Verwaltung nicht. Wie schlimm die Verhältnisse waren, geht daraus hervor, daß selbst aus konservativen Blättern Schmerzensschreie ertönten. Warum sind denn nicht die nötigen Betriebsmittel und Bauten vorhanden? Weil überall im Deutschen Reich bei der Eisenbahn das fiskalische Interesse über dem dem Handel und Verkehr steht. Was nützen die schönen Reden, die der Reichskanzler auf dem Handelsstage hält, wenn man so wenig Rücksicht auf die Interessen des Handels nimmt. Warum baut man nicht die nötigen Anlagen. Nirgends könnte doch ein Kapital sich besser verzinsen, das beweist ja die kolossale Steigerung des Verkehrs.

Eine zweite Klage betrifft das Tarifwesen. Nach der Reichsverfassung hat das Reichseisenbahnamt für die Gleichmäßigkeit und Herabsetzung der Tarife zu sorgen, aber heute noch warten Landwirtschaft und Industrie auf diese Herabsetzung. In schlechten Jahren sagt man zu den Rentnern, wir können auf die Einnahmen nicht verzichten und in guten Jahren wieder sagt man, Ihr habt ja selbst ja gute Einnahmen, deshalb brauchen die Tarife nicht herabgesetzt zu werden. So ist diese Frage auf ein totes Gleis gekommen. Die preussische Eisenbahnverwaltung sollte es für eine Hauptaufgabe halten, die Tarife zu ermäßigen, damit der deutsche Handel mit dem Auslande konkurrieren kann. Wir brauchen mit unserer Tarifpolitik uns doch nicht von Oesterreich in den Schatten stellen zu lassen, was dort geleistet wird, sollte doch auch in Deutschland möglich sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Kleine Ermäßigungen sind ja hier und da eingetreten, aber im Königreich Sachsen z. B. in unglücklich kleinlicher Weise, so daß eine ganz außerordentliche Zerfahrenheit und Zerissenheit, eine geradezu himmelschreiende Zerspaltung herrscht. Die Vereinheitlichung des Eisenbahnwesens ist daher eine dringende Notwendigkeit. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Anfänge dazu sind ja auch schon gemacht worden, aber wenn die preussische Eisenbahnverwaltung nicht weitergehen will, wenn sie zu den anderen sagt, ich bin groß und ihr seid klein, so müßte eben das Reichseisenbahnamt regulierend eingreifen. Was soll man dazu sagen, daß zwischen Preußen und den sächsischen und süddeutschen Eisenbahnen noch 26 verschiedene Gütertarife bestehen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Zerissenheit und Zerfahrenheit muß endlich ein Ende gemacht werden.

Bei den preussisch-sächsischen Eisenbahnen existieren noch 12 100 Wegebüchergänge, die nur mit Handkraft zu schließen sind, und 14 103 Wegebüchergänge, die ganz ohne Schranke sind. (Lebhaftes Hört! hört!) Da muß ja beinahe täglich ein Unglück passieren. Die

Statistik der Unfälle

weist denn auch Zahlen von Verletzten und Getöteten auf, beträchtlicher als in einer blutigen Schlacht. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Eine beträchtliche Zahl von Unfällen ist auch auf Mängel des Oberbaues und Mängel des Materials zurückzuführen. Das kann bei der Abnahme des Materials eine Nachprüfung stattgefunden? Es mag ja sein, daß der Herr Präsident des Eisenbahnamtes nachweisen wird, auf 100 000 Lokomotivkilometer ist die Zahl der Unfälle auf 0,01 pro 1000 verringert. Aber die Technik hat doch auch bedeutende Fortschritte gemacht und ist doch auch dem Eisenbahnbetriebe zugute gekommen. Wenn auch eine kleine prozentuale Verringerung in der Unfallziffer eingetreten ist, so kann das nicht ausschlaggebend dafür sein, daß so viel Hunderte und Tausende ihr Leben eingebüßt haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Für die Sicherheit des Betriebes kommt in erster Linie in Betracht, daß keine Ueberbürdung des Eisenbahnpersonals stattfindet. Wenn der Präsident des Reichseisenbahnamtes heute erklärt hat, die Lohnskalen und Betriebsbeurteilung sei Sache der Einzelstaaten, so sage ich: Nein,

sollen eine Bücherammlung erhalten. Die Bücher werden kostenfrei an das Publikum verliehen. Durch die Organisation der Post wird es möglich, die Bücherbestände zwischen den einzelnen Postämtern gegenseitig umzutauschen und zu ergänzen. Die Leser dieser staatlichen Volksbildung haben bei Entnahme des ersten Buches nur eine Kautions von 3 Fr. zu stellen, damit die Post gegen Verluste, die durch das Abhandkommen oder die nachlässige Behandlung von Büchern entstehen können, bis zu einem gewissen Grade gedeckt ist. Die Errichtung solcher Büchereien in den Dörfern und kleinen Landgemeinden soll auch den Bewohnern abgelegener Gegenden die Möglichkeit schaffen, mühelos den Weg zu den Bildungsquellen finden zu können.

Eine elektrische Stadtlampe in London. Eine große elektrisch betriebene Stadtlampe ist jetzt probeweise in London in dem Stadtteil von Marble Lane eingerichtet worden. Sie soll für das Personal der Stadtverwaltung und für alle Angestellten der sächsischen Behörden die Mahlzeiten und den Tee liefern, insgesamt für gegen 1000 Menschen. Zugleich aber ist vorgesehen, den Dienst dieser elektrischen Stadtlampe auch der Öffentlichkeit und dem einfacheren Publikum zugänglich zu machen. Die ausgestellten Apparate ermöglichen die Bereitung von Fleischspeisen, Gemüse und Kartoffeln sowie von Fischen; alle Mahlzeiten werden zu bestimmten, sehr billig festgesetzten Preisen abgegeben, damit die ärmeren Bevölkerungsschichten aus dieser Einrichtung, die einstweilen einen Versuch darstellt, Nutzen ziehen können.

Humor und Satire.

Wer ist's?

Wer schwingt den Stod und macht Geschrei und feht sich sehr nach Prägelei? Ist's ein verhoffenes Subjekt, das irgendwo im Rinnstein steht? O nein, o nein, ich seh's genau, es ist der Oldenburg von Januschau. Ist es ein Keel, verblumt, vertiert, der Weib und Kinder malträtiert? Der mit dem Knäppel überfällt den Wandrer: Leben oder Geld! O nein, o nein, ich seh's genau, es ist der Oldenburg von Januschau.

Ist's ein Sadist, ein tolles Vieh, das nur mit Grausamkeit genießt? Ein Vieh mit Wörderluststinkt, das Peitsche, Stod und Wesser schwingt? O nein, o nein, ich seh's genau, es ist der Oldenburg von Januschau.

Kleines feuilleton

Vom Berliner Theatergeschäft. Uns wird geschrieben: Daß das Berliner Theatergeschäft mit zu den unsolidesten Erwerbsarten gehört, darüber sind sich wohl alle Beteiligten einig. Was aber in den Kreisen der öffentlichen Erörterung gezogen wird, ist immer nur die Unsolidität der Gründung und die Unsolidität den Angehörigen gegenüber.

Um die Unsolidität dem Publikum gegenüber kümmert sich niemand und die Schuld daran liegt wohl bei unserem lieben Publikum selbst, das sich alles bieten läßt und gewohnt ist, in jedem blinkenden Uniformknopf und deshalb vermutlich auch in jedem Theaterkassierer die von Gott gemollte Obrigkeit zu respektieren.

Der Heime Schwindelherz, daß auf den Anschlagzetteln die erste Besetzung angeündigt, während die zweite oder dritte Garnitur vor die Kampe geschickt wird, mag schließlich noch hingehen, obzwar es sich um nicht weniger als einen glatten Betrug handelt.

Was aber der eingehendsten Erörterung würdig wäre, sind die unerschwinglich hohen Eintrittspreise der Berliner Theater, die es ja bewirkt haben, daß der beste und empfänglichste Teil der Berliner Bevölkerung sich den Theaterbesuch gründlich abgewöhnt hat. Die Berechnung, auf der diese Eintrittspreise beruhen, geht dahin, daß wenn nur ein Drittel aller Sitzplätze bezahlt ist, nicht nur alle Unkosten und die oft wucherisch hohen Darlehenszinsen gedeckt sind, sondern auch noch ein angemessener Gewinn sich ergibt.

Kun sei ohne weiteres zugegeben, daß ein Theater ein mit besonderem Risiko verbundenes Unternehmen ist, denn Rührfolge sind hier häufiger als Erfolge. Dennoch ist es klar, daß ein Geschäft, das so kalkuliert, nicht anders als unsolide bezeichnet werden kann. Eine Verbindung der Theaterverhältnisse wird erst möglich sein, wenn sich die Unternehmer zu einer radikalen Herabsetzung der Eintrittspreise entschließen werden.

Wie unergötzlich die Geduld der Berliner Bevölkerung ist, und wie man trotz der hohen Preise, neben Verdruß und Mißbilligungen auch noch das beschämende Gefühl des Uebervorteilseins nach Hause tragen kann, dafür bietet das folgende, keine Erlebnis ein Beispiel.

Ich wollte mit am Montag Tolstois „Lebendigen Leichnam“ ansehen und begab mich Sonntag an die Kasse des Deutschen Theaters. Der Herr hinter dem Schalter erklärte, daß in dem mir erschwinglichen Preisen Rang nur noch Sitze in der siebenten Reihe zu haben wären. Auf meine nichttrouische Frage, ob man dort auch etwas sehen könne, sagte er wieder, die Sitze wären gut

und die geschäftliche Idee gehabt, ein wirkungsvolles Lustspiel als Aktienunternehmung entstehen zu lassen. Das Manuskript wird an eine ganze Reihe von Bühnenschriftstellerin gesandt, und jeder, der eine wirkungsvolle Szene oder einen guten Witz beisteuert, wird an den Kantiernen beteiligt. Sonderbarerweise empfindet man in der bürgerlichen Presse dieses durchaus gesunde Unternehmen als komisch. Wir fragen: warum? Was tut der Mann anders, als daß er aus der geschäftlichen Bühnenfabrikation die geschäftlichen Konsequenzen zieht? Daß eine Lustspielfirma bis jetzt im allgemeinen nur zwei Autoren umfaßt, ist zunächst etwas rein Neuerliches. Der Geist des Unternehmens kann ganz derselbe bleiben, auch wenn zwanzig Firmeninhaber beteiligt sind. Dann aber ist die Zahl zwei auch noch außerordentlich tragisch. In Wirklichkeit halten jene zwei schon immer eine ganze Anzahl von stillen Teilhabern, die ihnen bewährte Szenen, wirkungsvolle Einfälle und erprobte Witze liefern. Wenn nun das Geschäftslustspiel, das der Sache nach so oft ein Aktienunternehmen war, auch der Form nach eins werden soll, was wäre dagegen wohl einzuwenden? Höchstens doch, daß man früher seine stillen Teilhaber nicht zu bezahlen pflegte und also billiger davon kam. Und an dieser wirtschaftlichen Erwägung wird der neue Reformator denn auch wahrhaftig Schiffbruch leiden.

Die Post im Dienste der Volksbildung. Die belgische Regierung und die belgische Postverwaltung beschäftigen sich gegenseitig, wie die „Revue“ berichtet, mit einem großangelegten Plane, der darauf abzielt, die Organisation des Postdienstes der Volksbildung dienstbar zu machen. Es handelt sich um eine Art kostenfreier Volksbibliothek; alle Postämter, auch die kleinsten in den Landbezirken,

Herr Präsident, von der Höhe der Löhne und der Länge der Dienstzeit hängt die Sicherheit des Betriebes ab, und darüber hat das Reichseisenbahnamt zu wachen. Die Ueberführung des Personals ist ganz ungemein. Eine Denkschrift aus den Kreisen der künftigen Eisenbahnarbeiter kommt zu diesen selben Scherzreden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Der Herr Präsident sagte, wir sind mit einer neuen Betriebsordnung beschäftigt. Die Wortschiffahrt ist wohl, allein mir fehlt der Glaube. Auch der preussische Eisenbahnminister hat im vorigen Jahr im Abgeordnetenhaus eine entsprechende Versicherung abgegeben. Aber die nicht-preussischen Eisenbahnbeamten sagen, daß die Arbeitszeit nicht größer geworden ist, daß die Dienstzeit dieselbe geblieben, daß das Versprechen nicht erfüllt worden ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich bitte den Präsidenten des Reichseisenbahnamts, doch genau zu kontrollieren, ob diese Klagen aus den künftigen Kreisen auf Wahrheit beruhen.

Dann noch einige lokale Eisenbahnfragen. Die Fahrt von Leipzig nach Berlin dauert länger als die von Berlin nach Halle; hierfür können doch nicht betriebstechnische Gründe maßgebend sein. Frage von Süddeutschland nach Berlin bleiben 40 Minuten in Leipzig liegen. Bei der Uebernahme der Eisenbahnen auf das Reich wüßten derartige Mißstände leicht beseitigt und überhaupt Verhältnisse herbeigeführt werden, wie sie im Interesse der gesamten Arbeiterschaft der deutschen Eisenbahnen notwendig sind. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bisk (nat.) tritt warm für eine Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens ein. Die Südwestseite Deutschlands ist heute fast abgeschlossen vom deutschen Verkehr. Daher kann sich auch dort ein Treiben wie das Westens breit machen. Reichseisenbahnen wären sicher die beste Lösung, aber zurzeit ist die Verwirklichung des Gedankens ausgeschlossen. Zur Prüfung der Frage, ob eine Vereinheitlichung, ein engerer Zusammenschluß der deutschen Staatsbahnen möglich ist, sollte eine Kommission eingesetzt werden, damit wenigstens ein Anfang gemacht wird. (Beifall.)

Abg. Dr. Blund (Sp.) bedauert die Erhöhung der Tarife für Mischfutter, die wieder nur im Interesse des Großgrundbesitzers liegt. (Sehr richtig! links.)

Abg. Werner-Hersfeld (Antif.) wünscht eine gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit für das Lokomotivpersonal. Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerpapp: Die Forderung der Herabsetzung der Tarife auf den alten 3-Pfennig-Tarif, die Herr Stolle erhoben hat, ist zum Teil bereits überholt. — Unter dem Wettbewerb der verschiedenen Eisenbahnverwaltungen leidet keineswegs das Verkehrsinteresse. — Die Klage, daß die verschiedenen Eisenbahnverwaltungen bei der Aufstellung der Fahrpläne nicht auf einander Rücksicht nehmen, ist unbedeutend. — Die Betriebsicherheit auf den deutschen Bahnen ist vom Abgeordneten Stolle als ungenügend hingestellt worden; sie ist im Gegenteil sehr gut, das beweist der Vergleich der Unfallstatistik mit der ausländischen sowohl wie mit der der vergangenen Jahre.

Abg. Fischer-Gannover (Soz.): Zeit ist Geld, dieser Satz gilt auch für die Arbeiter. Daher müssen sie verlangen, schnell und billig an ihre Arbeitsstelle befördert zu werden. Schmerzlich wird deshalb empfunden, daß die Schnellzüge nicht Wagen 4. Klasse, manche nicht einmal solche 3. Klasse führen. Noch besser wäre natürlich das amerikanische Einlassensystem. Die Forderung der Arbeiter auf stärkere Berücksichtigung ist um so mehr berechtigt, als aus der 3. und 4. Wagenklasse die größten Einnahmen der Eisenbahnen stammen. Auch hier gilt der Satz: die Masse muß es bringen. 20 Millionen benutzen die vierte Klasse. Für all diese würde es eine große Ersparnis an Zeit sein, wenn sie auch Sitzzüge benutzen könnten. Die Zahl der Reisenden in der ersten Klasse ist in Preußen von 1891—1909 sogar zurückgegangen, während die der Reisenden der dritten und vierten Klasse enorm gestiegen ist. Da haben die Arbeiter wohl das Recht zu verlangen, daß auch auf ihre Wünsche Rücksicht genommen wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Etat wird bewilligt.
Das Haus vertagt sich.
Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. (Wahlprüfungen und Petitionen.)

Abgeordnetenhaus.

138. Sitzung, Freitag, den 21. Februar 1913, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Schorlemer, v. Breitenbach.

Das Wasserrecht wird in der vom Herrenhaus abgeänderten Fassung auf Antrag des Abg. Witt (Z.) ohne weitere Debatte einstimmig angenommen; ebenso das vom Herrenhaus abgeänderte Kawagesetz.

Der Ausbau der mittleren Oder.

Erste Lesung.

Minister der öffentlichen Arbeiten v. Breitenbach begründet den Entwurf, der die Schiffahrt auf der Oder unterhalb Breslau ver-

Es ist der Stern, ist der Tenor im ganzen deutschen Vorkriegschor. Und was den Schnaps bei ihm betrifft: er säuft es nicht, er brennt das Gift. O ja, o ja, ich sah's genau, es ist der Oldenburg von Januscha.

Franz.

Notizen.

— Vorträge. Im Museum für Völkerkunde werden am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, Oberamtsrichter Reinking-Braunschweig, Prof. Schmidt-Votsch und Herr Emanuel Reichert über Esperanto sprechen. Eintritt für jedermann frei.

— Neue Dramen. „Die Hege“, ein schlesisches Bauern-drama in fünf Akten von Martha Voigt, gelangt Anfang März im Neuen Volks-Theater zur Uraufführung.

— Der Berliner Tonkünstler-Verein veranstaltet am Dienstag, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Saale des Lettenhofs, Viktor-Luis-Platz Nr. 6, seinen ersten „Musikpädagogischen Abend“ über „Die Kunst des musikalischen Hörens“ mit Beispielen am Klavier.

— Die Probleme der Wänschelrute. In der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft wurde über die Frage der Wänschelrute beraten. Es wurde hervorgehoben, daß sich auch Geologen (nicht bloß Landräte) für sie ausgesprochen haben. Das Münchener Wasseramt beschäftigt logar einen Rutengänger, um Rohrbrüche in der Wasserleitung aufzufinden. Die Sache ist damit freilich keineswegs geklärt: die geologischen Sachverständigen erklären die Erfolge auf ganz natürliche Weise (Erfahrung). Die Rutengänger müßten viel genauer nach wissenschaftlichen Methoden beobachtet werden, als es bisher geschieht. Die französische Akademie der Wissenschaften hat schon eine Kommission eingesetzt, die die Frage unvoreingenommen unteruchen soll.

Wenn betriebs werden könnte, daß Rutengänger mit verbundenen Augen auf unbekanntem Terrain Laufen finden, wird man feststellen können, ob besondere Beeinflussung der Nerven durch nicht sichtbar vorhandenes Wasser möglich ist — oder welche andere Erklärung heranzuziehen ist. Vorläufig ist aber der Skeptizismus noch im vollen Recht.

— Für eine Million Ambra. Die Ausscheidung des franken Votivwals, die unter dem Namen Ambra bekannt ist und als Grundelement von Nischwämmern ihre Rolle spielt, kommt in neuerer Zeit immer seltener in den Handel, so daß der Preis ständig im Steigen begriffen ist. Kapitän Lorenson vom norwegischen Walfischdampfer „Norbegin“ hat indes kürzlich beim Frange nahezu eine halbe Tonne der kostbaren Substanz erbeutet. Sie dürfte einen Marktwert von rund 1 200 000 M. haben.

Bessern will, nachdem bereits die Strecke Kofel—Breslau kanalisiert ist. Es soll eine genügend breite geringste Wassertiefe von 1,4 Metern geschaffen und zugunsten des Verkehrs nach Berlin und Stettin die Oder von Breslau bis Fürstberg, später bis Lebus ausgebaut und ein Staubecken im Tale der Glager Reihe bei Dittmannsdorf zur Bewahrung von Zuchtwasser hergestellt werden. Die Gesamtkosten betragen 36,7 Millionen Mark, wovon sich die Provinz Schlesien angemessen beteiligen soll. Ich bitte um rasche Verabschiedung des Gesetzes.

Abg. v. d. Osten (L.) wünscht eingehende Prüfung des Gesetzes und äußert Bedenken gegen die vorgesehene Enteignung. Wir beantragen Ueberweisung an die Schlepplomonopolkommission.

Abg. Stull (Z.): Wir begrüßen die wirtschaftliche Stärkung des Ostens durch dieses Gesetz und haben keine Bedenken gegen eine Enteignung, denn man kann doch nicht, wie der Vorredner, den Staat hier als privaten Unternehmer betrachten.

Abg. Dr. Schaub (L.) ist gleichfalls für das Gesetz. Aber hat man 1905 der Provinz Schlesien nicht zugesagt, daß ihr keine weiteren Leistungen auferlegt werden sollen?

Abg. Dr. Ehlers (Sp.): Die allgemeine Uebereinstimmung zeigt, daß Wasser doch das Beste ist, aber noch viel besser ist das regulierte Wasser. (Heiterkeit.) Besonders freuen wir uns, daß in der Begründung die Förderung der Eisenbahnen durch Kanalbauten zugegeben wird.

Abg. Wohlfahrt (nat.) schließt sich dem Vorredner an und hofft, daß man eine so vernünftige Begründung einer Kanalvorlage noch öfter hören werde.

Abg. Reinert (Soz.):

Wir stimmen der Vorlage gern zu und bedauern, daß sie einer gar nicht mehr bestehenden Kommission, in der wir überdies keinen Sitz haben, zugewiesen werden soll. Die Bauzeit soll nach der Vorlage mindestens 10 Jahre betragen und die Regierung begründet dies damit, daß für einen rascheren Bau gewisse technische Vorbedingungen fehlen, was ich nicht kontrollieren kann, aber auch damit, daß bei rascherem Bau die Arbeitslöhne und Materialpreise abermäßig steigen könnten. Bei längerer Bauzeit müssen dafür wieder mehr Zinsen nutzlos gezahlt werden. Da wäre eine Steigerung der Arbeitslöhne noch immer billiger und vor allem besser. Wir sehen in der Vorlage ein großes Landeskulturwerk, das vorgenommen wird vornehmlich im Interesse der Verbilligung des Verkehrs. Während man über die Kanalvorlage dahin beurteilt hat, daß sie ein Einfallstor für ausländisches Getreide werden würde, wird die jetzige Vorlage dazu dienen, ein

Ausfalltor für inländisches Getreide

zu werden, um dieses auf dem billigen Wasserweg in großen Mengen nach Stettin zu schaffen und den Agrariern aus den Einfuhrschweinen neuen großen Nutzen zu bringen. Dasselbe agrarische Interesse, das Sie 1905 verhandelte, die Kanalvorlage in wirklich kulturellem Sinn auszugestalten, veranlaßt Sie, die jetzige Vorlage milder zu beurteilen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir ihr trotzdem freudig zustimmen, so beweisen wir damit unsere Vorurteilslosigkeit, die wir bei allen Kulturfragen auch von Ihnen so wünschen möchten!

Auf eine Anfrage, die der Abg. v. Woppenheim im vorigen Jahre stellte, antwortete der Minister der öffentlichen Arbeiten, daß in seinem ganzen Ministerium kein Mensch daran denke, die Wasserstraße zwischen Hannover und Magdeburg zu schaffen und damit die 150 Kilometer lange Unterbrechung, die mitten im Staate zwischen den mit hundert Millionen geschaffenen Wasserstraßenwegen des Ostens und Westens vorhanden ist, zu beseitigen. Zur Rentabilität der beiden Wasserstraßenwege ist diese Verbindung, deren Unterlassung einfach unverständlich ist, unbedingt notwendig. Man würde dadurch auch die Aufwendung hoher Kosten für Hafenanbauten und Umschlagvorrichtungen in Hannover sparen können, wenn die Schiffe vom Westen einfach nach Magdeburg weiter fahren könnten. Wenn aber jetzt wieder nur lediglich ostelbische Wasserstraßen mit vielen Millionen gebaut werden, so wird man drausen im Wolke die Meinung niemals dämpfen können, daß lediglich im Interesse der ostelbischen Großgrundbesitzer der Ausbau dieser Wasserstraßen geschieht und die Verbindung mit dem westlichen Wasserstraßenweg verhindert wird. (Beifallige Zustimmung links.)

Abg. Lippmann (Sp.): Es ist unpraktisch, jetzt die Kanalfrage Hannover-Magdeburg zu stellen. Wenn erst das östliche und das westliche Wasserstraßennetz vollkommen ausgebaut sein werden, dann wird sich das Bedürfnis nach einer Verbindung so stark äußern, daß das Haus den Kanal Hannover-Magdeburg bewilligen muß. (Wider-spruch rechts.)

Abg. Stroffer (L.) ist für die Vorlage, die an die Kommission für das Schlepplomonopolgesetz geht.

Einige kleine Vorlagen (Veränderung der Grenzen der Kreise Calbe und Jericho I und Änderung von Amtsgerichtsbezirken) gehen an die verklärte Gemeindefraktion.

Abg. v. Wenden (L.) begründet folgenden Antrag: Die Regierung wird ersucht, in Zukunft alljährlich einen Fonds zur Unterstützung der auf

Bekämpfung des Kinderelends

gerichteten karitativen Unternehmungen bereit zu stellen. — Der Redner wünscht Einsetzung einer Kommission durch die Staatsregierung, der Persönlichkeiten angehören sollen, die seit längerer Zeit in der Kinderbewegung stehen. Es ist himmelstreichend, was heute an wehrlosen Kindern gesündigt wird. Der Staat muß erhebliche Mittel, etwa 1/2 Million Mark, zur Verfügung stellen, wenn etwas erreicht werden soll. Der Rückgang der Geburtenziffer macht uns zur Pflicht, mit dem Kapital an kleinen Kindern sorgsam umzugehen. Der tiefere Grund für das heutige Kinderelend liegt in der fortschreitenden Entzivilisierung und Entchristlichung unseres Volkes, die namentlich in den liberal-sozialistischen Großstädten traurige Fortschritte macht. Wir müssen alles tun, um Preußen und Deutschland gesund zu erhalten, damit das Wort weiter gelte: Am deutschen Wesen wird die Welt genesen! (Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Liebert (nat.) beantragt Ueberweisung des erfreulichen Antrages an die Gemeindefraktion.

Abg. Dr. Fiesch (Sp.) findet den Antrag zu allgemein gehalten. Es müßte deutlicher von dem Mißbrauch, der Ausbeutung und Mißhandlung der Kinder die Rede sein. Eine der Ursachen des Kinderelends kann durch bessere Fürsorge durch die Familien beseitigt werden.

Abg. Hirsch-Berlin (Soz.):

Der Antragsteller hat der Sache den schlimmsten Dienst erwiesen durch seine unqualifizierbaren Angriffe auf die Linke. Die Anregung, Staatsmittel zur Bekämpfung des Kinderelends herzugeben, ist von uns und den Fortschrittlerern ausgegangen. Aber bei der Staatsberatung im vorigen Jahr wurden diese Anträge ohne jede Begründung, nur weil man Mißtrauen gegen Anträge der linken Seite hat, von den Konservativen und dem Zentrum abgelehnt. Wir können uns nicht auf diesen Standpunkt stellen und prüfen auch konservative Anträge objektiv, obgleich wir von konservativer Seite selten etwas Gutes zu erwarten haben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wir erkennen die aufopferungsvolle Tätigkeit der Kinderbewegungen durchaus an und bedauern lebhaft, daß nicht schon jetzt öffentliche Gelder in höherem Maße dafür beigesteuert werden. Aber wenn Sie objektiv sein wollen, müssen Sie genau dieselbe Anerkennung den von sozialdemokratischer und freigewerkschaftlicher Seite ausgehenden Kinderbewegungen spenden. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben überall, wo es möglich war, Kinderbeschäftigungskommissionen errichtet, die durch Befragung von Enquêtes die Ausbeutung der Kinderarbeit festzustellen bemüht sind und Maßnahmen ergreifen, um die armen, unglücklichen Kinder vor völligen Untergang und vor Verwahrlosung zu schützen. Der Bericht der Kinderbeschäftigungskommission Groß-Berlin ist Ihnen überreicht worden und bei Ihrem lebhaften Interesse für alle sozialdemokratischen Bestrebungen glaube ich an-

nehmen zu dürfen, daß Sie den Bericht lesen und daraus lernen werden. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Vor allem aber müssen die

Ursachen des Kinderelends

erforscht werden, um es bekämpfen zu können. Und da möchte ich dringend bitten, die von dem Antragsteller verlangte Kommission nicht auf einige hohe Regierungsbeamte zu beschränken, sondern auch Arbeiter und noch mehr Arbeiterfrauen beizuziehen, die praktische Erfahrungen haben und vorläufig die einzigen sind, die solche Erfahrungen mitten unter den armen Kindern gesammelt haben. In vielen Fällen liegt die Ursache von Kinderbeschäftigungen nicht in irgend welcher Entartung der Eltern oder Pfleger, sondern vor allem im Alkoholismus und in der Armut der Eltern. Die Erhebungen der Kinderbeschäftigungskommissionen haben ergeben, wieviele noch kleine Kinder zeitig morgens auf die Straße geschickt werden, um durch Ausstragen von Zeitungen und Packware oder am späten Abend durch Regelauslegen in stinkigen Geld zu verdienen. Da ist es kein Wunder, wenn die Kinder verwahten. Und dazu kommt das Wohnungseld der Großstädte, das wir keineswegs leugnen, auf das wir im Gegenteil oftmals hingewiesen haben, freilich ohne — nach dem Beispiel des Herrn v. Wenden — etwa alles in den Großstädten für schlecht und dafür alles auf dem Lande für gut zu erklären. Diese Zustände aber können nicht beseitigt werden, indem man versucht, den Zug in die Großstädte Einhalt zu gebieten, sondern indem man die Konsequenzen zieht und für gesunde Wohnungen in den Großstädten sowie dafür sorgt, daß die Arbeiter höhere Löhne erzielen können und vor allem dafür, daß die Politik der Verteuerung aller Lebensmittel aufhört. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Nach einer Bemerkung des Herrn v. Wenden zu schließen, schwebt Ihnen als Muster der staatlichen Kinderfürsorge die staatliche Jugendfürsorge vor Augen. Wenn Sie wirklich Erfolge in der Bekämpfung des Kinderelends erzielen wollen, dann kann ich Sie nur davor warnen, die staatliche Jugendfürsorge hier nachzuahmen, denn diese verfolgt ausgesprochen politische Zwecke, und ihr ganzer Inhalt ist, die Sozialdemokratie zu treffen. Im Kampfe gegen das Kinderelend aber bedarf es der Mitarbeit aller Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied des Glaubens und der Parteirichtung. Ein so geringer Betrag, wie ihn Herr v. Wenden genannt hat, würde auch keine Erfolge sichern, es wäre nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Es müssen viel höhere Summen aufgewendet werden und selbst dann werden Sie auch noch nicht viel ausgerichtet können, sobald Sie nicht die Ursachen des Kinderelends beseitigen und bessere soziale Zustände schaffen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dietrich-Braunsberg (Str.) wünscht Anstellung staatlicher Inspektoren und Inspektoren.

Der Antrag geht an die Gemeindefraktion. Es folgen

Petitionen.

Eine Petition um Bewilligung von Witwen- und Waisengeld auch an die Hinterbliebenen aus solchen Ehen von Beamten, die erst nach der Pensionierung geschlossen worden sind, soll auf Antrag der Budgetkommission durch motivierten Uebergang zur Tagesordnung erledigt werden.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Ich beantrage Ueberweisung als Material. Wenn jemand heiratet, um den Kindern wieder eine Mutter zu geben, dann sollte nicht die Härte der Pensionentziehung eintreten.

Der Antrag Hoffmann wird bei Schwach besetztem Hause angenommen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Uebergang zur Tagesordnung beantragt die Kommission auch über eine Petition des Maschinenmeisters a. D. Henze in Göttingen um Wiedereinstellung oder Unterweisung.

Abg. Reinert (Soz.)

begründet einen Antrag auf Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung. Dem Manne sei unrecht geschehen, und das Urteil der Kommission wäre vielleicht anders ausgefallen, wenn es sich nicht um einen Arbeiter gehandelt hätte.

Der Antrag Reinert wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und Uebergang zur Tagesordnung beschloffen.

Das Haus vertagt sich.

Morgen Sonnabend 11 Uhr: Rest des Etats für Handel und Gewerbe.

Schluß 3 1/4 Uhr.

Parlamentarisches.

Kolonialetat.

Bei der Weiterberatung des Kolonialetats in der Budgetkommission des Reichstags erklärte am Freitag der Abg. Semler sich gegen die Verminderung der Schutztruppe in Südwestafrika.

Das Zentrum wünscht in einem Antrage die Vorlegung von Gehaltsverträgen, durch die dem Landesrat in Südwestafrika das Recht verliehen wird, den Haushalt der Zivilverwaltung dieses Schutzgebietes bei Ausbringung aller hierfür erforderlichen Kosten durch das Schutzgebiet endgültig festzustellen. Von den eigenen Einnahmen des Schutzgebietes ist ein Teil an das Reich als Zuschuß zu den Kosten der Militärverwaltung abzuliefern. — Die Volks-partei verlangt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um eine beratende Vertretung der in den Schutzgebieten ansässigen Deutschen bei der durch den Reichstag erfolgenden Festsetzung des Haushalts ihres Schutzgebietes herbeizuführen.

Nach längerer Debatte, in der u. a. Genosse Roske den ablehnenden Standpunkt der Sozialdemokratie gegenüber den Anträgen vertrat, wurde der Antrag des Zentrums abgelehnt, angenommen aber ein konservativer Antrag, höhere Ausgaben für Schutztruppe in die Kolonialetat einzustellen. — Weiter wurde eine Zusammenstellung des Eingeborenenrechtes und die Förderung der Kenntnis der Eingeborenenproben gewünscht. — Die Beratung wird am nächsten Dienstag fortgesetzt.

Soziales.

Die Beiträge für gelbe Werkvereine.

Um die Rückzahlung der Beiträge für den gelben Werkverein richtete sich eine Klage, welche eine Arbeiterin gegen die Firma Siemens u. Halske vor dem Gewerbegericht angebracht hatte. Die Klägerin war mehrere Jahre im Glühlampenwerk der Firma beschäftigt. Ihr wurden allmählich 22 M. vom Lohn als Beitrag für den gelben Werkverein einbehalten. Als die Arbeiterin im November 1911 plötzlich und ohne Grund entlassen wurde, mußte sie den bekannten Akteus unterschreiben, wonach sie keinerlei Forderungen mehr an die Firma habe. Die abgezogenen Beiträge wurden ihr nicht zurückerstattet, trotzdem sie diese verlangte. Sie klagte Beiträge im Gesamtbetrag von 22,10 M. ein. Die Kammer V unter Vorsitz des Magistratsrats Wüßling verhandelte am Donnerstag längere Zeit über den Rechtsstreit. Der Vertreter der Beklagten, Dr. Fuchsenne, wendete gegen den Klageanspruch folgendes ein: Die Klägerin habe schriftlich ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Beiträge vom Lohn abgezogen und dem Verein zugewandt werden sollten. Klägerin habe die Unterschrift freiwillig geleistet und die Verfügung nicht widerrufen. Ferner habe sie beim Austritt aus dem Glühlampenwerk eine Ausgleichs-quittung unterschrieben. Dabei sei nicht der geringste Zwang ausgeübt worden. Zug um Zug würden die Quittung sowie Geld und Papiere gewechselt. Ueberdies würden die Beiträge nur zum Besten der Arbeiter verwandt. Die Voraussetzungen des § 117, Absatz 2 der Gewerbeordnung seien vollauf gegeben. Die Klagen auf Rückzahlung der Beiträge erfolgten auf Anregung des Metall-

Arbeiterverbandes, dem der gelbe Verein ein Dorn im Auge sei. Auch durch die Berichte und Artikel im "Vorwärts" würden die Leute veranlaßt, die ihnen abgezogenen Beiträge zurückzufordern.

Die Rechte der Klägerin nahm der Angestellte Loh moht. Er stellte zunächst fest, daß die Klägerin freiwillig und nicht auf Drängen des Metallarbeiterverbandes die Klage eingereicht habe. Gestützt auf ein umfangreiches Material wies er nach, daß der gelbe Verein nichts anderes als eine Gegenorganisation der freien Gewerkschaften sei. Selbst Dr. Fellingner, einer der besten Kenner dieser Vereine, habe dies in Artikeln und Gutachten ausführlich dargelegt. Die Zustimmung der Klägerin sei nichtig. Die Richtigkeit könne nicht durch spätere Vereinbarungen, also auch nicht durch das Unterschreiben des Ausgleichsvertrages rechtfertigt gemacht werden. Auch habe die Klägerin bei der Entlassung der Leistung der Unterschrift im Lohnbureau die Beiträge zurückverlangt. Dabei sei ihr gesagt worden, sie solle nur unterschreiben, die Unterschrift habe damit nichts zu tun.

Das Gericht verurteilte nach längerer Beratung die Beklagte nur zur Zahlung von 22 Pf. (Dies ist der der Klägerin in der letzten Woche ihrer Beschäftigung vom Lohne einbehaltene Beitrag für den gelben Verein.) Mit der Mehrforderung wurde die Klägerin kostenpflichtig abgewiesen. In der Begründung des Urteils wurde betont, die Klägerin sei Mitglied des gelben Vereins gewesen. Sie habe sich damit einverstanden erklärt, daß ihr die Beiträge vom Lohn abgezogen würden. Es handele sich um einen Verein, dessen Mitglieder sich gegenseitig unterstützten. Es könne dahingestellt bleiben, ob die Klägerin durch Zwang dem Verein beigetreten sei, oder ob ihre Weiterbeschäftigung von dem Beitritt zum Verein abhängig gemacht sei. Es könne unterstellt werden, daß die Arbeiter den Abzug mit in Kauf nehmen, weil sie dadurch Arbeit erhalten. Aber von einem absoluten Zwang, der die Willensfähigkeit beeinträchtigt, könne keine Rede sein. Die Klägerin wäre rechtmäßig Mitglied geworden, wenn der Verein eine Wohlfahrtsvereinigung oder lediglich eine Einrichtung im Sinne des § 117, Absatz 2 der Gewerbeordnung (eine Einrichtung zur Verbesserung der Lage der Arbeiter oder ihrer Familien) sei. Der Zweck des Vereins wäre aber noch ein anderer. Sogar nach § 2 der Satzungen, daß die Arbeiter keiner anderen Organisation angehören dürften. Darin liege eine weitere Leistung, die von Zweck habe, der Firma einen Stamm Arbeiter zu erhalten, die bei eventuellen Streiks den anderen Gruppen Widerstand leisten sollten. Die Leistungen für die Firma seien also ganz außerordentliche. Das Gericht sei der Meinung, daß der Verzicht der Arbeiter auf Betätigung in anderen Vereinen überwiegend wäre. Die Sicherung und Aufrechterhaltung des Betriebes sei der Hauptzweck des Vereins. Die Klägerin habe aber nun bei der Entlassung eine Erklärung unterschrieben, wonach sie keinerlei Forderungen mehr an die Firma habe. Sie habe sich immer mit dem Abzug einverstanden erklärt; nur bei der letzten Lohnzahlung nicht. Deshalb konnte ihr nur der vom Lohn einbehaltene Beitrag für die letzte Woche zugesprochen werden.

Das Urteil geht, soweit es die Mehrforderung der Klägerin abweist, fehl. Es gründet die Abweisung auf die früher erteilte Zustimmung zum Abzug und darauf, daß sie, abgesehen von der letzten Lohnzahlung, gegen die Abzüge nicht protestiert habe. Diese Begründung verstoßt aber einmal gegen die Tatsache, daß die Zustimmung unter anderem deshalb nichtig war, weil die Klägerin im Zustimmungsvertrag auf ihr Koalitionsrecht verzichtete. Eine solche Vereinbarung verstößt aber gegen die "guten Sitten". Es ist erst kürzlich im Reichstag auch von uns dargelegt, daß diese Ansicht aus dem Wesen des Koalitionsrechts folgt und bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs von allen Parteien und von den Vertretern der Regierung als zurecht anerkannt ist. Siemens u. Halle verstoßen durch den Revier gegen die "guten Sitten" und gegen die öffentliche Ordnung. Das Recht darf, wenn es nicht gegen sich selbst sich wenden will, niemals Rechtsgeschäfte solcher Art anerkennen, erklärt sie vielmehr für nichtig. Irig ist auch die Ansicht, die Nichtigkeit sei durch die Nicht-Protestierung bei Auszahlung des zu geringen Lohnes geheilt. Eine solche Heilung anerkennt das Gesetz nicht. Ebenfalls liegt es dem Arbeiter eine Verpflichtung zum Verzicht auf. In einem solchen Verzicht auf Lohn ist der Arbeiter gar nicht berechtigt; in seinem und im öffentlichen Interesse verbietet § 2 des Lohnbeschlagnahmengesetzes solchen Verzicht, erklärt Rechtsgeschäfte jeder Art, die der Arbeiter über den Lohn vor Ablauf des Zahlungstages vornimmt, für nichtig.

Damit gelangen wir zu dem zweiten Grund, den das Gericht bei seiner Entscheidung übersehen hat. Die Zustimmung der Arbeiterin, ihr vom Lohn zugunsten des sittenwidrigen Vereins Abzüge zu machen, war eine Verfügung über ihren Lohn, bevor die Arbeiten geleistet und bevor der Fälligkeitstag abgelaufen war. Nach dem Lohnbeschlagnahmengesetz (§§ 1, 2, 4) sind solche Verfügungen eines Arbeiters über den Lohn "ohne rechtliche Wirkung", gleichviel welche Zwecke der gelbe Verein verfolgte. Das Lohnbeschlagnahmengesetz kennt eine Ausnahme nur für den Fall, daß die Arbeiterin so verfuhr, nachdem sie im Jahre 1900 R. Vergütung bereits erhalten hat. Dieser Ausnahmefall trifft hier nicht zu.

Nach ein Wort über den Unfug von "Ausgleichsquittungen". Solche zu fordern ist der Arbeitgeber nicht berechtigt, sie zu geben

der Arbeiter nicht verpflichtet. Es ist nur eine einfache Quittung: ... R. habe ich von ... heute erhalten" auszustellen. Lehnt der Arbeitgeber eine Zahlung ohne Ausgleichsquittung ab, so würde er zur Zahlung und zu vollem Schadenersatz (z. B. Kosten für eine infolge verspäteter Zahlung erfolgte Ermittlung) zu verurteilen sein. Außerdem würde sich der Arbeitgeber noch der aus Erkenntnissen gegen Arbeiter satzungsmäßig Rechtssprechung des Reichsgerichts der Erpressung schuldig machen, wenn er in Fällen wie dem vorliegenden die Auszahlung des Lohnes von der Abgabe einer Generalquittung abhängig macht.

(Wegen Raummangels zurückgestellt.)

Das dem Handlungsgehilfen aufgezwungene Bülbat.

Mit dem ungewöhnlichen Fall einer sofortigen Entlassung wegen Verheiratung hatte sich die I. Kammer des Berliner Kaufmannsgerichts zu beschäftigen. Die beklagte Firma Bernheim u. Lehndorfer gibt für die Entlassung des Klägers D. folgende Gründe an: Beim Engagement will ihm der Mitinhaber B. ausdrücklich gesagt haben, daß, sobald er sich verheiratet, seines Bleibens im Hause nicht länger sei, und Kläger sei auch damit einverstanden gewesen. Nach etwa viermonatiger Tätigkeit wollte D. eines Tages Urlaub für den nächsten Tag haben, und zwar "zu einer standesamtlichen Trauung", wie er sagte. Es habe sich aber um seine eigene Trauung gehandelt. In dieser Verheiratung der Ehegatten erblicke die Firma einen Vertrauensbruch und in der Eheschließung selbst einen Vertragsbruch. Die Beklagte entließ den Kläger sofort, sobald dieser, während er von seinen Kollegen ein Glückwunschtelegramm bekam, zu gleicher Zeit von seinen Eltern die Entlassung als Hochzeitsgeschenk erhielt. Der Klagegegner bestreitet im übrigen, daß er sich zum Bülbät direkt verpflichtet habe, und weist auch auf den schriftlichen Vertrag hin, der in der Tat nichts darüber enthält. Er habe auch nicht um Urlaub zu einer standesamtlichen, sondern "zur standesamtlichen Trauung" gebeten.

Einen Vergleich weicht der Prinzipal "mit Rücksicht auf den Einbruch, den das bei dem anderen großen Personal machen würde", entschieden zurück. Das Kaufmannsgericht verurteilte die Beklagte zur Zahlung des geforderten Restgehalts von 270 M. Es ginge nicht an, es als Vertrauensbruch hinzustellen, wenn Kläger doch geheiratet habe, denn die Eheschließung sei eine höchst persönliche Angelegenheit. Da sie ja nur von Monat zu Monat aneinander gebunden waren, hätte die Firma von ihrem Kündigungsrecht Gebrauch machen können. Einen Vertrauensbruch, der zu sofortiger Entlassung berechtigt, könne man aber in einer derartigen Angelegenheit nicht konstatieren.

Gerichts-Zeitung.

Das Reichsgerichtsurteil in der Lurufache.

Am Donnerstag kam vor dem 3. Strafsenat die Lurufache zur Verhandlung, die zu dem von uns schon wiedergegebenen ungeheuerlichen Plenarbeschluss der vereinigten Strafsenate Anlass gegeben hatte. Aus wird über die Verhandlung geschrieben:

Der Jahnarzt Jonathan Smith in Hadersleben hatte öffentlich dazu aufgefordert, diese Auslegungen der Rabinetsorder von 1884 durch das Kultusministerium nicht zu beachten. Nach mehrfachen Vorprotesten vor Land- und Reichsgericht hat ihn das Landgericht Flensburg am 6. Februar 1911 freigesprochen. Die Revision des Staatsanwalts kam am 21. Dezember 1911 vor dem 3. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung. Dieser beschloß, den vereinigten Strafsenaten folgende Frage vorzulegen: Gehören zur Jugend außer den schulpflichtigen Kindern und den Schülern höherer Lehranstalten auch solche nicht mehr schulpflichtige Personen, die nach dem regelmäßigen Laufe der Dinge eine höhere oder niedere Schule besuchen würden, ihr aber aus irgendwelchen Gründen ferngehalten werden, bei denen also der Schulunterricht ganz oder teilweise durch Privatunterricht ersetzt oder ergänzt wird? Nachdem die vereinigten Strafsenate diese Frage bejaht hatten, kam die Sache wieder vor dem 3. Strafsenat zur Verhandlung. Gemäß dem Antrage des Staatsanwalts hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Sobald der Wortlaut des Reichsgerichtsurteils vorliegt, werden wir auf die Sache zurückkommen.

Kriminalkommissar und Wilderer.

Unter großem Andrang des Publikums aus Stadt und Umgegend begann gestern vor dem Schwurgericht in Neustreitz die Verhandlung in dem umfangreichen Wildererprozeß, dessen Vorgeschichte wegen der Persönlichkeit der Angeklagten und wegen der Ermittlung Aufsehen erregt. Angeklagt sind der Hotelbesitzer Martin Nitris, der Landwirt und Gasthofbesitzer Friedrich Wausmer, der Fischer Otto Wader, der Fleischer Heinrich Wader, der Fischer Fritz Winkelmann, der Gastwirt Wilhelm Senfleben und der Fleischer Witt.

Die Anklage behauptet, daß die Angeklagten teils als Täter, teils als Helfer einer Bande in Betracht kommen, die lange Zeit hindurch die großherzoglichen Forsten durch ihre Wildbierereien beunruhigte, ohne daß es gelang, sie zu fassen. Ihre Entdeckung erfolgte schließlich durch eine List. Eines Tages erschien in Neustreitz ein angeblicher Hauptmann a. D. aus Hamburg, der bald einen Freundeskreis um sich gesammelt hatte. Als er mit seinen Bekannten etwas inimer geworden war, deutete er ihnen an, daß er

ein großer Jagdliebhaber sei und nicht abgeneigt wäre, auch einmal um die Gede zu schießen, d. h. ein wenig zu wildbieren. Seine Bekannten taten ihm denn auch den Gefallen und nahmen ihn auf einen Streifzug mit. Sie waren nicht wenig erstaunt, als sie nach einiger Zeit eine Vorladung vor den Untersuchungsrichter erhielten, der ihnen ein unüberlegliches Belastungsmaterial vorstellte. Der neue Bekannte aus Hamburg entpuppte sich bei den Vernehmungen als der Kriminalkommissar Werner aus Berlin, den sich die Großherzogliche Staatsanwaltschaft aus Berlin verschrieben hatte, um an den Recherchen gegen die Wilderer mitzuwirken. Auf Grund seiner Angaben wurden die Angeklagten Wausmer und Otto Wader als Hauptbeschuldigte sofort in Haft genommen. Erstgenannter gilt als die Seele der Wildererbande. Er soll in Hunderten von Fällen unberechtigterweise die Jagd ausgeübt und die Förster hinter den Rücken geführt, ja sich dessen sogar gerühmt haben. Das erbeutete Wild soll er an die Mitangeklagten Nitris und Senfleben veräußert haben. Ueber den Ausgang des Prozesses werden wir berichten.

Berzweiflungstat.

Fräulein Martha Kitzke, Engel-Nfer 1d, ersucht uns um Mitteilung, daß sie mit der kürzlich verurteilten Maria Kitzke weder identisch noch verwandt ist. Wir kommen dieser Bitte hiermit nach.

Milchpantferei.

Ein unverbesserlicher Milchpantfischer scheint der Milchhändler Hermann Dame zu sein, der von dem Schöffengericht jetzt zu einer exemplarischen Strafe verurteilt wurde. Der Angeklagte, welcher zwei Milchgeschäfte in der Georgenkirchstraße und in der Kurzstraße betreibt, ist schon wiederholt wegen gleicher Milchpantfereien, darunter u. a. mit 14 Tagen Haft und 1 Woche Gefängnis bestraft. Da es sich anscheinend um ein sehr einträgliches Geschäft handelte, schickten ihn diese Strafen nicht ab, weitere Fällungen zu begeben. Er wandte dabei den Trick an, die ihm gelieferte gute Vollmilch mit Magermilch zu vermischen, so daß die Milch bei weitem nicht den gesetzlich vorgeschriebenen Fettgehalt von 2,70 Proz. hatte. Mehrere von der Polizei entnommene Proben ergaben, daß der Angeklagte diese Pantfereien monatelang hindurch betrieb.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen wissentlicher Nahrungsmittelverfälschung zu 4 Monaten Gefängnis und 400 M. Geldstrafe.

Das "sicher" wirkende Heilmittel.

Wegen unaufrichtigen Wettbewerbs hat das Landgericht Altona am 26. Oktober 1912 den Kaufmann Kaspar Wasmuth (das ist nicht der "Hühneraugen-Wasmuth") zu 50 M. Geldstrafe verurteilt. W. vertreibt seit etwa 6 Jahren ein Heilmittel, das er "Amol" nennt. Eine Anzeige in einer Zeitung enthielt folgende Anpreisung: "Amol hilft sicher und sofort unter voller Garantie bei Rheumatismus, Gicht, Gegendruck usw." Nach dem Urteil der Sachverständigen hilft aber Amol weder sicher noch sofort; vielmehr verursacht es, da es hauptsächlich aus Karminerz besteht, nur bei leichteren Fällen das Gefühl einer Heilung und bei schwereren höchstens eine Einberührung. Die Revision des Angeklagten wurde am Donnerstag verworfen.

Der Rädelshüter mit dem Rinde auf dem Arme.

Gelegentlich des Streiks auf dem Grannauer Zementwerk bei Halle a. S. wurde der bisher unbefangene 22jährige Tischler Fritz Jerke verhaftet, weil er an einem Zusammenstoß zwischen Arbeitswilligen und Streikenden teilgenommen haben sollte. J. wurde 6 Wochen als "Rädelshüter" in Haft behalten, da man annahm, daß er bei den Streikenden "das große Wort" geführt habe. Am Donnerstag stand er wegen Landfriedensbruchs vor der Strafkammer in Halle a. S. Die Beweisaufnahme ergab, daß die damals für das Werk engagierten Arbeitswilligen sehr provokatorisch aufgetreten waren und am Abend der Tat mit Revolvern, Eisenstaben und Stöcken bewaffnet einen Ausbruch aus der Fabrik gegen die Streikenden versucht hatten. Durch die vor dem Werk versammelte Streikermenge waren in der Fabrik mit Steinwürfen mehrere Fensterscheiben zerstört worden. Der Angeklagte konnte aber durch Zeugen nachweisen, daß er bei dem Tumult mit seinem Rinde auf dem Arme ruhig an seinem Hause gestanden hatte. Das Gericht nahm aber nicht an, daß der Angeklagte sich an Gewalttätigkeiten beteiligt habe, verurteilte ihn aber wegen Teilnahme an der Zusammenrottung zu 3 Monaten Gefängnis.

Und da redet man noch schärferen Strafen gegen Streikende das Wort und stellt das Vorhandensein von Klassenjustiz in Abrede.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau:

Wasserstand	am		seit	
	20. 2.	19. 2.	20. 2.	19. 2.
	cm	cm ³	cm	cm ³
Remel, Elbt	354 ¹⁾	-8	140 ²⁾	-5
Regel, Insterburg	34 ¹⁾	-18	94 ²⁾	-2
Weißel, Elbn	139 ¹⁾	-9	121 ²⁾	+3
Oder, Ratibor	100 ¹⁾	-7	98	0
" " " " " "	106 ¹⁾	-11	118	-2
" " " " " "	175 ¹⁾	-6	195	-20
Wartze, Schrumm	88 ¹⁾	7	310	-14
" " " " " "	140 ¹⁾	+4	360	-6
Rehe, Boddamm	35 ¹⁾	-3	200	-10
Elbe, Zeitmerz	19	-27	224	-12
" " " " " "	120 ¹⁾	-16	105	-3
" " " " " "	216 ¹⁾	-22	197	-7
" " " " " "	185 ¹⁾	-5	100	-7

¹⁾ + bedeutet Hoch, - Fall. - ²⁾ Unterpegel. - ³⁾ bei Elbt eisfrei. - ⁴⁾ Eisstand. - ⁵⁾ Eisstreifen. - ⁶⁾ Grundelstreifen. - ⁷⁾ Starfes Grundelstreifen. - ⁸⁾ Schwaches Grundelstreifen. - ⁹⁾ Eisgang. - ¹⁰⁾ Grundel. - ¹¹⁾ Schwaches Eisstreifen.

Gredy Gold
Qualitäts Cigarette
2/3
Kary

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

1 M.
wöchentl. Teilzahlung
liefert elegante
Herren-Moden
Ersatz für Mass
Mass-Anfertigung
Feinste Verarbeitung.
Garantie: tadel-
loser Sitz

J. Kurzberg, Mass-Schneiderei
Rosenhaler Str. Nr. 36, 1
Hakenher Markt
Frankfurter Allee 104, parterre
Ecke Friedenstr.
Reinickendorfer Str. Nr. 4, 1
am Weddingplatz

Moslem

Die neue
Problem

3/3

A. Jandorf & Co

Belle-Alliancesstr. Grosse Frankfurterstr. Brunnenstr. Kottbuser Damm

Kaffee
1/2 Pfund-Paket
65, 70, 75 Pf.

Frische Eier
Mandel
85, 1.05

Kakao
Pfund 68, 95 Pf.

Haushalt-Schokolade
Pfund 68 Pf.

Billige Lebensmittel

Die mit * bezeichneten Artikel sind von der Zusendung ausgeschlossen. Soweit Vorrat. Verkauf nicht an Wiederverkäufer.

*Frisches Fleisch

Schweinebauch	Pfund	80 Pf.
Schinken im Ganzen	Pfund	90 Pf.
Kamm oder Schuft im Ganzen	Pfund	95 Pf.
Suppenfleisch	Pfund	70 Pf.
Schmorfleisch mit Knochen	Pfund	85 Pf.
Kalbskeule im Ganzen	Pfund	85 Pf.
Kalbskamm oder Bug	Pfund	75 Pf.
Kalbsbrust	Pfund	80 Pf.
Lieserl	Pfund	70 Pf.

Wurstwaren

Cervelat- od. Salamiwurst	Pfund	1.35
Schinkenwurst	Pfund	1.40
Mettwurst (Braunschweig. Art)	Pfund	1.10
ff. Leberwurst	Pfund	1.10
Landleber- od. Rotwurst I	Pfund	95 Pf.
Rouladenwurst	Pfund	95 Pf.
Zwiebel- od. Rotwurst	Pfund	60 Pf.
Speck fett... 78 mager	Pfund	88 Pf.

Mohrrüben 3 Pfund 10 Pf.

Konserven

	1/2 Dose	1 Dose	1/2 Dose	1 Dose
Stangenspargel	68 Pf.	1.25	Gem. Gemüse II	40 Pf. 70 Pf.
Stangenspargel	78 Pf.	1.45	Kohlrabi in Scheiben	— 28 Pf.
Abschnittspargel	40 Pf.	70 Pf.	Spinat	— 40 Pf.
Bruchspargel ohne Kopf.	—	88 Pf.	Wirsingkohl	— 28 Pf.
Bruchspargel mit Kopf.	55 Pf.	1.00	Mirabellen	41 Pf. 72 Pf.
Suppenshoten	24 Pf.	38 Pf.	Pflaumen	28 Pf. 45 Pf.
Junge Schoten	28 Pf.	45 Pf.	Erdbeeren	50 Pf. 88 Pf.
Gem. Gemüse	29 Pf.	48 Pf.	F. ucht M. lange	53 Pf. 95 Pf.

Brech- oder Schneidebohnen 1/2 Dose 30 Pf.

***Kassler** Pfund 88 Pf.

Rückenfett Pfund 65 Pf.

***Kartoffeln** 10 Pfund 25 Pf.

Zwiebeln 5 Pfund 10 Pf.

Hühner Stück 1.45, 1.95, 2.25

Apfelsinen Dutzend 20, 25 Pf.

Käse

Schweizer Käse	Pfund	85 Pf.
Holländer Käse	Pfund	85 Pf.
Edamer-Käse	Pfund	78 Pf.
Limburger Käse	Pfund	58 Pf.
Brie-Käse	Pfund	55 Pf.
Romatour Käse	Stück	32 Pf.

Kolonialwaren

Erbsen klein	Pfund 15 Pf.	geschält	23 Pf.
Victoria-Erbsen	Pfund	18 Pf.	
Erbsen grün	Pfund	20 Pf.	
Rundbohnen	Pfund	22 Pf.	
Bohnen weiss	Pfund	18 Pf.	
Linsen	Pfund	16 Pf.	
Reis	Pfund	20, 25 Pf.	
Böhmische Pflaumen	Pfund	28 Pf.	
Ringäpfel	Pfund	40 Pf.	
Backobst (Spezial-Mischung)	Pfund	45 Pf.	
Pflirsche	Pfund	48 Pf.	

Weisskohl, Kohlrüben Pfund 3 Pf.

Heute

Es versäume Niemand, von dieser äusserst günstigen Einkaufsgelegenheit ausgiebigsten Gebrauch zu machen!

39. Woche



NUR der volle Name
URANIA-SALONOEL
(gesetzlich geschützt)

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte amerikanische Sicherheits-petroleum der
DEUTSCH-AMERIKANISCHEN PETROLEUM-GESELLSCHAFT
zu erhalten. Größtmögliche Sicherheit gegen Explosionsgefahr.

**DAS BESTE LICHT
ZUR SCHONUNG
DER AUGEN.**

Man achte auf nebenstehende Plakate, welche die Verkaufsstellen anzeigen.



Greift zu!

Jed. Herrn, der sich eleg. u. bill. kleiden will, empfehle eleg. Monatsgarderobe in feinsten Werkstoff. Berlins gearb. von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere nur kurze Zeit gebr. (für jed. Fig. pass.) Monats-Jackett-Anzüge 8, 10, 14, 18 M. Monats-Rock-Anzüge 10, 12, 16, 20 M. Monats-Paletots 8, 10, 14, 18 M. Monats-Herren-Hosen 2,50, 5,00 M. Ulster, sehr billig.

Große Abteilung neuer Garderobe
Moldauer Gr. Frankfurter Str. 98
(Nähe Strausberger Pl.)
Bitte genau auf No. 98 zu achten!

Monats-Garderobe!

4-500 getragene Anzüge für Herren: Smoking, Frack- und Gehrock-Anzüge (auch zu verkaufen) sowie von Kavaliere getragene, fast neue Sachen (a. Selbe), für jede Figur passend, in größter Auswahl, unübertroffen 3377
billigen Preisen.
1 Tr., deshalb billiger wie im Laden.
Wassertor-
Hirsch Kieferbaum, Straße 12/13 I

Liefere auch nach auswärts.

Möbel-Lechner

Spezial-Möbelhaus auf Kredit und gegen bar.

1. Geschäft: Brunnenstraße 7 am Rosenthaler Platz
2. Geschäft: Müllerstraße 174 Ecke Fennstraße

Stube und Küche . . . Anzahlung von M. 15.- an
Einzelne Möbelstücke Anzahlung von M. 5.- an

Riesen-Auswahl. Größte Kulanz.

Vorzeiger dieses Inserats erhält bei Kauf von 50 Mark. an 5 Mark gutgeschrieben.

Kunden, die ihr Konto bei mir oder in fremden Geschäften beglichen haben, erhalten bei mir für denselben Wert Kredit ohne Anzahlung.

Sonntag geöffnet von 12-2 Uhr.

Sie bin zur Rechtsanwaltschaft
berufen. Mein Bureau
befindet sich
Schleifstraße. 39/40.
Telefon: Amt Marienplatz 11 868.
Ernst Feig II.
Rechtsanwalt.

Wo? ist der schönste Ausflugsort?
Immer noch **Viehelswerder**,
an der neuen
Seebrücke beim **Alten Freund**.

Beruf und Fruchtbarkeit.

Bei den Debatten über den Geburtenrückgang sind im Reichs- und Landtage die abenteuerlichsten Gründe für diese Tatsache von bürgerlichen Rednern vorgebracht worden. Bald wird die zunehmende Irreligiosität und Unmoral, bald die Verbreitung materialistischer Geinnung und gesteigerter Vergnügungssucht verantwortlich gemacht. Selbst die Sozialdemokratie muß als Sündenbock herhalten, da der Geburtenrückgang in Gebieten mit starker sozialdemokratischer Wählerschaft besonders auffällig sei. So einfach ist das Problem des Geburtenrückganges nun nicht zu lösen. Zum mindesten ist es nötig, daß man zwei Faktoren dabei berücksichtigt. Der Geburtenrückgang wird beeinflusst durch die Geburtenzahl und durch die Sterblichkeit. Speziell die Säuglingssterblichkeit ist von ungeheurer Wichtigkeit für den Grad des Bevölkerungszuwachses. Mutter- und Säuglingspflege, Erhebung der Volksernährung und Volksgesundheit durch Besserung der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klasse sind daher die wirksamsten Mittel zur Milderung der Sterblichkeit, zur Erhöhung des Geburtenüberschusses. Was den Rückgang der Geburtenzahl und der Fruchtbarkeitsziffer anbelangt, so gibt es auch hier eine Reihe von Faktoren, die von dem Willen des Individuums ganz unabhängig sind. Die Arbeit der Frau in bestimmten Industrien, Volksleiden (insbesondere Geschlechtskrankheiten), der Alkoholismus und die nicht zu leugnende Degeneration des Volkes durch die moderne hastende, die natürlich gesunde Entwicklung hemmende Lebensweise wirken unzweifelhaft direkt auf Geburtenabnahme und Unfruchtbarkeit ein. Aber es ist nicht zu leugnen, daß daneben die gewollte Geburten-einschränkung durch Empfängnisverhinderung und Schwangerschaftsunterbrechung von großem Einfluß auf den Geburtenrückgang ist. Nur geht es auch hier nicht an, diese künstliche Beschränkung einfach auf die zunehmende Unmoral und Bevölkerungsanprüche zurückzuführen. Wer die tatsächlichen Verhältnisse bis zur Wurzel verfolgen will, muß die objektiven, sozialen Ursachen dieses Willens zu erforschen suchen. Die psychologischen Motive sind zurückzuführen auf ihre durch die Wirklichkeit gegebenen Anlässe. Einkommensverhältnisse und Beruf bilden dabei so wichtige Grenzbedingungen, daß es wohl lohnend ist, die Fruchtbarkeit bestimmter Einkommens- und Berufsklassen untereinander zu vergleichen. Diese Arbeit über den Zusammenhang zwischen Beruf und Fruchtbarkeit ist für Preußen kürzlich von Dr. L. Berger in der „Zeitschrift des Königl. Preussischen Statistischen Landesamts“ (Jahrgang 1912, III. Abt.) unternommen worden. Bergers Untersuchung zeichnet sich durch eine besonders sorgfältige und methodisch wertvolle Berücksichtigung aller in Betracht kommenden statistischen Faktoren aus.

Frägt man zunächst einmal, wie sich die Geburten überhaupt auf die einzelnen Berufsgruppen verteilen, so fällt sofort die überraschende Tatsache in die Augen, daß die Industrie in Preußen mehr als die Hälfte (im Jahre 1907 51,7 Proz.) aller ehelichen Geburten stellt. Erst dann folgt die von den Agrariern fälschlich als Jungborn der Nation gepriesene Landwirtschaft, aus der nur ein Viertel (27 Proz.) aller in Preußen Geborenen stammen. Handel und Verkehrsgewerbe stellen 13 Proz.; auf die häuslichen Dienstboten, die Lohnarbeiter wechselnder Art und die freien Berufe entfallen nur 3,8 bezw. 3,6 Proz. Ein ganz anderes Bild ergibt sich, wenn man die unehelichen Geburten berücksichtigt. Hier steht die Landwirtschaft, die angeblich die beste Hüterin bürgerlicher Ehrbarkeit ist, mit 31,6 Proz. an der Spitze. Dann folgen die Angehörigen der häuslichen Dienste mit 22,3 Proz. aller unehelichen Geburten und darauf erst die Industrie mit 21,2 Proz. Untersucht man die Verhältnisse in einzelnen Städten, so treten bei den unehelichen Geburten die häuslichen Dienstboten (in Frankfurt a. M. mit 43,6 Proz. in den Jahren 1890—1903) an die erste Stelle.

Diese Zahlen sind allerdings nicht ohne weiteres vergleichbar, da sie nicht die auf die einzelnen Berufe entfallenden Geburten messen an der Zahl der in den entsprechenden Berufen erwerbstätigen Personen. Setzt man die Zahl der ehelich Geborenen zu der Zahl der verheirateten erwerbstätigen Männer in Beziehung, so zeigt auch jetzt wieder nicht die Landwirtschaft die größte Fruchtbarkeit. Auf 100 erwerbstätige Männer entfielen im Jahre 1907 ehelich Geborene: in der Industrie 19,7; in der Landwirtschaft 18,8; im Handel 16,4; in den freien Berufsarten 13,7. Nun mag man zugestehen, daß auch diese Berechnung noch kein vollkommen zutreffendes Bild von der ehelichen Fruchtbarkeit gibt, daß die Unterschiede zwischen Industrie und Landwirtschaft vielleicht durch Mangel der Berechnungsmethode zu erklären wären. Für einzelne Gruppen der Industrie ergeben sich aber so große Unterschiede gegen die Landwirtschaft, daß der Spannung reale Tatsachen zugrunde liegen müssen. Im Bergbau und Hüttenwesen kommen auf 100 Verheiratete 27,3 eheliche Geburten; in der Metallverarbeitung 22,1; in künstlerischen Gewerbe 19,9. Die Fruchtbarkeit in diesen Erwerbszweigen ist unzweifelhaft größer als in der Landwirtschaft. Eine außerordentlich hohe eheliche Fruchtbarkeitsziffer findet sich daneben noch in der Gruppe häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art (64,4 Proz.).

Selbstverständlich zeigt sich auch in der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Abnahme der Fruchtbarkeit. Sie ist dort zwar geringer als in der industriellen Bevölkerung (von 1894—1907: 7,4 gegen 8,4 Proz.), aber höher als in der Schwerindustrie. Es kamen auf 100 verheiratete erwerbstätige Männer eheliche Geburten:

	Durchschnitt der Jahre 1894, 95, 96	1907
Landwirtschaft	20,3	18,8
Industrie	21,5	19,7
Handel	20,1	16,4
Häusliche Dienste	73,0	64,4
Freie Berufsarten	17,1	13,7
Eine Beruf	2,2	1,6
Zusammen	20,6	17,8

Nach dieser Tabelle war der Rückgang gering bei den Berufsgruppen mit hoher ehelicher Fruchtbarkeit in Landwirtschaft und Industrie; größer im Handel und bei den freien Berufen, die schon absolut genommen eine geringe Fruchtbarkeit aufweisen. Prozentual am stärksten war die Abnahme bei den freien Berufen, d. h. im wesentlichen bei dem Beamtenstand, der die geringste eheliche Fruchtbarkeit zeigt.

Die Industrie übertrifft auch heute noch die Landwirtschaft an ehelichen Geburten. Wer sich also berufen fühlt, gegen den Geburtenrückgang zu wettern, der möge sich gefälligst an die Haupt„schuldigen“ wenden. Der industriellen Arbeiterschaft gegenüber sind die Vorwürfe am wenigsten berechtigt.

Der Untersuchung der unehelichen Fruchtbarkeit stellen sich noch weit größere Hemmnisse gegenüber. Immerhin wird das folgende Resultat ungefähr den wirklichen Verhältnissen entsprechen. Auf 1000 verheiratete erwerbstätige Frauen (im gebärfähigen Alter von 16 bis 50 Jahren) kamen im Jahre 1907 unehelich Geborene:

in der Landwirtschaft	30,87	bei der Gruppe häusl. Dienste	33,1
in der Industrie	30,55	bei den Berufslosen	14,9
im Handel	12,7	in Preußen überhaupt	24,4

Die größte Zahl unehelicher Geburten fällt danach auf Dienstboten und Lohnarbeiterinnen wechselnder Art. Sehr hoch ist die Unehelichkeit auch bei den in der Landwirtschaft Erwerbstätigen, worunter in der Hauptsache ländliche Dienstboten und Arbeiterinnen fallen. Nahezu gleich stehen darin die weiblichen Berufsangehörigen der Industrie (Fabrikarbeiterinnen, Näherinnen, Wäscherinnen, Putzmacherinnen). Auffallend klein ist der Anteil unehelicher Geburten im Handelsgewerbe. Der von Verkäuferinnen, Kontoristinnen oder gar im Post- und Eisenbahndienst Beschäftigten geforderte bürgerliche „Wohlstand“ mag in erster Linie dabei mitwirken. Ganz ähnlich wie in Preußen überhaupt liegen die Verhältnisse in den Großstädten. Nur schwillt hier die Zahl der unehelichen Geburten bei Dienstboten noch mehr an.

Den besten Maßstab für die Fruchtbarkeit bildete die Angabe, wieviel Kinder durchschnittlich in jeder Ehe erzeugt werden. Durch mangelnde Korrekturen hat Berger auch diese Zahl zu ermitteln gesucht. Er fand dabei, daß auf jede Ehe in der landwirtschaftlichen Bevölkerung fünf Kinder kommen. In den industriellen Berufen ergab sich für die Zeit 1895 bis 1906 eine Durchschnittszahl von vier Kindern. Aber innerhalb dieser Berufsabteilung finden sich recht große Verschiedenheiten. Bei der Gruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwesen ist die Fruchtbarkeit noch größer als in der Landwirtschaft. Auch die Industrie der Heiz- und Leuchtstoffe und der Steine und Erden, zeigt eine eheliche Kinderrate von nahezu fünf. Bei der Gruppe „künstlerische Betriebe“ sinkt diese Ziffer dagegen bis auf zwei. Mehr als vier Kinder weist auch die Gruppe „häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art“ auf. Auf den Handel entfallen durchschnittlich nur drei Kinder. Die freien Berufe, hauptsächlich also der Beamtenstand, weisen durchschnittlich zwei Kinder auf. Nur die Vertreter der Gruppe Kirche und Gottesdienst sind mit vier Kindern gesegnet.

In den Beziehungen von Beruf und Fruchtbarkeit wird man auch eindringen können, wenn man die Zusammenhänge von Fruchtbarkeit und Siedlung mit berücksichtigt. Die Landwirtschaft gehört ganz dem platten Lande an. Handel, häusliche Dienste und Lohnarbeit wechselnder Art sowie die freien Berufe haben einen ausgesprochen groß- und mittelstädtischen Charakter. Rechnet man alle Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern zur städtischen Siedlung, mit weniger als 2000 Personen zur ländlichen Siedlung, so kamen auf 1000 gebärfähige Frauen ehelich Geborene:

	1894/97	1899/1902
in den Städten	240	227
in Großstädten	285	224
in Mittelstädten	257	236
in Kleinstädten	250	256
auf dem Lande	290	287
in Preußen überhaupt	269	260

Aus dieser Tabelle ergibt sich die Tatsache, daß die eheliche Fruchtbarkeit am größten auf dem Lande ist und mit der Zunahme der Einwohnerzahl abnimmt. Auch die Abnahme der Fruchtbarkeit von 1894 auf 1902 ist prozentual am geringsten auf dem Lande. Trotzdem geht es nicht an, darin allein den Einfluß der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu sehen. Auch die Angehörigen der Gruppe Bergbau, Hütten- und Salinenwesen, die sich, wie oben erörtert, durch eine weit größere Fruchtbarkeit als die landwirtschaftliche Bevölkerung auszeichnet, leben zum größeren Teile in Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern (auf dem Lande 54 Proz., in den Städten 46 Proz.). Das Land, nicht aber die Landwirtschaft, kann man also als Quelle der Volksvermehrung bezeichnen; die Industrie ist eine der wichtigsten Adern dieser Quelle. Dabei ist wohl zu berücksichtigen, daß die „ländliche“ Siedlung in den Bergbau- und Hüttenrevieren durchaus nicht der Bequemlichkeiten moderner Technik (Gas, Elektrizität, Wasserleitung usw.) entbehrt. Heudunst und Mistgeruch sind keineswegs unentbehrliche Attribute großer Fruchtbarkeit. Immerhin scheint es, daß der Antriebs zu künstlicher Kleinhaltung der Familie bei ländlicher Siedlung ein geringerer ist als in der Stadt; soweit das Moment nicht von dem anderen überwogen wird, daß mit wachsender Ortsgröße die Möglichkeit zu bequemer Anwendung von antikonzptionellen und abtreibenden Mitteln zunimmt.

Recht interessant ist auch die Untersuchung, welchen Einfluß die polnische Bevölkerung auf die Fruchtbarkeit ausübt. Es ergab sich, daß die Kreise mit vorwiegend landwirtschaftlicher Bevölkerung ihre höhere Fruchtbarkeit wesentlich dem polnischen Einschlag zu verdanken haben. Schaltet man alle Kreise mit über 45 prozentiger polnischer Bevölkerung aus, so wird die Fruchtbarkeitsziffer der Landwirtschaft bedeutend herabgedrückt.

Nicht ohne Einfluß auf die Fruchtbarkeit ist offenbar auch die Konfession. In Preußen entfielen im Zeitraum von 1875 bis 1900 auf eine Eheschließung bei rein evangelischen Paaren 4, bei rein katholischen Paaren 5 und bei rein jüdischen Paaren 3,7 eheliche Geborene. Auch die größere Fruchtbarkeit der Bergmannsbevölkerung steht wahrscheinlich mit dem größeren Anteil der Katholiken an dieser Gruppe in Beziehung. Vornehmlich evangelische Bergbaubezirke haben eine geringere Fruchtbarkeit als überwiegend katholische Bergbaubezirke.

Daß die Konfession aber nur von sekundärem Einfluß sein kann, beweist die Gliederung der Fruchtbarkeit nach der sozialen Schichtung in den einzelnen Berufsgruppen. Auf 100 verheiratete erwerbstätige Männer kamen im Jahre 1907 eheliche Geburten:

	Landwirtschaft	Industrie	Handel
Selbständige, Leiter	15,5	16,4	18,4
Aufsichtspersonal	22,2	11,2	12,4
Arbeiter bezw. Handlungsgehilfen	28,8	21,4	19,6
(Bergbau)	—	(27,8)	—

*) Diese Zahl umfaßt alle drei Schichten der Gruppe.

In Landwirtschaft, Handel und Industrie entfallen auf die Lohnarbeiter durchgängig höhere Fruchtbarkeitsziffern als auf das Aufsichtspersonal, die Selbständigen, Betriebs- und Geschäftsleiter. In der Industrie und im Handel hat das Aufsichtspersonal weniger Kinder als die Selbständigen und die Betriebsleiter. Bei der Landwirtschaft dagegen weisen die Leiter und Selbständigen die geringste Fruchtbarkeit auf. Wenn wir die gleiche Argumentation wie unsere Gegner anwenden wollten, könnten wir sagen: Die Unmoral der Geburten-einschränkung ist also bei den Agrariern recht verbreitet, sogar größer als bei den Selbständigen in der Industrie. Tatsächlich ist die Geburten-einschränkung bei den Selbständigen in der Landwirtschaft wohl durch die schwierige Lage der zahlreichen Kleinbauern zu erklären. Jedenfalls ergibt sich aus der Tabelle deutlich, daß die industrielle Arbeiterschaft die Fruchtbarkeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung erreicht (bei den landwirtschaftlichen Arbeitern ist dabei von dem polnischen Einschlag zu abstrahieren). Innerhalb der industriellen Arbeiterschaft ragt die Bergbaubevölkerung durch eine hohe Fruchtbarkeitsziffer heraus, und das mag zum Teil durch den Anteil der Katholiken an dieser Gruppe verursacht sein (61,5 Proz. aller Berg- und Hüttenarbeiter sind katholisch).

Ursächliche Faktoren für die Verschiedenheiten der unehelichen Fruchtbarkeit in den einzelnen Berufsgruppen statistisch festzustellen, hat Berger ebenfalls versucht. Zunächst sei daran erinnert, daß in der Landwirtschaft die Unehelichkeit etwas größer ist als in der Industrie, während die übrigen Gruppen in weiteren Abständen folgen. Auch eine Scheidung nach dem Wohnort der unehelich Geborenen bestätigt dieses Bild. Es kommen auf 100 unehelich gebärfähige Frauen (im Durchschnitt der Jahre 1894—97) auf dem Lande 252 uneheliche Geburten, in Großstädten aber nur 251. Für die Städte überhaupt stellte sich diese Ziffer auf 242; für die Städte überhaupt stellte sich diese Ziffer auf 242; für Klein- und Mittelstädte zeigten etwas geringere Ziffern (227 bezw. 231). Im ganzen hat die Stadt eine geringere Unehelichkeit als das Land. Die Städte bieten also einen besseren Boden für die „Unschuld“ als das platte Land, trotz aller agrarischen Klagen über die verheerenden Massenquartiere. In den östlichen, agrarischen Provinzen ist die uneheliche Fruchtbarkeit sowohl in der Stadt als auf dem Lande überhaupt größer als in den westlichen, industriellen Provinzen. Daneben wechselt der Anteil von Stadt und Land an der unehelichen Fruchtbarkeit in den einzelnen Provinzen. In den östlichen Provinzen ist die uneheliche Fruchtbarkeit auf dem Lande größer als in der Stadt; in den westlichen Provinzen herrscht das umgekehrte Verhältnis. Das erklärt sich aus der verschiedenen Grundbesitzverteilung beider Gebiete. Der Osten ist das Land des Großgrundbesitzes, der Westen das Land des Klein- und bäuerlichen Besitzes. Je stärker die Zahl der Grundbesitzer unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung innerhalb eines Kreises vertreten ist, um so geringer der Anteil der Unehelichkeit. Mit zunehmender Betriebsgröße wächst dagegen die Unehelichkeit. Die Lebenshaltung der ländlichen Arbeiterschaft bei den ostelbischen Jüngern leistet der Unehelichkeit einen weit größeren Vorschub als die Existenzbedingungen der selbständigen Bauern und landwirtschaftlichen Arbeiter in Westdeutschland. Auch die geringere eheliche Fruchtbarkeit in der westdeutschen Landwirtschaft muß auf die Besitzverteilung, die mit Rücksicht auf die Vererbung des Gutes zur Einschränkung der Kinderzahl zwingt, zurückgeführt werden.

Die Bergerische Untersuchung läßt noch eine große Reihe von Fragen über die Ursachen der Geburtenabnahme offen. Soviel wird aber doch deutlich, daß die einseitigen Behauptungen über den Anteil der Industrie und der Städte an dieser Erscheinung gar nicht oder in weit abgefehltem Maße zu Recht bestehen. Für moralische Lamentationen bleibt vollends kein Raum. Die Einkommens-, Ernährungs- und Wohnungsverhältnisse sind offenbar für die Fruchtbarkeit von entscheidender Bedeutung. In der Arbeiterschaft besteht wohl die Tendenz, nicht durch allzu häufige Geburten die Existenz der Eltern und erstgeborenen Kinder noch mehr zu gefährden. Aber trotz dieser durch die elenden Lebensbedingungen erzwungenen Geburten-einschränkung weist der Arbeiterstand noch heute die größte Fruchtbarkeit auf, hinter der die übrigen sozialen Schichten weit zurückstehen. Die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Geburten-einschränkung besteht auch bei den bürgerlichen Angestellten kaufmännischer und gewerblicher Betriebe. Erst bei den Selbständigen und Leitern sind die Existenzbedingungen so gesichert, daß bei ihnen die Fruchtbarkeit größer ist als bei den Angestellten.

Aus der Partei.

Abgefaßt.

Der Dresdener Oberbürgermeister Veutter hatte neben höheren städtischen Beamten und den Mitgliedern beider städtischer Kollegien auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten zu einem Schoppenabend in den Räumlichkeiten des Rathauses eingeladen. Da aber auch in Dresden noch immer mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn es sich um Arbeiterorganisationen und ihre Vertreter handelt, haben unsere Genossen im dortigen Stadtparlament gemeinsam folgende treffende Antwort auf die Einladung erteilt:

Dresden, im Februar 1913.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister!

Von Ihrer freundlichen Einladung zu dem von Ihnen für den 21. Februar in Aussicht genommenen Schoppenabend haben wir Kenntnis genommen. Wir danken Ihnen dafür, müssen dazu aber folgendes bemerken:

Solange wir innerhalb der städtischen Verwaltung nicht als gleichberechtigt angesehen werden, solange insbesondere den Arbeiterturnen die städtischen Turnhallen verweigert bleiben, während sie anderen Vereinen unter Bewährung beträchtlicher Subventionen unentgeltlich überlassen werden, solange man der sozialdemokratischen Partei städtische Räume, die anderen Parteien längst zur Verfügung gestanden haben, verweigert, solange durch diese und andere Maßnahmen dargetan wird, daß die sozialdemokratische gesinnten Arbeiter als Einwohner zweiter Klasse behandelt werden, können wir an Ihrem Festabend schon deshalb nicht teilnehmen, weil wir Sie, Herr Oberbürgermeister, als den ersten Repräsentanten des Systems betrachten müssen, das die Sozialdemokratie und ihre Vertreter mildernden Rechts erklärt.

Sochadungsboll

Die sozialdemokratische Gruppe des Stadtverordneten-Kollegiums.

Die Haltung des „Kantat“ gegenüber den Proletariermehelien. Rom, 10. Februar. (Fig. Ber.) Die Polizeizeitung gegenüber demonstrierenden Arbeitern, denen zu Anfang Januar mehrere

Menschenleben zum Opfer fielen, veranlaßten damals den „Avanti“, im Wiederholungsfall dem italienischen Proletariat den Gebrauch der Gewalt zu empfehlen. Seitdem hat unser jetzt von Professor Mussolini redigiertes Zentralorgan weiter die Auffassung verteidigt und zu begründen gesucht, daß das Proletariat die Pflicht habe, Gewalt mit Gewalt zurückzuweisen. Da jeder Tag einen neuen Übergriff der Polizei bringen kann, überschreitet die Haltung des „Avanti“ die Grenzen einer theoretischen Meinungsäußerung: sie kommt einem praktischen Ratsschlag gleich, der eventuell morgen befolgt werden kann. Angesichts der aus dieser Tatsache folgenden schwereren Verantwortung darf es nicht wundern, daß sich in der italienischen Partei eine Gegenströmung gegen die vom „Avanti“ vertretene Taktik geltend macht. So erklärt Genosse Camillo Prampolini, Abgeordneter für Reggio Emilia, daß er, treu den während seiner ganzen Parteitätigkeit vertretenen Grundsätzen, die heutige Stellungnahme des „Avanti“ gegenüber den Konflikten mit der

Polizei nicht billigen könnte, sondern sie für wesentlich antisozialistisch halte. Die Redaktion des „Avanti“ antwortet darauf, daß seine Auffassung die der Mehrheit der gesamten Partei sei. Es wäre sehr wichtig, diese Frage vor einer möglichen „experimentellen“ Lösung zu klären; handelt es sich doch in erster Linie um eine praktische und nicht um eine Prinzipienfrage. Es gilt nicht zu entscheiden, ob das Proletariat berechtigt ist, Gewalt durch Gewalt zurückzuweisen, sondern ob es stark genug ist, dies zu seinem Vorteil und zum Schutze seiner lebenswichtigen Interessen zu tun. Wir bezweifeln die Zweckmäßigkeit der vom „Avanti“ geforderten Taktik.

Parteiliteratur.

Das Protokoll über die Verhandlungen des Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands; abgehalten zu Berlin vom 6. bis 8. Januar 1913.

ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. S. Berlin soeben zur Ausgabe gelangt. Der Preis beträgt 1,25 M.

Besonderem Interesse werden die ausführlichen Schilderungen des preussischen Wahlrechtskampfes sowie die Schilderungen der Kämpfe, die unsere kleine Landtagsfraktion zu bestehen hatte, begegnen. — Das Referat des Genossen Georg Schmidt über die Landarbeiterfrage in Deutschland hat allgemeines Aufsehen erregt. Jedem, der sich für die Landarbeiterfrage interessiert, wird das Referat sowie die daran anschließende Diskussion eine Fülle belehrenden Materials bieten.

Von Wichtigkeit ist auch das Referat und die Diskussion über die bevorstehenden Landtagswahlen. Die zu diesem Thema beschlossenen Richtlinien sind gleichfalls im Protokoll enthalten. Zu beziehen ist das Protokoll durch alle Buchhandlungen.

Einsegnungs - Anzüge

in sorgfältiger Ausführung angefertigt, in allen Grössen am Lager!

Schwarze Anzüge
10⁴⁰ 15⁸⁰ 19⁶⁰ 24⁸⁰ 29³⁰ 34¹⁰ 42³⁰

Blaue Anzüge
9⁸⁰ 13⁶⁰ 17⁴⁰ 23²⁰ 28⁴⁰ 35⁰⁰ 39⁶⁰ 46¹⁰

Marengo-Anzüge
15⁸⁰ 19³⁰ 26⁷⁰ 31⁴⁰ 40⁸⁰ 44¹⁰ 52⁶⁰

Prüfungs-Anzüge
8⁴⁰ 11³⁰ 16⁷⁰ 19⁸⁰ 25¹⁰ 30⁶⁰ 42⁷⁰

Auf Grund unseres Verkaufs-Systems **Selbstkostenpreis + 10%** bieten wir dem kaufenden Publikum bedeutende Ersparnisse

Herren-Kleider-Vertriebs-Ges. m. b. H.

Neue Schönhauser Str. 1
Ecke Münzstrasse und Weinmeisterstrasse

Sonntags geöffnet
von 12 bis 2 Uhr!

Moabit, Turmstrasse 73
vis-à-vis der Emdener Strasse

Die Eröffnung unserer beiden neuen Verkaufshäuser: Wilmsdorfer Str. 165 u. Kottbuser Damm 72 findet am 1. März statt



Theater und Vergnügungen

Sonnabend, 22. Februar 1913.

Anfang 3 Uhr.
Theater am Nollendorfsplatz.
Kabale und Liebe.

Schiller-Charlottenburg. Wallen-
steins Lager. Piccolomini.

Anfang 3 1/2 Uhr.
Berliner. Pollock. Der zer-
brochene Krug.

Anfang 4 Uhr.
Urania. Paris und die Königs-
schlöffer von Versailles.
Luisen. Der Meistersinger.
Kofe. Robinson Crusoe.

Anfang 7 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Die Meisterfinger
von Nürnberg.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Der Kauf-
mann von Venedig.
Deutsches. Der lebende Leinwand.
Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Zirkus Albert Schumann. Gala-
Vorstellung.

Anfang 8 Uhr.
Urania. Hohenzollernfahrten.
Im Hörspiel: Prof. Dr. B. Donath:
Das Elektron.

Kammerspiele. Schöne Frauen.
Vestung. Die Stützen der Gesell-
schaft.

Deutsches Opernhaus. Eugen
Onegin.

Königsgrüner Straße. Die fünf
Rennfahrer.

Schiller O. Der Andere.
Schiller-Charlottenburg. Ariel
Acosta.

Trianon. Wenn Frauen reisen.
Theater am Nollendorfsplatz.
Die Studentengräfin.

Romädienshaus. Die Generalin.
Groß-Berlin. Das Fürstentum.
Kurfürsteneroper. Rigoletto.

Berliner. Filmgänger.
Montis Operetten-Theater. Der liebe
Augustin.

Theater des Westens. Die beiden
Husaren.

Deutsches Schauspielhaus. Der
gute Ruf.

Kleines. Professor Bernhardt.
Reichshallen. Die Frau Präsidentin.
Thalia. Wuppäpen.

Luisen. Und hätte der Liebe nicht...
Metropol. Chauffeur — ins
Metropol.

Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Wüsten-
moral.

Anfang 8 1/2 Uhr.
Friedr. Wilh. Schauspielhaus.
Geschlossen.
Kofe. Der Weg zum Himmel.
Walhalla. Parole: Walhalla!
Folies Caprice. In Sachen Kapfen-
stein. Die Doppelkirmse. Die
Tochter der Braut.

Anfang 9 1/2 Uhr.
Neues Volkstheater. Gelben.

Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Eisbalett: Mit in
St. Moritz.

Zierwarte. Invalidenstr. 57—62.

Schiller-Theater O. Wallen-
steins Lager. Piccolomini.

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Der Andere.

Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Das Konzert.
Abends 8 Uhr:
Der Andere.
Montag, abends 8 Uhr:
Ariel Acosta.

Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Sonnabend, nachm. 8.10 Uhr:
Wallensteins Lager. Die Piccolomini

Abends 8 Uhr:
Ariel Acosta.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
König Lear.
Abends 8 Uhr:
Ariel Acosta.
Montag, abends 8 Uhr:
Die Reise durch Berlin in 80 Stunden.

Berliner Theater.
8 Uhr: **Filmzauber.**

Theater in der Königsgrüner Straße
8 Uhr: **Die fünf Frankfurter.**

Deutsches Schauspielhaus
8 Uhr: **Der gute Ruf.**

Theater des Westens.
8 Uhr:
Die beiden Husaren.

Residenz-Theater. 8 Uhr.
Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente).
Schwanke in 3 Akten v. Hennequin u. Heber.
Morgen und folgende Tage:
Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater
(fr. Neues Theater). Amt Norden 1141.
8 Uhr:
Der liebe Augustin.

Theater am Nollendorfsplatz
Neue nachmittags 3 Uhr:
Kabale und Liebe.
Abends 8 Uhr:
Die Studentengräfin.

Apollo Theater
Ab 8 Uhr:
Ein beispielloser Erfolg!
Die großen Spezialitäten.
9 Uhr:
Harry Walden
in seiner Groteske
„Der Herzog von Westminster.“

Luisen-Theater.
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:
Kindervorstellung: **Der Feiertagserker.**
Abends 8 Uhr:
Und hätte der Liebe nicht...
Schauspiel in 4 Akten von G. Reideberg
und Ernst Ritterfeldt.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Berlin—Hamburg—New York.
Abends 8 Uhr:
Und hätte der Liebe nicht...

ROSE=THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Nachm. 4 Uhr:
Robinson Crusoe.
Abends 8 Uhr:
Der Weg zum Himmel.
Sonntag 3 Uhr: **Mein Leopold.**
Abds. 8 Uhr: **Zapfenstreich.**

Metropol-Theater.
Chauffeur — ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern.
Otto Reutter a. G.
Abends 8 Uhr: „Kaisers gestattelt.“
Morgen nachm. 3 Uhr:
Leichte Cavallerie u. Flotte Bursche.

Urania
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Nachmittags 4 Uhr:
**Paris und die Königs-
schlöffer von Versailles.**
Abends 8 Uhr:
Hohenzollernfahrten.
Hörsaal 8 Uhr:
Prof. Dr. B. Donath: **Das
Elektron.**

Walhalla-Theater.
Weinbergsweg 19/20. Hofenthal. Tor.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
„Parole: Walhalla!“
Große Jahres-Revue.
Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Die Abonnenten unserer Zeitung
zahlen gegen Vorzeigung des Abonne-
mentsquittung für alle Plätze halbe
Raisenspreise.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die drei Saison-Schlager:
In Sachen Kapfenstein.
Die Doppelkirmse.
Die Tochter der Braut.

MöBEL MESSE
AUSSTELLUNG AM ZOO
HALLE
GEÖFFNET 10-8 UHR
TICHLER-INNUNG ZU BERLIN
22. FEBRUAR BI
11. MÄRZ 1913
EINTRITT FREI

**„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
„Großes Doppel-Konzert!“
Musik des 2. Garde-Regiments z. F., Dirig. Oberm. Graf.
— Zillertaler und Tegernseer Sänger —
Schuhplattler und Jodler!
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt.

Neue Welt
Arnold Scholz Hasenheide 108/114
Täglich:
Bockbierfest in den bayerischen Alpen.
Ueber 200 000 Besucher.
5 Kapellen. 30 bayrische Mad'l.
Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf.

Zirkus Albert Schumann.
Heute Sonnabend, 22. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
Die Herrscher der Lüfte
7 Luftvoltigeure 7
Hegelmann-Truppe.
Nur noch kurze Zeit!
Der Mann mit d. eisernen Hand.
Nur noch einige Tage!
Cäsarios
Löwen- und Tiger-Gruppe.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
4 Bilder aus Indien.

Zirkus Busch.
Heute Sonnabend, 22. Februar,
abends 7 1/2 Uhr:
DIE SENSATION. TRAPEZARBEIT
der „Aerial-Stars“.
Ferner:
Mr. J. Hüllers Kopisturz
durch die Tischplatte.
Madame Delita del'Oro
mit ihren dressierten Köhnen!
Zum Schluss:
Die große Prunk-Pantomime
„Sevilla“.
Morgen Sonntag nachm. 3 1/2 U.
„Unter Gorillas“.

Herrnsfeld Theater
Täglich präzis 8 Uhr abends:
Die Alpenbrüder
Wüstenmoral
mit Kutsen und Donat Herrnsfeld
in den Hauptrollen.

Casino-Theater
Rothbringer Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Trotz des großen Erfolges
Nur noch bis inkl. 6. März:
Am grünen Strand d. Spree.
Am 7. März Premiere:
Arturs Flitterwochen.
Sonntag 4 Uhr: **Der Heimatlose.**

Volks-Theater
Reutbahn, Hermannstr. 20.
Sonntag, Anfang 7 1/2 Uhr:
Gastspiel von Walter Cravenitz:
Zapfenstreich.
Mittw. Drama in 4 Akten v. Becherstein.
Montag, Anfang 8 1/2 Uhr:
Menschenrechte.
Soziales Volkstheater in 5 Akten v. Reichardt.

Passage-Panoptikum
50 wilde
Weiber Männer
Kinder
vom Stamme der Igorroten.
Lobend! Ohne Extra-Entree!

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu!
**Meyers
Hosen.**
Humoreske.
Anfang 8 Uhr.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Boigt-Theater.
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Montag, 23. Febr., nachm. 8 Uhr:
Stolz und Liebe.
Abends 7 Uhr:
Körsters Trude.
Sensat. Volkst. L. 4 Akt. v. H. Mannst. H.
Kasseneröffnung 10 Uhr, Anfang 3 u. 7 Uhr.

Theater Königstadt-Casino.
Ecke Holzmarkt u. Alexanderstraße.
1 Minute v. Bahnh. Jannomühlsbrücke
Tägl. abds. 7 1/2, 8, 9, 10, 11, 12 Uhr.
Der Kammerjäger.
Belangspolle in 2 Bildern — u. das
groß. Spezialitätenprogramm
Feb. 1. u. 16.: Programmwechsel.

Trianon-Theater.
Wenn Frauen reisen.
Anfang 8 Uhr.

Admiralspalast.
Allabendlich:
Das neue mit durchschlag.
Erfolg aufgef. **Eisballett**
Flirt in St. Moritz
1. Akt: Wintersport in
St. Moritz. 2. Akt: Solero
im Luxushotel.
3. Akt: Japanisches Fest.
Unter Mitwirkung
der kl. Charlotte.
Bis 6 U. u. v. 10 1/2, halb Kass.-
Preise. Wein- u. Bier-Abt.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Neu!
**Meyers
Hosen.**
Humoreske.
Anfang 8 Uhr.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Öffentliche politische Versammlungen.

Vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 25. Februar 1913, abends 8 Uhr, in Kellers Festsälen, Koppenstr. 29:

Große Volksversammlung.

Tagesordnung:

1. „Die preussische Polenpolitik als Kulturshande“.

Referent ist Reichstagsabgeordneter Genosse Hermann Wendel.

2. Freie Diskussion.

Die polnische werttätige Bevölkerung ist zu dieser Versammlung besonders eingeladen.

Der Einberufer: Paul Hoffmann, Königsberger Straße 28.

Zentralverband der Dachdecker Deutschlands

Ortsverwaltung Berlin.

Sonntag, den 23. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, in den Borussia-Festsälen, Akkerstr. 6/7:

Versammlung der Dachdecker u. Hilfsarbeiter.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Arbeiterssekretärs Genossen Adolf Ritter über: „Die Bedrohung des Koalitionsrechts.“

2. Stellungnahme zum Geschäftsbericht des Vorstandes.

3. Verbandsangelegenheiten.

Verbandsbuch legitimiert. Ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. C. 54, Linienstr. 83-85.

Sonntag, den 23. Februar 1913, vormittags 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung für Wildau, Königs-Wasserhausen, Zenthen und Umgegend im Lokal von Rodanel, Wildau (Restaurant Wildauer Hof).

Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Bezirks-Versammlung für den 20. Bezirk in Franke's Festsälen, Badstr. 19.

Tagesordnung: Fortsetzung der Versammlung vom 17. Februar.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Montag, den 24. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Branchen-Versammlung der Elektromonteuere u. Helfer Groß-Berlins in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m (großer Saal).

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Rudolf Breitscheid. 2. Bericht über die Kämpfe im Baugewerbe. 3. Branchenangelegenheiten.

In Anbetracht der interessanten und wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. Kollegen, die noch nicht im Besitze ihrer Kontrollkarte für das Jahr 1913 sind, können dieselbe noch in dieser Branchen-Versammlung in Empfang nehmen; die übrigen haben die Karte zwecks Abstempelung mitzubringen.

Die Kollegen von Zwietusch, Mix & Genest, Hardegen sind hiermit besonders eingeladen.

Die Ortsverwaltung.

113/9

Frühjahrs Neuheiten

1913

Jackett-Anzüge

» und Irethig
in den neuesten grünen, grauen und braunen Farben u. vorzüglichsten Paftormen

Ulster u. Paletots

» und Irethig
aus oliv, grün, rotbraun und stahlblau Chevots und braun oder grün Covercoats.

Unsere Kleider-Werke

die als Mustererichtungen dieser Art von Behörden, Korporationen und Vereinen beschligt und empfohlen worden sind, stehen in sozialer und sozialer Beziehung an der Spitze ähnlicher musterergläufiger Betriebe. Die modernsten maschinellen Erfindungen und die nach amerikanischem System eingeführte Methode der Arbeitstellung ermöglichen es uns, unsere bekannp und allgemein geschätzten Erzeugnisse dem Publikum zu vortheilhaften Preisen anzubieten.

Kleiderwerke

Baer Sohn

Chausseestr. 29-30 Berlin 11, Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 20 Oogr. 1901 Schöneb. Hauptstr. 10
Sonntag 12-2 geöffnet. Nachdruck verboten.

Haupt-Katalog Nr. 40 kostenfrei.

Trinki „WERFT“

WERmuth Frucht Trunk

Gesundes, magenstärkendes Getränk
Kein Branntwein — Kein Likör

in jedem Restaurant

a Glas 10 Pf., a Flasche 95 Pf.

Sandmann & Wolfgang Gebrüder
Berlin SW. 68.

1 Mark

wöchentl. Teilzahlungen
liefern elegante fertige

Herren-Garderoben

Kraatz für Mass Anfertigung u. Mass Tadellose Ausführung.

Julius Fabian
Schneidermeister

Gr. Frankt. Str. 37 1/2

Eingang Strauberg-Platz

il. Co. schäft Turmstr. 18

nur 1. Etage? Keltz Laden!



Zentralhaus mod. Herrenbekleidung

I.: Neue Friedrichstr. 35 an der Zentral-Werkhalle

II.: Turmstr. 67, I. Etage, liefert an jedermann elegante Herren-Garderoben

nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz gegen wöchentliche Teilzahlung von 1 Mark an.

Qualitätsberein. Berftalt im Hause. Auf Wunsch Besuch des Kellenden mit neuester Stoffwahlern.

Besondere Abteilung für fertige Garderobe.

Sonntags geöffnet.

Bekanntes reelles Konfektionshaus verkauft zu bequemen Teilzahlungen

erstklassige Jacken kostüme, Kleider, Blusen, Paletots etc. unter strengster Diskretion.

Offert. unter J. K. 12324 bef. Rudolf Messe, Berlin SW. 32/5a

Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schick, neuw. Zubuten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, u. (Stadtb. Biers.)

Siems Kraftfleisch

alleiniger Fabrikant
J. G. Siems, Holl., Apen i. Oldbg.

muß jede sparsame Hausfrau kaufen.

Billigster und nahrhafter Tafelaufschnitt,

hergestellt aus garantiert prima frischem Rindfleisch. Zu haben in fast sämtlichen einschlägigen Geschäften.

lt. Analyse des Herrn Dr. A. Langfurth, beidigtter Gerichts-Chemiker, enthält

„Siems Kraftfleisch“

alle natürlichen Bestandteile des rohen Fleisches, überragt letzteres an Nährwert und ist leicht und fast restlos verdaulich!

Millionen gebrauchen gegen Husten

Kaiser's Brust-Caramellen

mit den „3 Tannen“

6100 notariell beglaubigte Zeugnisse von Aerzten und Privaten verbürgen den sicheren Erfolg. Köstliches, feinschmeckendes Hustenmittel. Paket 30 Pf. Dose 60 Pf. Ausschließlich in Apotheken und Drogerien erhältlich und zwar nur in vernieteten Paketen, niemals lose ausgewogen.

gegen Heiserkeit, Verschleimung, Brust-Katarrh

Leihhaus Moritzplatz 58a

„Vorwärts“-Leser erhalten 10% Rabatt.
Kaufen Sie von Kavalieren wenig getrag. Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Große Auswahl in neuer Garderobe. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschmänteln, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 20-75 M. — Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig. Moritzplatz 58a.

Alkoholfreie Getränke

Franz Abraham
Eink. Meissner u. Römertank-Kell.
N. 4. Berlin, S. 1. Fernsp. Kgl. 13708

Si-Si
Bestes alkoholfreies
Getränk.
Berlin O. Rudolfstr. 4.

Arbeiter-Bekleidung
Hamburger Laden, Charl. Wallstr. 69

Auto-Fahrschulen
Gr. Frankfurterstr. 44
Eintr. d. H. G. T. Teils. post.

Bäckereien, Konditor.
Friedr. Barz, Landö. Allee 146
K. Biedermann, Gryphustr. 15.
Paul Dilly, Markusstr. 15.

**Blottner's
Großbäckerei**
Geschäfte in
Berlin,
Charlottenburg,
Schöneberg,
Wilmerdorf.

Friedr. Barz, Landö. Allee 146
K. Biedermann, Gryphustr. 15.
Paul Dilly, Markusstr. 15.

Brot-Fabrik „Vorwärts“
Hermann Ulrich, Köpenick.

Franz Faulwetter, Mantelstr. 67.
E. Freyer, Hünemannstr. 73. E. Markstr.
Georg Genz, Nemelerstr. 30
M. Gruschka, Königsbergerstr. 25

Oskar Banke's Brotbäckerei
75 Geschäfte
in allen Stadtteilen
Berlins
und in Rixdorf.
Gegründet 1892.

Hoppe'sch. Kramers, Adalbertstr. 54
Max Kniffert, Landö. Allee 29.
Ernst Kister, Frankl. Allee 197.
Grüner

Ladenthin, O. Weg 54.

Franz Ludwig, Kochhannstr. 35
Emil Lücke, Grüner Weg 132.
August Mantz, Ebertstr. 27.
Hermann Markau, Rigauerstr. 107
Matthias, Gipsstr. 9.
E. Mertins, Reichenbergerstr. 168.
Frig. Mölle, Gräferstr. 4.
Alfred Müller, Brunnenstr. 27.
Roman Nowak, Wienerstr. 87.
Friedrich Oste, Madalstr. 10.
Horn. Proell, Nennendamm.
Friedrich Probst, Andreasstr. 51

Bäckerei „Nordstern“
Inh.: Gust. Müller
Filialen in verschied. Stadtteilen

Ranfft Reichenbergerstr. 176
Admiralstr. 38 u. 19 a

Arthur Rosmer, Koll. Damm 101
Walter Rohr, Anklamerstr. 26.
Max Sander, Dunkelstr. 22.
Otto Schmidt, Adalbertstr. 27.
Heinr. Schubert, Boxh. Chaus. 5.
Sikorski, Weißense. Kaiserstr. 11
H. Schade, P. Allee 23. P. O. N. O.
Paul Sorge, Procauerstr. 21

Rich. Schenk
Str. 38.
F. Schnauer, Anklamerstr. 15.
H. Spillmann, Grüner Weg 115.
Gustav Tappitz, Prins.-Allee 61.
Carl Tennert, Schlesischestr. 17.
F. Tiedemann, Boxh.-B. Kanalstr. 47.
Filialen in allen Stadtteilen.

Turban
Josef Ulrich, Mantelstr. 103.

Volksbrot, E. G. m. b. H.
Ludwig Walter, Hufelandstr. 37.
K. Walter jr., Löwenstr. 18

Hermann Wendt
Chorinestr. 50
P. Ackerstr. 1

Wilhelma
Brodfabrik
Andreasstr. 22.
Otto Winkler, Nannysstr. 73.
E. Wolff, Grüner Weg 74.

Badeanstalten
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.
Landbergerstr. 107
Gollnowstr. 41.
Bürgerbad
Weberstr. 49b
Amt Kgl. 204
Central-Bad, Mänsstr. 2.
Neukölln
Anzingerstr. 25.
Neukölln
Münchener Bad
Münchenerstr. 51
Bad Frankfurt, Gr. Frkt. Str. 136.
Lieferant sämtl. Krankenkassen
Bad Friedrichshagen, Landö. Allee 153.
Bad Hufeland, Hufelandstr. 45.
Kaiser-Friedrichs-Bad, Charl. a. B.

Original Lohlanien
früher Müsel, Wallstr. 7071

National-Bad, Brunnenstr. 9.
Boxhag.-Str. 17
Lief. all. Kassen

Passage-Bad
Kottbuser
Damm 79.
Reform-Bad, Wiener Str. 65.
Silesia-Bad
Schlesische Str. 31.
Viktoria-Bad
Kottbuser Damm 75
Friedrich-Wilhelm-Bad
Chausseestr. 37.

Bandagen, Gummiw.
R. Banke, Stralsauer Str. 56.
Bergholz, Köpenickerstr. 70.
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.
Liepe, Schöneberg, Gräberstr. 167.
Meyer, P. Allee, Berlinerstr. 49-50
J. Ch. Pollmann, Lehgräberstr. 60.
Reiche, A., Lief. aller Kassen
Zaremba, Weidenweg 13.
Drog.-hyg. Artikel.

Belucht.-Gegenst.
Hüttner, A., Danzigerstr. 96.
Hochstr. 43
Fabrikpreis

W. Schröder
Fabrikpreis

Bettfedern u. Betten
G. Behrends, Senk. Kassebeckstr. 104
Sulinski, Fährbänkerstr. 1. E. Senk. A.
Carl Henze, Adrestr. 55, Berlin
Landsberger Allee 149
Max Schöne
reell und billig.
M. Zysnarski, Alt Moabit 22.

Erscheint 2 mal wöchentlich.

Drogen u. Farben

Amol
das
Hausmittel.

Reinh. Assmus, Gerichtstr. 10.
Gustav Borsig, Weidenweg 80.
Brunnenstr. 108 u. 157
Apotheker
H. Wiegelt.
A. Diepow, Tauroggenstr. 12.
Haberfeld, Trept. Gräberstr. 12.
Prinz Handwerker, 2. N. G. Wolff.
Klähn, H. N. Kaiser-Friedrichstr. 138
Neukölln
Rnesebeck-Drop,
Hermannstr. 119.
Königs-Adler-Drogerie, Berlinerstr. 7.
P. Lehre, Kottbuser Damm 132.
Parf. Alfr. Marsch, Culmstr. 37.
Rothaus-Drogerie, Skilla, Wartenstr. 24.
Neukölln
Hermannstr. 57
G. R. Prenzel.

Prinzenstr. 103 Alfred Hoffmann
Fr. Schlusmann, Liebenbergstr. 22.
Hugo Schultz, Müllerstr. 166 a.
Hyg. Gummiw., Photogr.-Artikel
Oberschw. W. H. Müller, 46
Erich Prauß
Drogen, hyg. Gummiw., Seifen billigst.
Werder-Drogerie, Brühl, Kaiserstr. 54
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 50

Seerdig.-Anst. Sargm.
Bredlow, Waisenstr. 16
Wertheimstr. 25
Otto Büttner, Neukölln, Ringstr. 32.
H. G. Müller, Bohlenzollernpl. 11
Buckwa. Bitt. Skanzenstr. 11
Oppelnerstr. 1

Max Fuchs Frankfurter-Allee 170
Hankel, Weissenhofstr. 191
Hinkel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37
Gust. Nobert, Potsdamerstr. 115a
H. Petermeyer, Streifenstr. 9.
Peter-Schley, Wilh., Zassenstr. 11.

Berufskleidung
Kaiser, Otto, Gerichtstr. 86.
Roter Laden, Schöneb., Hauptstr. 108

Bierbrauereien, Bierh.
W. Adelung & A. Hoffmann
Akt.-Brauerei, Potsdam, Eg. Bieder.
Berlin SW, Tempelhofer Ufer 15
Brandenburg a. H., Wilhelmstr. 110
Spez. Potsd. Stangenbier

Bergbrauerei Weißensee
T. 1. Lager-
u. Malzerei

Brauerei Königstadt
feinste Qualitätsbiere.

Brauerei Tivoli Weib- u. Malz-
Bier-Brauerei,
Fruchtstr. 97

Caramel-Weißbier
fast alkoholfrei, erfrischend, bekömmlich.
Berliner Weib- u. Malz-Brauerei E. Wilsner.

Deutsche Bierbrauerei A. G.
Berlin-Fischersdorf

Groterjans
Metzler, Schick-Allee 136, T. III, 5064

C. Habels Brauerei
hell - Habelbräu - dunkel.
Hempel, E., Müllerstr. 186 d.

Unser Goldbier
ist nicht nur ein
Erfrischungsgetränk, sondern
auch ein
Gesundheitsbier ersten
Ranges.
Berliner Unions-Brauerei, Berlin 3.
Luisenbrauerei Weißensee.

Münchener Brauhaus Berlin.

Löwen-Brauerei
vortreffliche Pils-
u. Flaschen-Biere.

Schulz, Hermann, Schönha. nstr. 23
Verlins-Brauerei Teutonia, NW 87.

Victoria-Brauerei
Victoria-Saazerbräu

Weissbier, C. Breithaupt,
Pallasdenstr. 97. Tel.-A. VII, 2624.

Blumen und Kränze
Oskar Albertus, Müllerstr. 41.
Hilmen-Fischer, Zöllner-Straße 140
E. Deger, Koll. Friedr. Str. 14, Bergstr. 58
O. Hahn, S. Tegelerstr. 101
Brunnenstr. 62
G. Laurent, Peterburgerstr. 11
F. Müller, Danzigerstr. 27.
Gürtel, A. B. Metzner, Skilla, Ringh. 10
W. Rutschke, Skilla, Hermannstr. 62

Topfplanzen aller Art
Brig. Rudowestr. 12-14 Tel. Neuk. 134
Zastrow, H. Turinerstr. 24.

Butter, Eier, Käse
Butterhandlung
J. F. Assmann
24 Filialen in Berlin O.

Drei Kronen Carl
Davidsohn

Gebrüder Groh
40 Filialen
in Berlin und Vororten

August Holz 15 Detail-
Geschäfte.

F. HAGEN
22 Verkaufsstellen 22

Gebrüder Manns
48 eigene Detailgeschäfte

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Wilh. Pleß, Butterschmelz.
Berlin C. 54, Rosenbühlstr. 49
(Hackescher Hof), Fernsp. A. Nord 2837

Gust. Schultze & Sohn
Kosmalla, E., 4 Detail-
Geschäfte

Schröter, R.
43 Verkaufsstellen

Uhly & Wolfram

Vereinigte Pommersche Melereien 48
Verkaufsstellen.

Cacao, Chocolate
Adler's Konditorei, Waagestr. 57.
Althaus, Krist.-Brot, Lindenbergstr. 16.

STOLWERK
Gold Silber Kupfer

Schokolade - Kakao
In drei Preislagen.

Die verschiedenen Sorten sind
untereinander gleichwertig und
unterscheiden sich, wie die
deutschen Edelweine, nur durch
ihre Aromen.

Cyliax, G., Pillulen Lall
Ferd. Nahn, Berlin, Fährbänkerstr. 73

Seiffert, E., und Vororten

Fordern Sie
Kakao und Schokolade
Wesenberg

Cigarrenhandlungen
P. Hofer, Kottbuser-Damm 79
Hünemannstr. 77, Admiralspl., Dresdenstr. 19

Klein, Wilh. Müllerstr. 164,
Oberbaum 1.
Krakow, Fr. NW, Wielefstr. 47.
J. Nothmann, NW 87, Turmstr. 59.
G. & S. Peterke, 30, Kottbuserstr. 14.
W. Schuster, N. Neanderstr. 28.
Ab. Werner, Eke, Elsbachstr. 10

Damenkonfektion
Neukölln, Bepetz, 131
Gelegenheitskäufe.

Ballmann Charl. Friedr. 8-11
Lafertig, nach Maß
Kottbuserdamm 79
Brunnenstr. 33

Dombrowsky Charl. Friedr. 8-11
Lafertig, nach Maß
Kottbuserdamm 79
Brunnenstr. 33

Restat, J. Brunnenstr. 56.

Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

Eisen- u. Stahlw., Waff.
Aln. O. Skilla, Kaiser-Friedrichstr. 6
W. Allner, Mulackstr. 34.
Beutel, C., Boxh. Neuh. Bahnh. 54 34
Herm. Braun, Landö. Allee 149.
Grüner Weg 43
Wangelstr. 59.

**Emil Brann, Anst. 75 Eke Brühl-
G. Brucklacher, Oranien
str. 56 a 2.F. Bouteil, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 77
Fisch, E., Spand. Schönebergstr. 14.
Carl Jung, Stromstr. 21.
Franz Pfeiffer, O. Frankl. Allee 189.
Eugen Heun, Neukölln, Walterstr. 19**

Jungbluth, Hermannstr. 172.

H. Rockstroh, Berlin
Spand. 21, 26.
Rühlmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.
F. Schubert, Velgstr. 19, E. Schirmerstr.
Sellach, Th., N. H. Hermannstr. 48
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 73
Müller-
Str. 29.

Alex. Weimar Alexandrinerstr. 14
Leichenbergstr. 100
(Inh. Otto Janke).

Fahrräd., Nähmasch.
Fahrrad-Leihhaus Lohmann
Neue Schönhauser-Str. 11.

Fahrrad-Haus Frischaut
Brunnenstr. 25.
Gründung und Eigentum der
radfahrenden Arbeiterschaft.

Färbereien, Wäscher.
Groß-Dampfwäscheri
„Spreenix“
Berlin SO., Forsterstr. 5-6
Tadellose Wasche! Billigste Preise!

Ch. Engelhardt Neukölln
Filialen in allen Stadtteilen
Groß-Berlins.

Conkordia Wilhelm-
str. 134

D. W. A. Hansa Gerichtstr. 23
Tel. III 1309

O. Naefe
Färberei u. chem. Wäscherei
f. Herren- u. Damen-garder.
Läden in allen Stadtteilen
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

G. Kullick, Färb., Wäscherei
Fil. Grotzsch, 1. Weidenbergstr. 41
Südwaldenstr. 54, Weddingstr. 9
Höllersstr., Neukölln, Hermannstr. 47-39

C. Dittmann Neukölln
Berliner Str. 43.
E. Pehling, Eibingerstr. 55.
Bergstr. 5 u. 57.
Skilla, Ringh. 10

Fleischer u. Wurstw.
G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74
August Birnsteln, Dunkelstr. 78.
Lüderstr. 11
O. Aschenbach
Nr. 60

August Blenert Kalserin
Augusta Allee 3.
Hans Böhm, Weidenweg 21.
A. Bentele, Thaeerstr. 21.

Wilhelm Behr
Wurstfabrik.
Speck- und Schinkensalzerel.
Berlin-Schöneberg, Kelenstr. 57-59
Beste und billigste Bezugs-
quelle f. Wiederverkäufer.

K. Christ, Eibingerstr. 58.
Ph. Christ, Petersburgerstr. 4-8
Darge, O., Finowstr. 5.
Thilo Dörgerle, Lüderstr. 23
St. Dorzewski, Ebertstr. 29.
W. Dörr, Schivelbeinerstr. 27.
August Feger, Oranienstr. 9
Feyerherm, F., Alt-Boxhagen 11.
W. Friedmann, Neukölln, Wartenstr. 7.

Oskar Fröhlich, Eiblingerstr. 16.

Willy Gerlich, Petersburgerstr. 33
Albert Gollz, Frankl. Allee 121.
Fr. Gerlach, Tauroggenstr. 1a.
Gustav Girza, Waldemarstr. 1a.
Rob. Gliese, Weissenhofstr. 13

Otto Grube Neue
Hochstr. 27.
Oranien-
Str. 17.
Gusinde, Rich. Gutschmann's
Fleisch-u. Aufsch.-
Centr., Wicherstr. 159.
O. Gleich, Skilla, Hebenstr. 7.
R. Grieger, Charl., Cauerstr. 19.
F. Gutschmidt, Kolonnenstr. 22.
Heinrich Höbne, Skanzenstr. 97.
Janik, C. Köpenicker-
str. 5.
Fr. Jentch, Koll. Damm 15, Fleisch, Wurst.
H. Immlig, Mantelstr. 102.

Heinr. Jochmann, Zietenstr. 41.

Wilhelm Kitz, Kulprodestr. 118.

F. Klarholz, Fintschstr. 9.

Fritz Kiela, Kottbuserdamm 12.

Bruno Keller Huttenstr. 11.
Otto Koch, Alte Jacobstr. 17.
Frig. Koebke, Kl. Andreasstr. 11.
Bruno Kuhn, Fruchtstr. 28.
Ernst Kolbe, O. 112, Weichenstr. 13
Königsbergerstr. 37.
A. Krumm, f. Fleisch- u. Wurstwaren
M. Kops, Leinwand, Berlinstr. 154.
H. Kunert, Schöneberg, Gothenstr. 41.
A. Lange, Leinwand, Schönebergstr. 113

Neukölln,
Rob. Lindner, Niemetzstr. 8.
Weiden-
weg 75.
Fr. Lindemann, Emdenerstr. 45.
August Lüncke, Alte Jacobstr. 26.
Emil Lindigkeit, Michaelkirchstr. 8.
Lochmann, Malpagastr. 22.
Rostockerstr. 43.
Luebke, Joh. Fleisch-u. Wurstfabrik
Lebensmittelvertr. Kaiser-Wilhelmstr. 18
Aug. Maar, Schulstr. 102.
Märk. Fleischwaren, Skilla, Wartenstr. 73
M. Mauerberger, Skilla, Kaiserstr. 16
Max Metzler, Rigauerstr. 16.
R. Müller, Pankow, Wollankstr. 101

A. Möbes Ndtf.
Fleischwaren u. Wurstfabrik
Berlin N 24 Oranienburgerstr. 4

Georg Naumann, Gärtnerstr. 19.
F. Neborowsky, Frankfurter
Allee 178.

N. F. Zimmermann Anklamerstr. 113

Paul Nuss Stolpische
Str. 25.
Große
Frankfurterstr. 13.

P. Nettel Wurstfabr., Landö. B.
Allee 130, Sp. Roll-
schink, Nußschink, Schinkenspeck

Riedel, B. Hermannstr.
46.
Rodewald, Franz Allee 23, T. Est. 5796.
Franz Rose, Frankl. Chausse 21 a
Ottomar Rudolph, Gärtnerstr. 17
Herm. Rauchfeld, Zietenstr. 13
A. Rehmet, Moab., Perlebergerstr. 2
E. Rummel, Thaeerstr. 60.
Hermann Schmidt, Thaeerstr. 48.
Gebr. Schulz, Lüderstr. 7.
W. Segling, Christburgerstr. 43.
Max Schlack, Langestr. 57.
Th. Scheunemann, Helmholzstr. 1.
Otto Schmalz, Jahnstr. 1.
Schramm, Jahnstr. 21, Trept. Npl. 11707
Otto Schleusener, Skilla, Kaiserstr. 8

Otto Schubert Köpenickerstr. 38.
Spez. Wurst-Gesch.

Aug. Saczygier, Skilla, Teupinerstr. 110
Hohenfried-
bergerstr. 1.

E. Schauer, Huttenstr. 70.

E. Scherberg, Reichenhof, Hünemannstr. 9.

Max Schubert Müllerstr.
156a.

T. F. Sommermann, Holzschlenderstr. 26
Thiering, Fleisch- u. Wurst-Fabr.
E. Thomae, Waisenstr. 11
Gust. Tschentke, Brünnelstr. 53
Tschernberg, Stralimannstr. 8.
Max Tümmel, Christburgerstr. 24.
Karl Unte, Nannysstr. 17
F. Fleisch-u. Wurstw.
Uhly, Paul, Köpenickerstr. 28.

G. Vettin 57 - 57
Grüner Weg
Warschauer Fleisch- u. Wurst-
Centrale, Warschauerstr. 82

Otto Zeim, Neuk., Fuldstr. 56.

Paul Zwarg, Landö. Allee 136.

Ernst Ziffer, Oderbergerstr. 37.

L. Zimmermann, Koll. Damm 94

Glas u. Porzellan
O. Krüger, Weidenburgerstr. 79

Grammoph., Sprechm.
W. Becker, Gilt., Wilsenerstr. 127

Haar-Artikel

Berliner Zopf-Zentrale
Inh. Rich. Müller
Spez. Champon, Friseur-Salon
Unterricht in allen Fächern
Auf d. Anzeig. gewährt 10% Rabatt.

Haus- u. Küchengeräte
Kamnick, Spandau, Schönower-Str. 92
Emaille, Glas, Porzellan, Lamp.

Herrn-Artikel
H. Bock, Neukölln, Kaiser-Friedrichstr. 10.
Veteranenstr. 7.
Schirm, Krawatt, Wäsche
Krause, Wilh., Skilla, Herm.-Str. 168
Nordring, Brunnenstr. 64.

E. Fibrecker Ebertstr. 3
Esselbacherstr. 3
A. Samuel, O. Mirbachstr. 63, Schirma.
H. Bergstr. 141-12
H. Hermannstr. 171.
Max Schulze, Hochmeisterstr. 6.

Wrangelstr. 45 W. Sandler

Herrn- u. Knabengard.
J. Baer Badstr. 25, Eke
Prins.-Allee.
Beiser, Julius, Skilla, Bergstr. 19

Mamrot Neukölln, Bergstr. 21.
Mitgl. d. Wahlvereins

Leske & Slupecki, Schick-Allee 78
Skilla, Bergstr. 41-43
f. feine u. Kuchengeräte.

Rosner, Max Schneidermeister,
Skilla, Bergstr. 30/31,
Lager fertig und nach Maß

Julius Salomon, Brunnenstr. 56.

J. Scholl Friedländerstr. 9
Vorz. d. H. 5%

Hüte, Mützen u. Pelz.

Huthaus Norden
Brunnenstraße 41.
Badstraße 65
Chausseestraße 55.
Dresdenstraße 120

Belte, Rud., Chausseestr. 66.

M. Grund nur
Brunnenstr. 177

Berl. Hut-Centrale „Esselbacherstr.“
Wilsenerweg 77

Hut-Engr.-Lager, Boxh. Gärtnerstr. 24.

A. Lemaitre, Wilsenerstr. 112.

Rieck, Em. Badstr. 64,
Gerleikirchstr. 62.

Schoer, Herm., Wilsenerstr. 42.

Vester, E. Kottbuser-
Damm 14/13.

Schöneberg.

Der städtische Fleischverkauf findet von heute ab täglich von 8 1/2 Uhr früh bis 7 1/2 Uhr abends durch die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung in der Verkaufsstelle Vorbergstraße (Ecke Gleditschstraße) an jedermann statt.

Ober-Schöneweide.

Ein Winterfest veranstaltet heute Sonnabend im Wilhelmshof die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Modafahrer-Bundes „Solidarität“. Die Arbeiterschaft wird um regen Besuch des Festes gebeten.

Fangschleuse.

In einer gut besuchten öffentlichen Versammlung referierte Arbeitersekretär Genosse Julius Gildbrandt-Vorlin über das Thema: „Die kommenden Landtagswahlen“. Nach den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen forderte der Vorsitzende Genosse Hauke die Versammelten auf, die Worte des Referenten zu beherzigen und vor allen Dingen der politischen Organisation beizutreten. Das Resultat der Versammlung war denn auch die Aufnahme neun neuer Mitglieder.

Friedrichsfelde.

Zur Jahrhundertfeier der Befreiungskriege lautete das Thema, über das Genosse Rebalter Däumig in einer öffentlichen Versammlung referierte. Der Redner unterzog die Verhältnisse der damaligen Zeit unter dem Beifall der Versammelten einer gründlichen Kritik. Leider war die Versammlung etwas schwach besucht. Genosse Schwenn forderte noch die Versammelten auf, zur bevorstehenden Landtagswahl mit allen Kräften tätig zu sein.

Oergfelde.

In der letzten Gemeindevorstellung wurde zum wiederholten Male über den Antrag des Kreises, betr. Anschluß an das projektierte Kreiswasserwerk verhandelt. Nach längerer Debatte, in der besonders hervorgehoben wurde, daß wegen des mangelhaften Finanzwesens der Kommune die Realisation für längere Jahre nicht durchgeführt werden könne, beschloß die Vertretung den Anschluß an das Kreiswasserwerk nach dem Modus B des Antrages. Die Begung des Rohrnetzes, Verteilung des Wassers an die Konumenten usw. wird demzufolge also direkt vom Kreise aus erfolgen. — Zu dem Antrage: „Anstellung weiterer Lehrkräfte oder Umbildung des jetzigen Schulsystems“ wurde vom Vorsitzenden mitgeteilt, daß gegenwärtig die 14 Klassen der hiesigen Gemeindefschulen von nur 10 Lehrkräften verwaltet werden. Eine ordnungsmäßige Einteilung des Schulunterrichts sei aus diesem Grunde nicht möglich. Auf Antrag des Vorsitzenden wurde besonderer Weise nochmals beschlossen, bei der Regierung wegen Erteilung der Genehmigung zur Umwandlung des Hebenstufens in ein sechsstufiges Schulsystem vorstellig zu werden. Derselbe Antrag ist bereits zweimal an die Regierung gestellt, aber jedesmal abgelehnt worden. — Im Verlaufe der Beratung über den Antrag betreffend Pflasterung der Fiegelstraße, die von der Gemeindevorstellung seinerzeit beschlossen worden war, kam es zu erregten Auseinandersetzungen. Die Pflasterungsbedürftigkeit wurde zwar allseitig anerkannt, aber die Renovierung der Straße selbst wurde aus pecuniären Gründen erst für später empfohlen. Ausgerechnet der Fiegelstreifen G. Mann, der sonst noch nie viel für Verbesserungen übrig hatte, warf sich zum Verteidiger des Antrages auf. Eine eigentümliche Stellung nahm hierzu auch der hiesige Amtsvorsteher und Fiegelstreifenbesitzer Behne ein; letzterer bezeichnet den Antrag auf Pflasterung der Fiegelstraße als ein „Stück aus dem Tolkhaus“. Schließlich wurde der Antrag vertagt. — In dem Gesuch der Rätischen Elektricitätswerks-A.G. um Genehmigung zur Verlegung von Hochspannungslinien im hiesigen Orte wurden vom Vorsitzenden eingehende Erläuterungen gegeben. Die Genehmigung zur Kabelverlegung in der Fiegelstraße sei nur provisorisch erteilt worden. Von den hiesigen Fiegelstreifenbesitzern sei ferner mit der A.G. bereits ein Vertrag abgeschlossen worden. Der Vertreter der Fiegelstreifenbesitzer stellte noch mit, daß dies unter sehr günstigen Bedingungen geschehen sei; er empfahl, mit der Gesellschaft wegen der Stromlieferung auch für die Gemeinde in Verhandlungen zu treten. Der Strom könnte dann an die Konumenten zu einem billigeren Preise als von dem eigenen Werke abgegeben werden. Die Einsparungen in den Vertrag soll der Gemeindevorstellung jedoch merkwürdigerweise nicht gestattet werden. Aus diesem Grunde stellte sich die Mehrheit der Vertretung dem Gesuch der A.G. sehr feindselig gegenüber. Nach noch weiterer Debatte wurde der Antrag der Beleuchtungs- und der außerordentlichen Kommission überwiesen.

Hovawes.

Der provisorische Bahnhof, dessen Bestehen sich mit dem Fortschreiten des neuen Bahnhofsbauens immer mehr dem Ende nähert, hat in den letzten Tagen eine Verbesserung erfahren, die allerdings bereits bei seiner Neuanlage hätte berücksichtigt werden müssen. Der Bahnsteig ist beiderseits durch Anschlägung um etwa 35 Zentimeter höher gelegt worden, wodurch den Reisenden, vor allem denjenigen mit Traglasten, das Ein- und Aussteigen wesentlich erleichtert wird.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevorstellungen.

Neußölln. Am Montag, den 24. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 63, neuer Sitzungssaal (2 Treppen): Außerordentliche Stadtvorstandsvorstellung. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Haushaltsrechnung für 1913. Ausgestaltung des Körnerparks. Errichtung eines Schillertheaters der Stadt Neußölln.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewährte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus der Frauenbewegung.

Ueber „Kind und Religion“

sprach im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse am Montag Genosse G. H. Die Versammlung war gut besucht, der Leiter sprach zu kleine Saal zum Erdruhen voll. Genosse G. H. führte folgendes aus: Wer das Problem von Kind und Religion verstehen will, muß zwei Vorfragen beantworten: Was ist Religion? Was ist das Kind? Religion hat es, soweit sie nicht ein Mittel zu fremden, außer ihr liegenden Zwecken ist, mit Fragen der Weltanschauung, dem Glauben an eine Gottheit und Erfahrungen des praktischen Lebens zu tun — alles Angelegenheiten des erwachsenen Menschen, und zwar heute auch nur noch eines kleineren Teiles von ihnen. Das Kind aber ist unreligiös, zuerst nur mit Anlagen und Zielen, später mit nur langsam zunehmenden engen Erfahrungen ausgerüstet. Weltanschauungsfragen kann es nicht lösen, ebensowenig Begriffe wie Gott, Religion und Kind gehören also schlechterdings nicht zusammen. Daraus folgt zunächst, daß jegliche Art von Religionsunterricht aus der Schule wegzubringen hat. Solange das nicht geschieht, haben die Eltern alles zu tun, ihre Kinder mit der Religion nicht in Verbindung zu bringen. Sie haben sie deshalb weder taufen noch konfirmieren zu lassen. In den 6 Jahren vor der Schule haben sie sie von aller Berührung mit Religion fernzuhalten. Während der Schulzeit sollen sie den in der Schule gezeigten religiösen Dingen möglichst gleichgültig gegenüber sich verhalten; Kindern, die religiöse Fragen stellen, soll man ruhig, ausföhrlich, so gut man kann, seine eigene Meinung gegenüberstellen und begründen, weshalb man sie hat. Sport und Verhöhnung haben aber unbedingt wegzubringen. Wer religiöse Unterweisung haben will, soll sie im späteren Alter suchen. Sie zu vermitteln, soll allein Sache der Kirchen sein, doch müße dafür gesorgt werden, daß auch von denen nicht der geringste Zwang geübt werde. Das Ziel der Vereinerung der Religion aus der Schule kann nur auf politische Wege erreicht werden. Eine sehr wichtige Vorbereitung dazu ist ein massenhafter Austritt aus der Landeskirche. Es schloß sich eine sehr lebhaft Debatte an den Vortrag, die sich namentlich um das religiöse Problem drehte.

Verfassungen.

Der Verband der Sattler (Crisisverwaltung Berlin) hielt am Mittwoch seine Jahresgeneralversammlung ab. Den Geschäftsbericht, der auch gedruckt vorlag, erstattete Ernst Schulze. Die Mitgliederzahl hat trotz des günstigen Standes am Schlusse des Vorjahres eine weitere Steigerung erfahren. Die Finanzlage der Verwaltungsstelle verdient das Prädikat: sehr gut, und die Einwirkung der Organisation auf die allgemeine Hebung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ist gerade in diesem Jahre wieder in ganz hervorragender Weise zum Ausdruck gekommen. Ein neuer Vertrag konnte in der Militäreisefabrikbranche auf drei Jahre abgeschlossen werden. Dieser Vertrag, der wesentliche Verbesserungen enthält, wurde von 14 Berliner Firmen anerkannt, die zur Zeit des Tarifabschlusses 533 Arbeiter beschäftigten, von denen 468 im Verband der Sattler und Parteisekretär organisiert waren. Im 4. Quartal des Jahres arbeiteten sogar rund 600 Arbeiter in diesen 14 Betrieben. Auch die Arbeiter der Plan- und Selbstbranchen unternahmen nach einer dreijährigen Vertragszeit einen Vorstoß zur Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Einen Kampf gab es auch in der Wagenbranche. Beteiligt waren auch daran mehrere andere Organisationen. Für die große Mehrheit der betreffenden Arbeiter konnte der Kampf mit einem glänzenden Erfolg durchgeführt werden. Zur Arbeitseinstellung kam es weiter in Deutschen Offizierverein. Der Kampf dauerte volle neun Wochen und nur die eigenartigen Verhältnissen in diesem Betriebe waren der Grund, warum die Bewegung abgebrochen werden mußte. Die Lohnbewegung in der Wagen- und Autobranche beeinflusste die Tätigkeit und das Leben dieser Gruppe ganz außerordentlich. Bei dem Streik, für eine wirksame Durchführung des neuen Vertrages Sorge zu tragen, kam es zu mancherlei Differenzen, die laut Vertrag, nach Möglichkeit durch den Nachweis des Verbandes zu erledigen sei. Es gelang der Organisation, den vertraglichen Bestimmungen bei den in Betracht kommenden Firmen Geltung zu verschaffen. In dem Betrieb der Neuen Automobil-Gesellschaft in Oberschöneweide bildet das Vertriebs- und die gelbe Organisation zu fördern, einen ständigen Konfliktstoff. Neueinstellungen werden zum Teil einfach davon abhängig gemacht, daß die betreffenden ihren Beitritt zur gelben Organisation schriftlich erklären müssen. Bis jetzt ist es gelungen, der gelben Bewegung wirksam entgegenzuarbeiten. Die Entwicklung des Automobilwesens ist in den letzten Jahren in rapider Weise vor sich gegangen, und brachte den in Betracht kommenden Arbeitern reichliche Arbeitsgelegenheit. Angeführt dieser Entwicklung hat die Organisation es für angebracht erachtet, für die Wagenbranche eine Fachschule zu errichten, wo den Teilnehmern Gelegenheit gegeben wird, sich besonders in der Modellmacherei und Zeichnungen auszubilden. Der Unterricht wird von einigen erfahrenen und tüchtigen Verbandsmitgliedern aus diesem Berufszweig erteilt. Auch die kleinste Gruppe der Verwaltung, die Branche der Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer, hatte im letzten Jahre einige Werkstatt-Differenzen zu erlebigen, die erfolgreich verliefen.

Eine gute Entwicklung hat auch die Jugendabteilung durchgemacht.

Zur Erledigung der Verwaltungsgeschäfte fanden 27 Vorstandssitzungen statt, außerdem 9 Generalversammlungen, 61 Branchenversammlungen, eine Versammlung aller Funktionäre und 16 Vertrauensmännerzusammenkünfte. An der Raiffeisen beteiligten sich rund 1600 Berufskollegen und Kolleginnen.

Die Mitgliederbewegung bringt einen Zuwachs von 190 Mitgliedern. Der Mitgliederbestand betrug am 31. Dezember 1912 3610. Weibliche Mitglieder waren 199 vorhanden. Mitgliederbestand der Jugendabteilung 145.

Den Bericht vom Arbeitsnachweis erstattete Hauptmann. Die Arbeitsgelegenheit im letzten Jahre kann mit Ausnahme der Reiseartikelbranche als äußerst günstig bezeichnet werden. Die Zahl der eingeschriebenen Arbeitslosen betrug 2697, davon waren 148 nicht organisiert. Die Zahl der verlangten Arbeitskräfte betrug 1504. Die Zahl der besten Stellen 1088.

Den Kassensbericht erstattete Beher. Abschluß der Hauptkasse: Einnahmen und Ausgaben bilanzieren mit 63 855,25 M. Für die verschiedenen Unterabteilungen wurden ausgegeben 39 700,67 M. Bestand und Einnahmen der Lokalkasse betragen 99 445,43 M. Die Ausgaben beliefen sich auf 15 413,67 M. Restbestand am 31. Dezember 1912 8431,78 M. Die Berliner Verwaltung schloß wie folgt ab: Bestand und Einnahmen 10 077,30 M. Ausgaben 8877,23 M. Bestand am 31. Dezember 1912: 1200,07 M. Einnahmen der Beherungs- und Jugendabteilung bilanzieren mit 718,70 M.

Dem Geschäfts- und Kassensbericht folgte eine kurze Diskussion, die aber keinerlei Resultat zum Ausdruck brachte. Sodann wurden die Wahlen vorgenommen. Als Revisoren wurden gewählt: Jech, Baumgart und Alvin Girsch. In die Bescheidungskommission: Erdmann, Reding und Geppert. In den Gesellensauschuss: Gränger, Langer, Habermann und Döhner. Als Erbschmänner: Johann Hoffmann und Paul Bachmann. Als Richter zum Schiedsgericht: Langer und Pinkowski. Als Erschmänner: Starke und Lillig.

Aus aller Welt.

New Yorker Staatsstützen.

Aus New York wird uns unter dem 10. d. M. geschrieben: Immer mächtigere Kreise werden in die Untersuchung über die Korruption der als New Yorker Polizei fungierenden organisierten Verbrecherbande verwickelt. Während unsere „Sicherheitsbehörden“ seit der Ermordung des Spielhalters Hermann Rosenthal und der Verhaftung des inzwischen zum Tode verurteilten Polizeileutnants Peter Klouen und Jahre daransetzt, eine Aufhebung des Riesenstandals zu hintertreiben, spannt der republikanische Distrikt (Staats-)anwalt Whitman jede Faser an, die demokratische Neubürgerorganisation Tammany Hall in der von ihr kontrollierten Polizei zu treffen. Bis an die Schwelle Charles J. Murphy's, des waltenden Gebieters der Tammany Hall, der demokratischen Parteioberorganisation des Staates New York, der Legislative (Parlament des Staates) und des von ihm auf den Sessel des Staatsoberhauptes erhabenen Gouverneurs Sulzer, hat Whitman, der die eigene Partei an die Krippe bringen und sich eine glänzende politische Zukunft sichern möchte, die Spur verfolgt.

Seitdem Rosenthal die Käuflichkeit der Sittenpolizei bloßstellen wollte und deshalb von gedungenen Mördern erschossen wurde, suchte die Polizei durch Drohung und Einschüchterung, durch Weisung und Ward, kurz: durch die Anwendung aller Erfolg versprechenden Mittel die Bloßstellung ihres „Systems“ und die Ueberführung ihrer „Leute“ zu verhindern. Aber sie spannte den Bogen allzu straff und brachte sich damit ins Verderben.

Im Anschluß an die sensationellen Auslagen der früheren Vorbesitzerin Mary Goode beendete der Hotelier Sipp, Besitzer eines Hofsteigequartiers für Dirnen mit Männerbegleitung, er habe durch die Vermittlung eines Polizisten Fog regelmäßig an höhere Polizeibeamte „Schmiergelder“ bezahlt.

Durch polizeiliche Drohungen wurde Sipp in Todesangst versetzt, so daß er bereitwillig den Staat New York verließ und sich der Pflicht der Zeugenbefragung im Prozesse Fog entzog, als ihm von Polizeibeamten 900 Dollar Reisegeld eingehändigelt und künftige finanzielle Unterstützungen versprochen wurden.

Hätte die Polizei den nach Atlantic City verzogenen Sipp in Ruhe gelassen, so wäre der Zeuge sicherlich nicht nach New York zurückgekehrt, um gegen Fog oder andere Polizisten auszusagen. Aber Sipp sollte ganz ruiniert werden. Er wurde auf Grund einer zu dem beliebigen Zweck fabrizierten Anklage auf Betreiben des hiesigen Honors (Oberbürgermeisters) Gaynor, eines großen Reformstiches vor dem Herrn, verhaftet, um seinen Ausfögen von vornherein jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit zu nehmen.

Aber die Anschuldigung an dem ihm zur Last gelegten Verbrecher wurde klar erwießen, das Spiel der Polizei durchschaut und bloßgelegt. Andere „Bissen“ aus der Unterwelt des Benussdienstes und des Glücksspiels hielten sich dem Distriktsanwalt Whitman zur Verfügung. Einwandfreie Zeugen kamen hinzu. Immer schlüssiger und unüberleglicher wurde die Beweisföhrung.

Dem überwältigenden Belastungsmaterial gegenüber gab Fog das Beugnen auf. Er gestand, für den Polizeihauptmann Walsh von einem Duzend Hotels monatlich 1500 Dollar erprecht zu haben. Und das gleiche Treiben wurde Tausenden von Lokalen gegenüber geübt. Auch Walsh gestand, was sich nicht mehr bestreiten ließ. Auch er, der Polizeihauptmann, war nur der Erpreßeragent für seine Vorgesetzten, Polizeieinspektoren, die ihrerseits wieder im Einverständnis mit „höheren Stellen“ handelten.

Unter den bis jetzt Belasteten und zweifellos Schuldigen befinden sich: John J. Murphy und der Polizeihauptmann Baird J. Gray, Studer resp. Schwager des Tammanyführers Charles J. Murphy; die Polizeieinspektoren Sweeney, McLaughlin und Harley, verschiedene Polizeihauptleute, Leutnants und Sergeanten; gemeine Polizisten, frühere Mitglieder des Stadtrats, der Exheriff (Schiff — höchste Exekutivbeamte eines County) Hervey von Quenn. Aber auch ein Stellvertreter des Polizeikommissärs (Polizeipräsidenten) Balbow sieht seiner Verurteilung in den Anklagezustand entgegen. Dabei stehen wir noch im ersten Stadium der Enthüllungen.

Massenvergiftung in einem Kino-Theater.

Ein merkwürdiger Unfall hat sich am Donnerstag in einem Kinetographentheater in der Rue Fernet in Paris ereignet. Dort wurde während der Vorführung eines etwa eine halbe Stunde währenden Films die Heizungsanlage undicht, so daß die sich entwickelnden Kohlenoxydgase sich im Zuschauerraum ausbreiten konnten. Selbstmitleidige folgten die Zuschauer der Vorführung des Films so interessiert, daß niemand die plötzliche Luftveränderung in dem Raume verspürte. Erst als das elektrische Licht plötzlich aufsamte, bemerkte man, daß verdichtete Zuschauer lautos zur Erde gesunken waren, während verschiedene andere noch später ohnmächtig wurden. Während ein Teil der Erkrankten sich bald wieder erholen konnte, mußten 27 Personen, Männer, Frauen und Kinder, in das Hospital gebracht werden. Von ihnen konnten sieben wieder entlassen werden, während die übrigen zwanzig in ärztliche Behandlung genommen und im Hospital verbleiben mußten.

Straßenbahnzusammenstoß in Brüssel.

Ein schwerer Straßenbahnzusammenstoß, bei dem zahlreiche Passagiere zu Schaden kamen, wird uns aus Brüssel gemeldet. Im Straßenbahndepot setzte sich aus bisher noch nicht aufgeklärter Ursache plötzlich ein Wagen in Bewegung, verließ das Depot und rollte mit rasender Geschwindigkeit hinter einem dicht besetzten Straßenbahnzug her. Obwohl der Führer des Straßenbahnzuges, auf die Gefahr aufmerksam gemacht, seinen Wagen mit größter Geschwindigkeit laufen ließ, kam es doch zu einem Zusammenstoß, der berart heftig war, daß ein Wagen des ersten Zuges fast vollständig zertrümmert wurde. Zwölf Personen wurden mit schweren Verletzungen unter den Trümmern hervorgezogen, während acht andere leichter verletzt wurden.

Keine Notizen.

Schwerer Unfall auf Jette Scharnhorst. Beim Dichten eines Schachts gewordenen Dampfrohres auf Schacht I der Jette Scharnhorst bei Bradel wurden durch ausströmenden Dampf zwei Schichtarbeiter schwer verbrüht, ein dritter stürzte in den Schacht und wurde tödlich verletzt. Der betreffende Schacht dient nur zur Föderung von Holz und Gestein.

Schreckstat eines Jersinnigen. In einem Anfall von Geistesföhrung durch schnitt der Regieremeister Kaffauer in Wehen (Lannus) seiner 17jährigen Tochter mit einem Regieremeister den Hals und verletzte das im Bette liegende Dienstmädchen durch Stöße erheblich. Auch seine Frau, die sich heftig zur Wehr setzte, wurde verletzt. Dann durchschnitt Kaffauer sich selbst den Hals. Die Tochter ist tot, an dem Aufkommen des Dienstmädchens wird gezweifelt.

Auf dem Eise eingebrochen. In dem holländischen Orte Didenlamer war ein kleiner Knabe in den Weiser eingebrochen und unter das Eis geraten. Seine Schwester und seine Mutter, die ihn retten wollten, ertranken mit ihm.

Ein Schiff in Flammen. Wie ein Telegramm aus Ceuta meldet, steht in der Meerenge von Gibraltar ein großer unbekannter Dampfer vollständig in Flammen. Es ist noch nicht ermittelt, ob die Besatzung des Schiffes sich rechtzeitig in Sicherheit bringen konnte.

Freireligiöse Gemeinde.

Sonntag, den 23. Februar, vormittags 9 Uhr, Doppel-Kasse 15/17, Neußölln: „Aberkassage“, und Legel: Schiedsrichter 30: Freireligiöse Versammlung. — Vormittags 11 Uhr, Kleine Franzosenstraße 6: Vortrag von Herrn Dr. B. Wille: „Der Aufbau des Weltalls“. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (K. S. 29), Hamburg. Filiale Berlin 9. Sonntag, den 23. Februar, vormittags 10 Uhr: Versammlung bei Wotrowka, Beröhringstr. 14. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. — Filiale Charlottenburg. Heute Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3: Mitgliederversammlung. — Filiale Neußölln. Heute Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung bei Laddert, Steinmetzstr. 114. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. — Filiale Lichtenberg II (früher Kummelsburg). Heute Sonnabend, den 22. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Oskar Olume, Vorbergstr. 26. Ecke der Neuen Bahnhofstraße: Mitgliederversammlung. Aufstellung der Kandidaten zur Generalversammlung. — Filiale Köpenick. Am Sonntag, den 23. Februar, bei Werfert, Rosenstr. 3: Mitgliederversammlung.

Wartpreise von Berlin am 20. Februar 1913, nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidenten. 100 Kilogramm Weizen, gute Sorte 19,70 bis 19,80, mittel 19,50—19,60, geringe 19,20—19,40. Roggen, gute Sorte 16,70, mittel —, geringe — (ab Bohnen). Butter, gute Sorte 16,90—17,50, mittel 16,20—16,80, geringe 15,60—16,10. Käse, gute Sorte 18,20—20,30, mittel 16,60—18,20 (frei Wagen und ab Bahn).

Wartpreisenpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—30,00. Weizenbrot, weiße 35,00—60,00. Zinsen 35,00—60,00. Kartoffeln (Reinbl.) 6,00—10,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Seele 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20—1,80. Schweinefleisch 1,80—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,50—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 4,20—5,00. 1 Kilogramm Karotten 1,40—2,40. Kälse 1,60—2,20. Zander 1,40—3,60. Röhre 1,60—2,50. Barsche 1,00—2,40. Schlei 1,90—3,20. Stein 0,90—1,60. 60 Stück Aesche 4,00—24,00.

Wetterprognose für Sonnabend, den 22. Februar 1913.

Sunächst etwas milder, ziemlich trübe und neblig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden; später zeitweise heiter und wieder etwas kälter.

Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet **Linienstraße 69**, von der **Zeitung** — **Freitag** —, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anschlag ist ein Dankbrevet und eine Zahl aus Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. R. 25. Das ist haltbar, ohne daß deswegen eine Rentenklage eintritt. — **N. R. 29.** Ja, sofern von dem Erzeuger nichts beigetragen werden kann und sofern die Mutter zahlungsfähig ist. — **N. R. 52.** Das ist zulässig. — **N. R. 17.** Ja, 50 Pf. pro Kalenderjahr, sofern im Mietvertrage Ihre Verpflichtung festgelegt ist. — **N. R. 16.** Sofern im Mietvertrage vorgelesen. — **Treptom 310.** Der Herr braucht sich darauf nicht einzulassen. — **Miser Parteinoffe S. 71.** 1. Nein. 2. Die Klage, die Ihre Frau erhoben hat, ist rechtsgültig und auch für Sie bindend, da zu demartigen Klagen die Frau befugt ist ohne vorherige Zustimmung des Mannes. — **N. R. 23.** Nein.

J. Sch. Nr. 1000. Für den Fall der Unkosten sind verantwortlich, falls es sich tatsächlich um Flechtphus gehandelt hat: Der Arzt und, sofern der Dienstgeber Kenntnis von der Krankheit gehabt hat, auch dieser. Außerdem ist es ratsam, der Staatsanwaltschaft Mitteilung von dem Vorfall zu machen, damit eventuell Strafverfolgung wegen Vergehens gegen das Reichsbeschuldengesetz erfolgt. — **S. 7. 500.** Das Handwerkszeug, soweit Sie es persönlich zur Ausübung des Gewerbes gebrauchen, ist nicht pfändbar. Der Forderung für die länger als vier Jahre zurückliegende Zeit ist verjährt. Es ist deswegen ratsam, gegen den Zahlungsbefehl Widerspruch zu erheben. — **N. R. 53.** 1. Ja, da nach Ihrer Darstellung ein Verzicht nicht vorliegt. 2. Für den Fall der Abweisung entstehen ganz geringfügige Kosten. 3. Ja.

— **Gretchen und Rudolf.** Die Eltern haben bis zur Großjährigkeit des Mädchens dessen Wohnort zu bestimmen. Mißbrauch der Vater seine elterliche Gewalt, was angenommen werden könnte, wenn das Mädchen mißhandelt worden ist, so kann auf Antrag das Vormundschaftsgericht einprechen und einen Pfleger bestellen, oder, falls das Mädchen 18 Jahre alt ist, dieses für volljährig erklären. Die nach dem Gesetz erforderliche Genehmigung zur Heirat kann das Vormundschaftsgericht ebenfalls erteilen. Wenn das Mädchen sich gegen den Willen des Vaters und ohne daß ein vormundschaftsgerichtlicher Beschluß vorgelegt wird, ehelicht, kann es zurückerklärt werden. — **N. R. 99.** Ohne besondere Frist ist nicht vorzueilen, jedoch besteht bei späterer Anmeldung die Gefahr, daß mangels Schutz die Verbindung anderweit ausgemacht wird. — **C. S. 25.** Nein. — **N. R. 10.** 1. Ja. 2. Nein. — **N. R. 68.** Nein. — **S. 100.** U. E. Nein. — **S. 2. 16.** 1. Für Schwiegerjohn soll bei dem Vorherrschen der Veranlagungskommission einen Antrag auf Erlass der Steuer für die Zeit vom 1. Januar ab stellen, außerdem bei der Steuerdeputation Einbindung beantragen. 2. Eine Einberufung wäre alsdann auch möglich. Nur könnte, wenn der Einberufung keine Folge geleistet wird, keine Ausweisung erfolgen. — **N. R. Gadow.** 1. Das Urteil entspricht, soweit aus Ihrer Darstellung ersichtlich, der herrschenden Rechtsprechung. 2. Eventuell wäre nach Raturs beim Reichsoberverwaltungsamt zulässig. Wenden Sie sich an das Zentral-Arbeitersekretariat, Berlin, Engelauer 14/15. — **N. R. 21.** 1. Gesehen Sie die Firma nochmals um Befreiung der Mängel binnen einer Frist von vierzehn Tagen. Wird die Maschine innerhalb dieser Frist nicht gebrauchsfähig gemacht, so stellen Sie die Maschine der Firma zur Verfügung, lednen weitere Zahlungen ab und verlangen die gezahlten Beträge zurück. 2. Beschwerde bei der Oberbaubehörde erscheint aussichtslos, da offenbar die Beschwerdefrist verstrichen ist. — **C. C. 1000.** Nein.

Briefkasten der Expedition.

Valenten in Veetich, Sach und anderen Heilkräften. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Heilkräften bleiben, wollen uns wegen der Lieberweisung von Freigekäuerten sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleistet werden.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 2. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 29a.
Am 19. Februar verstarb unser Mitglied, der Gastwirt
Theodor Müller
Jerusalemstr. Nr. 63/64.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 24. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Mariendorf, Ethenacher Str. 62, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
205/8

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis
Am 20. Februar verstarb unser Genosse, der Modellstecher
Emil Kuschel
Häckerstraße 45, Bezirk 672.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, nachmittags 1 1/2 Uhr, von der Halle des Philippus-Apostel-Kirchhofes aus nach dem Städtischen Friedhof Müllerstraße, Ode-See-straße statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
225/15

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Am 20. Februar verstarb unser Genosse, der Arbeiter
Ferdinand Rahn
Koloniestr. 34 — Bezirk 827.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 1 Uhr von der Halle des Sophien-Kirchhofes in der Freienwalder Straße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
225/14

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drucksetzer
Ernst Käpling
am 19. d. Mts. im Alter von 70 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rosarich-Kirchhofes, Reinholdsdorf - West, Bügelstraße, aus statt.
Die Bezirksverwaltung.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Industriearbeiter
Ferdinand Rahn
am 19. d. Mts. im Alter von 49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. d. Mts., nachmittags 1 Uhr, von der Leichenhalle des Sophien-Kirchhofes, Freienwalder Straße aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Bezirksverwaltung.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Karl Lindow
am 17. d. Mts. im Alter von 66 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.
22/8

Überdies die courtoise Nachricht, daß die Frau unseres Speditors, Genossin
Anna Werner
verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Botenfrauen der „Vorwärts“-Expedition
Groschenstr. 72.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Mechaniker
Paul Stamer
(Berlisdorfer Straße 14)
am 15. Februar an Lungenerleiden gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Montag, den 24. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes in Mariendorf, Göttilied - Dunkel-Strasse, aus statt.
Ferner starb unser Mitglied, der Schnittrbeiter
Fritz Hendrich
(Monteuffelstr. 60)
am 16. Februar.
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, den 22. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Reutlitz, Hermannstraße, aus statt.
Ehre ihrem Andenken!
Rege Beteiligung erachtet
113/8 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die zahlreiche Teilnahme und die Kränkspenden bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes sage wir allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.
255/4
W. Schicker und Familie.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Bernhard Marienfeld
Schillemannstraße 34, im Alter von 50 Jahren gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Ethenacher, Wörthstraße 6, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
79/13 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bauarbeiterverband.
Zweigverein Berlin.
Sektion der Putzer.
Am 18. Februar starb unser Mitglied
Otto Heymer
(Bezirk Prenzlau).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Februar, nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhaus, Bankow, Spielmannstr. 1, aus statt.
140/20 Der Vorstand.

Laubenkolonie „Jungfernhöhe“.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler
Bernhard Marienfeld
am Mittwoch, den 19. d. Mts., gestorben ist.
257/13
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes in Ethenacher, Wörth-Str. 6, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Feldkommission.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.
Filiale Reinickendorf-Ost.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, Frau
Lina Reusch
am 19. d. Mts. im Alter von 81 Jahren verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonnabend, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Dumboldstr., aus statt.
257/8 Die Ortsverwaltung.

Heines Werke
3 Bände 4 Mark
Buchhandlung Vorwärts

50
klein sind jetzt die Preise in
TOTAL-AUSVERKAUF
der Filiale Charlottenburg, Mehringstr. 54
jetzt nur 3,95
Damen-Stiefel wegen vollständiger Aufgabe
Herren-Stiefel jetzt nur 5,75
LEWINSONN'S
Schuh-Haus
Laden Rosenhaler-Str. 40-41.
Laden Charlottenburg Mehring-Str. 54.
Laden Gr. Frankfurter-Str. 110.
Laden Galtstr. 100.

Salamanderstiefel
stellen Sie zufrieden.
Fordern Sie Musterbuch V

Einheitspreis 12,50
für Damen u. Herren M.
Luxus-Ausführung . M. 16,50

Salamander
Schuhges. m. b. H., Berlin

Zentrale: W 8, Friedrichstrasse 182

1. W 8 Friedrichstrasse 182	10. W Martin-Luther-Strasse 2
2. SW Friedrichstrasse 221	11. NO Gr. Frankfurter Str. 102
3. SW Friedrichstrasse 204	12. S Oranienstrasse 42
4. N Friedrichstr. 118/19	13. NW Turmstrasse 9
5. C Königstrasse 47	14. Charl. Wilmersdorfer Str. 126
6. W Potsdamer Strasse 5	15. Steglitz, Schloss-Strasse 20
7. C Rosenthaler Tor	16. Friedmann, Rheinstrasse 1-3
8. W Tauentzienstrasse 15	17. Spandau, Breite Strasse 30
9. N Badstrasse 20	18. Potsdam, Nauener Strasse 24

Deutscher Buchbinder-Verband.
(Zahlstelle Berlin.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Buchbinder
Robert Schulz
plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Februar 1913, nachmittags 1 1/2 Uhr, auf dem Gnaden-Kirchhof, N., Berjes-Strasse, statt.
Zahlreiche Beteiligung erachtet
287 Die Ortsverwaltung.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reiche Kränkspende bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Firma sowie dem Veronal der Firma Rotard u. Co., Sternfeld und Vauisern, dem Gesangsverein „Hoffnung“, dem sozialdemokratischen Arbeiterverein, dem Fabrikarbeiterverband, der Allgemeinen Arbeiter- und Arbeitervereine der Reichsarbeiter ufm. meinen tiefgefühltesten Dank.
255/6
Im Namen der Hinterbliebenen
Marie Walenda.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme sowie für die reichen Kränkspenden bei der Beerdigung unseres lieben Vaters **Rudolf Janke**, sagen wir allen Freunden und Bekannten, besonders den Kollegen der Firma Schäfer u. Balder unseren herzlichsten Dank.
256/8
Otto, Paul u. Margarete Janke.

Danksagung.
Für die vielfache herzlichste Teilnahme bei dem Hinscheiden unseres lieben Vaters, Schmeigewaters, Großvaters, Onkels und Schwagers, des Obermaschinenmeisters
Bernhard Holz
sagen wir hiermit allen, insbesondere einem Chef Herrn Ernst Lichtwitz für die trostreichen Worte und den Sängern des Gesangsvereins „Apogee“ unseren herzlichsten Dank.
Die Hinterbliebenen.

Das größte Abonnementshaus feinsten Herren-Moden J. Stock & Co. verkauft seine
Monats-Garderobe
direkt an Private.
Anzüge und Paletots von 10 M. an.
Großes Lager von Sommersachen vorrätig.
Friedrichstr. 108 Eingang Johannisstr.
vis-a-vis der Karlstr.

WESTMANN
Mohrenstr. 37a.
Gr. Frankfurterstr. 115.
FRÜHJAHRSSERIEN

3 grosse Frühjahrs-Serien
I zu M. 15.— II zu M. 25.— III zu M. 40.—
Frühjahrs-Kostüme Frühjahrs-Ülster Frühjahrs-Tuch- und Alpaka-Mäntel
Phantasie-Kostüme Phantasie-Ülster Gesellschaftskleid.
Früh-Eolienne-Mäntel echt englische Ulster mit Seide auf Seide Frühjahrs-Kostüme

Echt französische Original-Modelle 100.—
Modellpreis in Paris 475 Francs, mit Einkauf . 100 M.

Plüschmäntel . . . 4 Serien: 35.—, 55.—, 75.—, 98.—
Winter-Ülster . . . 4 Serien: 9.—, 15.—, 18.—, 25.—
Blau-Kammgarn-Kostüme 4 Serien: 15.—, 22.—, 27.—, 36.—
Abendmäntel . . . 4 Serien: 20.—, 25.—, 30.—, 40.—
Einsegnungskleider!
Sonnabend geöffnet bis 9 Uhr abends, Sonntags 12 bis 3 Uhr.

Waldorf Astoria Cigarettes
Hockey 3 Pf.
Clío 5 Pf.
287/2

Vorort-Nachrichten.

Kempelhof.

Die Vorbereitung des Etats, für die zwei Sitzungstage in Aussicht genommen waren, kam wegen Meinungsverschiedenheiten nicht zustande und hatte ein jähes Ende. Der Vorsitzende erklärte, daß die Rechnungs-Kommission den Etat durchberaten und die Vertretung sich nun damit zu befassen hätte.

Röpenitz.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte zunächst über die Verpachtung von Forstland am Westufer des Müggelsees zum Bau eines Familienbades zu beschließen. Herr Max Krüger aus Wilmsdorf will dort einen 300 Meter langen und 50 Meter tiefen Komplex auf 12 Jahre von der Stadt pachten und darauf ein Familienbad errichten.

Eichwalde.

Die Gemeindevertretung erledigte in ihrer letzten Sitzung zuerst einige Einsprüche gegen die Aufstellung der Gemeindevollstreckungsliste. Der Einspruch gegen die Aufnahme der „Evangelischen Kirchengemeinde“ sowie der gegen die „Genossenschaftsbank“ wurde zurückgewiesen.

überhaupt nicht zu denken sei. Um diesen Gerüchten entgegenzutreten, sei festgestellt, daß für die Versorgung unseres Ortes drei Tiefbrunnen hergestellt sind, von welchen nur einer bisher zur Ausführung gelangt ist.

Die „Continental Wasserwerksgesellschaft“ wird gegen die Verbreiter der Notiz gerichtlich vorgehen. Die Gemeindevertretung beauftragte ferner einstimmig den Vorsitzenden, Beschwerde gegen das „Teltower Kreisblatt“ beim Landrat zu führen und eventuell Klage gegen den Urheber des Gerüchts anzuknüpfen.

Spandau.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Genosse Pieper eine Erklärung ab, die sich gegen Maurermeister Rakowski wendet, der im „Vorwärts“ und in den hiesigen Zeitungen eine Verächtlichmachung veröffentlicht und teilweise seine Angaben in der letzten Stadtverordnetenversammlung als unwahr bezeichnet habe.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl des zweiten Bürgermeisters. Der bisherige Bürgermeister Wolf wurde mit 42 von 48 abgegebenen Stimmen auf zwölf Jahre wiedergewählt.

Hierauf wurde in die Spezialberatung des Hauptetats für 1913 eingetreten. Genosse Pieper beantragte beim Titel 1 (Bureaukosten), den Betrag von 1300 M., der für die Erhebung der Kirchensteuern an die Stadt gezahlt werde, zu erhöhen, da mindestens 25 000 Zettel durch die Beamten auszutragen seien.

mit 1 1/2 Proz. zu tilgen ist. Die Anleihe soll zu Wagenausschaffungen usw. verwendet werden. Stadtb. Schab teilte hierzu mit, daß der zweigleisige Ausbau der Konradbahnstrecke und die Durchführung der N-Linie nach der Hamburger Straße in Aussicht genommen seien.

Alsdann hatte sich die Versammlung noch mit dem Staatssekretär a. D., Herrn Dernburg, zu beschäftigen. Aus Anlaß der scharfen Kritik, welche der Stadtb. Dr. Kantorowicz in der Stadtverordnetenversammlung vom 30. Januar gelegentlich des Waldverkaufs an den Ausführungen Dernburgs geübt hatte, hatte sich ein Schriftwechsel zwischen letzterem und dem Stadtverordnetenvorsitzer Lüdicke abgespielt.

Um den Kampf gegen die Schundliteratur in wirksamer Weise zu führen, hat der Bildungsausschuß in der örtlichen Parteibuchhandlung eine Ausgabe stelle verschiedener Kollektionen von Jugendschriften errichtet. Es sind nur gute Jugendschriften zum Preise von 10 bis 30 Pf. in größerer Anzahl angeschafft worden.

Apollo-Lichtspiele Bergstraße 64. Vom 21. bis 28. Februar: Schlager! Freiheit oder Tod! Schlager! Wanda Treumann und Viggo Larsen in den Hauptrollen. Alleiniges Erstaufführungsgerecht für Neukölln.

Emil Preuß 58 Turmstr. 58 Elegante Herren-Moden 1913 empfohlen nach Maß Herren-Rock und Sakko-Anzüge 48 52 56 60 64 70 78 Herren-Ülster und -Paletots 45 48 51 54 57 60 75 Für beste Verarbeitung und vorzüglichen Sitz bürgt der gute Ruf meiner Firma. Hervorragende Auswahl in Stoffen! Deutsche und englische Fabrikate in d. neuesten Mustern. Werkstatt mit fest engagiertem Zuschneider im Haus. Lieferant der Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend.

Martha Jacob, Wurstfabrik mit elektrischem Betrieb, Grolmanstr. 46. Hauptgeschäft Kantstr. 138. Stpl. 7039. Passauer Str. 3, Umlandstr. 50, Kurfürstendamm 123, Suarezstr. 63, Friedrichstr. 31, Kommandantenstr. 10, Friedmann, Kaiser-Allee 101, Grolmanstr. 46. Polnische Pfd. 1.10 M., Schlessische „ 1. —, Extrawurst „ 1. —, Dampfurst „ 85 Pf., W.Cervelatwurstch. P. 20, Frankfurter Paar 10, Rinderhesssem. Keh. Pfd. 65 Pf., Kamm „ 80, Fehrlippe „ 85, Schieres Pfd. 1.00-1.10 M., Roastbeef Pfd. 1.30, Kalbsleberwurst Pfd. 1.80 M., R. Leberwurst „ 1.40, Rindfleischwurst „ 1.20, Zwiebelleberwurst „ 90 Pf., Wiener „ 3 Paar 50, Saucisken „ 25, Kalbskamm „ Pfd. 85 Pf., Kalbsbug „ „ 90, Kalbsbrust „ „ 90, Kotelette „ Pfd. 1.20 M., Schnitzel „ Pfd. 1.60-2.00

Schleuder-Dähne Zigarren-Zigaretten-Engros Private erhalten Engrospreise! Berlin S., Kottbuserdamm 23. Zöpfe und Perücken Gegr. 1898 Haargeschäft Neukölln, Erksir. 8

Leihhaus Apollo neben Apollo-Theater Friedrichstr. 215 I. Kaufen Sie von Kavaliere tragene Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster (auch auf Seide gearbeitet), Goldsachen, Uhren, Ketten, Ringe, enorm billig. Sonntags geöffnet. Friedrichstraße 215, an der Kochstraße.

Für die Konfirmation

Konfirmanden-Kleiderstoffe

Voile, reine Wolle, ca. 110 cm breit . . . Meter	210	165	125
Grenadine u. Marquissettes, neue Muster . . . Meter	225	195	110
Eolienne, halbselbendes Gewebe, ca. 110 cm breit . . . Meter	390	295	
Popeline, Kammgarn, Serge, Reine Wolle, ca. 110 cm breit . . . Meter	210	175	125
Crèpe, Die grosse Mode, Reine Wolle . . . Meter	225	175	
Lasting u. Mohair-Alpakas, ca. 110 cm breit . . . Meter	190	165	

Voile, in grossen Farbsortiments, ca. 110 cm breit . . . Meter	195	145
Popeline, Kammgarn, Serge, Reine Wolle . . . Meter	175	135
Cheviot, Reine Wolle, ca. 110 cm breit, Meter	165	110
Schwarz-weiß # Die große Mode Meter	125	85 ^{Pr.}

Konfirmanden-Wäsche

Achselschlußhemden gutes Wäschetuch mit gestickter Passé oder Hobisaum	1,95, 1,65	1 ²⁵
Fassonhemden aus feinem Renforcé mit breit. Stickereiband	2,25, 1,95	1 ⁶⁵
Kniebeinkleider mit breit. Stickerei-Säumen oder Bordenbesatz	2,25, 1,95	1 ²⁵
Garnituren reich garniert mit Stickerei und Banddurchzug	4,50	3 ⁴⁵
Nachthemden halbfrei, mit An- und Einsatz	4,75, 3,45	2 ⁸⁵
Weisse Promenaden-Röcke mit hohem Volant und Banddurchzug	4,75, 3,95	2 ⁸⁵
Untertaillen mit breiter Stickerei, Rückengarn. und Banddurchzug	1,45, 98 Pf.	75

Konfirmanden-Kleider

Konfirmandenkleid, schwarz, reine Wolle, auf Futter, versch. Ausführung	1950	1475	1250
Konfirmandenkleid, weiß, reine Wolle mit reicher Beldungarn	24.00	1650	
Prüfungskleid, reine Wolle, neue Farben, versch. Garnierungen	1750	1175	
Bluse, schwarz, reine Wolle, auf Futter, halbfrei u. geschlossen, neue Fassons	875	390	
Bluse, schwarz, Tüll oder Voile, zum Teil auf Solde gefüttert, halbfrei	875	525	
Bluse, weiß und rosa, Tüll, reich mit Einblößen garniert, neueste Macharten	5.50	345	
Kostümrock, schwarz Cheviot, reine Wolle, mit Knopf- und Tressengarnierung	875	350	
Unterröcke, schwarz und farbig, in Motré, Alpaka, Trikot mit Motré-Ansatz	4.25	275	
Konfirmanden - Paletots, neue Ausführung, sehr schicke Fassons	12.50	875	

Die Frühjahrs-Ausstellung ist eröffnet.

Während der Ausstellung Modelle in Konfektion und Putz, im Fenster sowie in den Verkaufsräumen zu besonders billigen Preisen ausgestellt.

Konfirmanden-Taschentücher
sehr neue Ausführung in großer Auswahl am Lager.

Wilhelm Joseph,

Schöneberg, Hauptstr. 163.
Berlin W, Großgörschenstr. 1.

Konfektionshaus EMIL PREUSS

Berlin, Turmstr. 58

Zur Einsegnung

empfehle:

Schwarze Anzüge

Satin-Kammgarn, Diagonal
Cheviot u. Tuch-Kammgarn
11⁰⁰ 14⁰⁰ 17⁰⁰ 19⁵⁰ 22⁵⁰
24⁰⁰ 27⁵⁰ 33⁰⁰ 36⁰⁰ bis 43⁰⁰

Blaue Anzüge

Cheviot, Kammgarn, Foules,
Melton, vorzügl. Qualitäten
9⁰⁰ 11⁰⁰ 14⁰⁰ 17⁰⁰ 19⁵⁰
22⁵⁰ bis 43⁰⁰

Prüfungs-Anzüge

moderne Stoffe, ein-
reihig u. zweireihig
8⁰⁰ 11⁰⁰ 13⁰⁰ 16⁰⁰ bis 30⁰⁰

Achtung! Sämtliche Konfirmanden-Anzüge werden von mir fabrikt, daher äusserst vorteilhaft. — Jeder Konfirmand erhält als Geschenk eine vorzügliche Taschenuhr oder ein Gesangbuch.

Auf Kredit! Auf Kredit!

Bequemste Abzahlung!

Kleinste Anzahlung!



40 Berliner Straße 40
Ecke Münchener Straße.

Zur Einsegnung

Zur Einsegnung

Nur eigene Konfektion

Nur eigene Konfektion

Einsegnungs-Anzüge

aus schwarzen Stoffen, ein- und zweireihig verarbeitet
14.-, 16.-, 19.-, 21.-, 24.-, 27.-

Dunkelblaue Cheviot- und Kammgarn-Anzüge

in den neuesten Formen
15.-, 18.-, 21.-, 24.-, 27.-, 29.-
32.-, 36.-, 40.-, 42.-, 45.-, 50.-

Anfertigung nach Mass Innerhalb 24 Stunden

M. SCHULMEISTER

BERLIN S.O.
Kottbuser Tor

Warenhaus

LACHMANN & SCHOLZ

Turmstr. 76

Neu eingetroffen und ergänzt sind

Ottostr. 1.

besonders vorteilhafte Artikel

für unsere:



Billige Lebensmittel	Prima Rotwurst Pfund	55 Pf.	Landleberwurst Pfund	95 Pf.	3-Pfd.-Glas Zuckerhonig	95 Pf.	3 Dosen a zirka 2 Pfund Bohnen	95 Pf.
	Zwiebelleberwurst Pfund	65 Pf.	Fleischwurst Pfund	95 Pf.	1 Pfd. Kakao u. 1 Pfd. Zucker	95 Pf.	2 Dosen a zirka 2 Pfund Gem. Gemüse	95 Pf.
	Fetter Speck Pfund	95 Pf.	Polnische Brühwurst Pfund	70 Pf.	5 Pfd. Kaiser-Auszugsmehl	95 Pf.	2 Dosen a zirka 2 Pfund Spinat	95 Pf.